Protokoll der 30. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Freitag, dem 5. März 1993;
Beginn: 09.00 Uhr Bonn, Bundeshaus, NH 1903 Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU), Abg. Margot von Renesse (SPD); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der SBZ/DDR“

Inhalt

Eröffnung:
Rainer Eppelmann 95

Einführung
Roswitha Wisniewski 97
Bernd Faulenbach 101

Vorträge
Günter Fippel 110
„Antifaschismus als Integrationsideologie und Herrschaftsinstrument“
Manfred Wilke 120
„Der instrumentelle Antifaschismus der SED und die Legitimation der DDR“
Karl Wilhelm Fricke 140
„Nazigrößen in der DDR“

Diskussion 143

Vorträge
Konrad Weiß 171
„Rechtsextremismus in der Endzeit der DDR“
Hansjörg Geiger
„Rechtsradikalismus in der DDR“ 178

Diskussion 186

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 30. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die sich als Öffentliche Anhörung dem Thema „Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der SBZ/DDR“ zuwendet. Ich begrüße Sie alle, die als Mitglieder

der Enquete-Kommission, als Wissenschaftler, Zeitzeugen und interessierte Zuhörer zum Gelingen dieser Veranstaltung beitragen wollen und werden.

Die Themenstellung für den heutigen Tag bringt scheinbar Feuer und Wasser zusammen. „Antifaschismus“ – das war doch eine jener Losungen, die „Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Christen verschiedener Konfessionen und bürgerliche Kräfte“ zusammenzubinden vermochte mit der „revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse“, der SED, die die „Hegemonie“ im gesellschaftlichen Leben der DDR beanspruchte.

Ich habe hier sehr bewußt die Formulierungen aus dem DDR-offiziösen „Wörterbuch der Geschichte“ gebraucht. Und ich füge hinzu, daß solche Aussagen durchaus auch Widerhall in breiten Schichten der Bevölkerung fanden. Antifaschisten wollten wir alle sein, hatten wir doch schon als Schüler durch Besuche in KZ-Gedenkstätten, durch eindrucksvolle Filme und Romane, vor allem aber auch durch persönliche Begegnungen mit antifaschistischen Widerstandskämpfern zumindest eine Ahnung davon vermittelt bekommen, welche Lebenserfahrung hinter jener Formel stand, die wir auswendig lernten: „Faschismus, das ist die offene Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kreise des Finanzkapitals.“ Wenn sich die SED-Diktatur in einem Punkt mit den von ihr beherrschten Menschen einig wissen durfte, dann war es dieser: Niemals wieder Faschismus und niemals wieder Faschisten in Deutschland!

Noch in der Zeit nach der Wende beschworen höchst achtenswerte Vertreter der Bürgerbewegung, die die SED-Diktatoren zum Abdanken gezwungen hatten, den Antifaschismus als Kern jener DDR-Vergangenheit, den es durch alle Umbrüche hindurch zu erhalten gelte. Diese Menschen hatten noch nicht erkennen können, in welcher skrupelloser Weise die SED-Machthaber auch das Ideal des Antifaschismus nur noch als Alibi der eigenen autoritären Herrschaft einsetzten und mißbrauchten.

Und gerade deswegen, weil hier soviel ehrlicher Glaube und ernsthaftes Bemühen im Spiel war, war dann das ungläubige Entsetzen so besonders groß: Auch hier also hatten uns unsere Regierenden betrogen und manipuliert! Und diese Erkenntnis wirkte um so schmerzlicher, als ja gar nicht so wenige der Betrüger und Manipulierer selbst „Opfer des Faschismus“ gewesen waren.

Wie es so oft geschieht, haben nicht unbedingt die intellektuellen Schichten als erste ihre Schlußfolgerungen aus diesem Massenbetrug gezogen. Vielmehr waren es solche Jugendliche, die auf der Suche nach neuen und glaubwürdigeren Idealen waren: War es der Verrat der SED-Diktatoren am Ideal des Antifaschismus, der in der DDR eine rechtsradikale Szene, deren Umfang und Gefährlichkeit wir in jüngster Zeit bitter erfahren mußten, erregte? Ein nachdenklicher Beobachter der deutschen Entwicklung hat das auf die schrecklich einprägsame Formel gebracht: „Der reale Sozialismus war eine Brutstätte ultrakonservativer und faschistischer Gesinnung.“ (E. Neubert) Oder

anders ausgedrückt: Der Rechtsradikalismus, der heute das Bild der neuen Bundesrepublik Deutschland vor der Weltöffentlichkeit zu verdunkeln droht, ist in Teilen auch eine „Folge der SED-Diktatur in Deutschland." Das zu begreifen, fällt wahrscheinlich schwer, widerspricht es doch scheinbar unserer ostdeutschen Lebenserfahrung. Aber gerade deshalb nimmt die heutige Anhörung auch eine zentrale Stelle in der Arbeit unserer Enquete-Kommission ein.

Ich möchte uns allen wünschen, daß wir auch diesen Teil unserer Arbeit, die uns vom Deutschen Bundestag aufgetragen worden ist, mit Energie und Präzision leisten. Daß es dazu auch eines unerschrockenen Herzens und Verstandes bedarf, gerade weil wir so erschrocken sind, werden wir am heutigen Tag wohl immer wieder spüren.

Ich möchte zunächst unsere beiden Kollegen, Frau Prof. Dr. Roswitha Wisniewski und Herrn Dr. Faulenbach bitten, uns in die thematischen Schwerpunkte unseres heutigen Unternehmens einzuführen. Bitte, Frau Prof. Wisniewski.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): In der heutigen Vortragssitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur" sollen zwei Themenbereiche behandelt werden, die auf den ersten Blick wenig, bei näherem Hinschauen aber viel miteinander zu tun haben.

Das Wort „Faschismus" hat bekanntlich in nicht-marxistischem und marxistischem Verständnis unterschiedliche Bedeutung. So wird in einem nichtmarxistischen Lexikon „Faschismus" definiert als „Bezeichnung für extrem nationalistische, nach dem Führerprinzip organisierte antiliberale und antimarxistische Herrschaftssysteme" (Meyers Enzyklopädisches Lexikon). Dagegen wird „Faschismus" im marxistisch geprägten, für die DDR maßgeblichen Philophischen Wörterbuch von Georg Klaus und Manfred Buhr eingeengt definiert als Bezeichnung für eine kapitalistische Diktatur, die sich dem Heilsweg in den Kommunismus entgegen zu stellen versucht: „Der Faschismus ist die Reaktion der imperialistischen Bourgeoisie auf die Veränderungen des Kräfteverhältnisses seit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete." Im verkürzten DDR-Sprachgebrauch war Faschismus – allen Einsichten der Geschichtswissenschaft zum Trotz – die „höchstentwickelte Form des Monopolkapitalismus".

Zu Recht wird daher von Günter Fippel der „echte Antifaschismus" als vielfältige politische Bewegung gegen den Faschismus in Europa unterschieden vom „unechten Antifaschismus" des Marxismus-Leninismus („Der Mißbrauch des Faschismus-Begriffs in der SBZ/DDR". In: Deutschland-Archiv 10 (1992), S. 1055–1065).

Entsprechend diesem marxistischen Faschismus-Begriff und Geschichtsverständnis wurde „Antifaschismus“ in der DDR wie zuvor schon in der Sowjetunion einerseits zum **Kampfbegriff** gegen jede Kritik und Feindschaft gegen den Kommunismus und andererseits **Integrations-Ideologie**. Antifaschismus im marxistischen Sinne wurde zur Grundlage der Selbstrechtfertigung des Staates, die jede Kritik am real existierenden Sozialismus und seinem Staat dem Faschismus-Verdacht aussetzte. Damit steht die DDR in der sowjetischen Tradition. Bereits in der Mitte der zwanziger Jahre wurde jeder, der der Ideologie oder der Politik der Sowjets entgegenzutreten wagte, zum „Faschisten“ gestempelt – eine Tradition, die nach 1945 fortgesetzt wurde.

Der Faschismus-Vorwurf wurde damit zum **bequemen Mittel der Vernichtung** unerwünschter Personen und politischen Strukturen und zur Lähmung des Widerstandes der bürgerlichen Parteien und ihrer Anhänger. Walter Ulbricht gab die Parole aus, daß der konsequente antifaschistische Kampf darauf gerichtet sein müsse, „die Wurzeln des Faschismus – die Herrschaft des Finanzkapitals“ zu beseitigen durch Säuberung des Verwaltungsapparates und der wissenschaftlichen Institutionen von allen faschistischen Elementen, durch die Enteignung der Großgrundbesitzer, der Bankherren und Konzerne, durch den Kampf gegen die faschistische Ideologie und gegen alle Ideologien, an die der Faschismus hätte anknüpfen können. (Hans-Helmuth Knütter, „Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung“. In: Politik und Zeitgeschichte, 22.2.1991, S. 19).

Die **Integrationskraft** der Ideologie des „Antifaschismus“ bestand einerseits in der berechtigten Ablehnung der national-sozialistischen Schreckensherrschaft, in der propagandistischen Verleumdung der Bundesrepublik als angeblichem Hort des Weiterwirkens von Nationalsozialismus und Faschismus aber auch in der Bewunderung für die Widerstandskämpfer, und schließlich auch in der Furcht, selbst zum „Faschisten“ gestempelt zu werden.

Die Antifaschismus-Ideologie vermittelte (durch die Ablehnung des Bösen) offenbar mehr positive **Erziehungskraft** als es der abstrakt-blutleere Marxismus und der real existierende Sozialismus vermochten. Annette Simon, die heute leider nicht anwesend sein kann, berichtet sehr eindrucksvoll, wie sie durch Gespräche im Elternhaus über Freunde, die im KZ gewesen waren, als Kind geprägt wurde. „Ich konnte mir die Zeit des zwölfjährigen Reiches nur als eine Zeit unsäglicher Greuel vorstellen... Das sehr früh angebotene sozial-ökonomische Erklärungsmodell vom „Faschismus als höchstentwickelte Form des Monopolkapitalismus“ und die Projektion, daß diese Verbrecher nun alle im Westen Deutschlands lebten, boten dem Kind Entlastung. ... Die Geschichten von den gemordeten Antifaschisten waren die Heldensagen der DDR (die Ermordung von Millionen Juden war dabei meist nur ein Nebenthema), und die Überlebenden erfüllten deren Vermächtnis – schon deshalb mußten sie im Recht sein.“ (FAZ 1.2.1993). Ähnlich Annette Leo:

„Die Helden meiner Kinderträume waren die Widerstandskämpfer. Allen voran natürlich mein Vater, der Partisan, der mit einer Pistole bewaffnet durch den Wald schlich, oder aus höchster Gefahr errettet wurde... Nicht nur zu Hause, auch in der Schule, wenn beim Morgenappell die Fahne hochgezogen und ein Spruch rezitiert wurde, bei Demonstrationen schwebten die großen Bilder der toten Helden über unseren Köpfen. Filme und Bücher handelten vom Kampf und Leidensweg Ernst Thälmanns, John Schehrs, Hans Beimlers ... Der Staat DDR, in dem ich groß geworden bin, war auf die Tradition des antifaschistischen Kampfes gegründet. Aus seinem Erbe bezog er die Legitimation als eine neue, bessere Ordnung, die mit der verbrecherischen Vergangenheit gebrochen hat. Aber sooft auch diese Tradition bei allen Anlässen beschworen wurde, sowenig wußten wir wirklich von der Geschichte. Die Erinnerung als Staatsdoktrin, die sich in feierlichen Reden, Gesängen, Kranzniederlegungen manifestierte, verlor nach und nach all ihre Lebendigkeit und Widersprüchlichkeit. Sie erstarrte zum Ritual, da ihre Überlieferung von wechselnden aktuellen Zweckmäßigkeiten bestimmt wurde". (Annette Leo, „Die Helden erinnern sich", in: Die wiedergefundene Erinnerung. Verdrängte Geschichte in Osteuropa. Berlin 1992, S. 159 f.)

Eine objektive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Dritten Reich durfte offensichtlich nicht stattfinden. Annette Simon weist darauf hin, daß der normale nationalsozialistische Alltag nicht Gegenstand des Interesses am Faschismus war, „und es wurden auch nicht die psychischen Bedingungen für die Anfälligkeit des Kleinbürgers untersucht, sich an grandiosen Ideen zu berauschen und in Hierarchie bedingungslos unterzuordnen. Dies hätte ja bedeutet, sich auch mit den psychischen Wurzeln des Funktionierens von Diktaturen überhaupt zu befassen, und von den Mächtigen war keiner daran interessiert, an dem Ast zu sägen, auf dem sie alle saßen."

Ein vielsagendes Zeugnis ist auch die Tatsache, daß die DDR im Internationalen Museumsrat Auschwitz einen Sitz hatte, der aber nie von einem DDR-Vertreter wahrgenommen wurde.

Das Klischee vom guten, reinen – da auf dem Antifaschismus gegründeten – DDR-Staates gegenüber der verbrecherischen – da angeblich den Faschismus fortsetzenden – Bundesrepublik Deutschland verlor allmählich seine integrierende Kraft. Die hehre Verherrlichung des Kampfes gegen den Kapitalismus verkam zum „Wortantifaschismus", wie Joseph Rovan kürzlich schrieb (Welt, 16.2.1993).

War inzwischen bekannt geworden, daß ehemalige Nazis in der DDR in einflußreichen Stellungen saßen, daß keineswegs nur Nationalsozialisten den Säuberungsaktionen in den Anfangszeiten der SBZ/DDR zum Opfer gefallen waren, daß „Abweichler", die wirkliche Antifaschisten und KZ-Opfer der Nationalsozialisten gewesen waren, von Sowjets und DDR-Behörden erneut verfolgt wurden?

Hier stellt sich nun die Frage nach der Entstehung von Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in der DDR. Ist eine der Ursachen in dem sinkenden Glauben an die Antifaschismus-Ideologie und das damit entstehende Motivationsvakuum zu sehen? Oder war es bewußte militante Opposition zur herrschenden Staats-Ideologie, die zu überzogenen Anti-Vorstellungen führte, so wie es auch heute eine „Anti-Antifa-Bewegung“ gibt?

Wie das Bundesamt für Verfassungsschutz feststellte (vgl. Heinrich Sippel, „Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Lagedarstellung.“ Vortrag vom 9.2.1993), gibt es heute eine Konzentration der rechtsextremistischen Gewalt in den östlichen Bundesländern. Bezogen auf die Einwohnerzahl standen 1992 die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hinsichtlich rechtsradikaler Gewalttaten mit großem Abstand an der Spitze aller bundesdeutschen Länder. In diesen beiden Ländern wurden jeweils mehr als doppelt so viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten begangen wie in Schleswig-Holstein, dem am meisten von solchen Gewalttaten heimgesuchten westdeutschen Land. Alle neuen Bundesländer befinden sich in der ersten Hälfte der in Relation zur Einwohnerdichte erstellen Häufigkeitsskala. Selbst das von den neuen Ländern am wenigsten betroffene Thüringen steht noch vor Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Bremen.

Von den derzeit rund 6400 gewaltbereiten rechtsextremistischen Personen wohnen etwa 3800 in den neuen Bundesländern und Berlin, in den alten Bundesländern sind es (nur) 2600.

Diese auffallend ungleiche Verteilung kommt vermutlich daher, daß – nach Auffassung des Verfassungsschutzes – der klar politisch motivierte Rechtsradikalismus in der DDR länger als in den alten Bundesländern existiert. Während in den alten Bundesländern in den frühen 80er Jahren politisierte Elemente in der Subkultur der Skinheads eher vereinzelt auftraten, war das rechte Gewaltpotential zu jener Zeit in der DDR bereits nicht unerheblich. Es gab 600 bis 1000 politisierte Skins, die unter scharfer Kontrolle der Staatssicherheit standen.

Natürlich fragt man sich, ob die jüngst aufgedeckte Stasi-Aktion „Vergißmeinnicht“ von 1961, durch die jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in der damaligen Bundesrepublik durch antisemitische Drohbriefe in Angst und Schrecken versetzt wurden, auch schon als Hinweis auf eine bestehende rechtsextremistische Szene in der DDR zu werten ist (Report, ARD, 8.2.1993).

Aber zurück zu der Frage nach dem politischen Zusammenhang bzw. der politischen Konfrontation von Antifaschismus-Ideologie und Rechtsextremismus in der DDR.

Annette Simon weist auf das bekannte psychologische Phänomen hin, daß die Jugend bisweilen mit heftigen Gegenreaktionen auf die Ideale der Eltern und Lehrer reagiert – vor allem wenn diese als bloße Worthülsen erkennbar sind.

Zum Verhalten eines Klassenkameraden, der Hakenkreuze an die Wände des Schulhauses geschmiert hatte, bemerkte sie: „Er war ganz bestimmt kein Neonazi, und nur die völlig überzogene Reaktion der Erwachsenen muß ihn dann darin bestätigt haben, daß er offensichtlich einen allergischen Punkt traf und so die lang ersehnte Aufmerksamkeit bekommen konnte.“ Ähnlich argumentierte Joseph Rovan „Wo aber 1968 nicht stattfinden durfte, in den ehemals kommunistisch beherrschten Ländern, da suchen viele Jüngere im Neofaschismus die Art und Weise, mit der sie den Wortantifaschismus ihrer Eltern am besten provozieren können...“ (Welt 16.2.1993)

Aber die Justiz kam nur in ganz seltenen Fällen zu der Erkenntnis, daß die fremdenfeindlichen Gewalttäter der letzten Zeit völlig unpolitisch handelten. Vielmehr läßt sich sehr wohl eine Motivation durch eine Ideologie erkennen, die durch ein elitäres Rassedenken bestimmt ist, das alle „Andersrassigen“ – bei einer gewissen graduellen Abstufung – als minderwertig klassifiziert.

Für den Rechtsextremismus in der DDR der achtziger Jahre hat Konrad Weiß aber auch andere ideologische Momente nachgewiesen. Es wird deutlich, daß die rechtsextremen Gruppen eine ideologische Orientierung besaßen, die sie bewußt als Lebensmaxime gegen die herrschende Ideologie setzten („Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. In: Alles ist im Untergrund obenauf, . . . Ausgewählte Beiträge aus der Zeitschrift KONTEXT 1–7, Berlin 1990, S. 18–31)

Für die Zukunft unseres Staates ist es m.E. von größter Wichtigkeit, die unheilvolle Wechselwirkung von marxistischer Antifaschismus-Ideologie und Rechtsextremismus aufzuklären und ihr politisch und wissenschaftlich entgegenzutreten. Eine Ideologie, die dem Menschen, die ihm gemäßen geistigen Lebensgestaltungsprinzipien nehmen will, wird leicht Gefahr laufen, überzogene Reaktionen darauf zu provozieren. Wer meint, den Menschen als Individualität ausschalten und zum Kollektivwesen formen zu können, wird die Gefahr heraufbeschwören, daß „Ich-Gefühl“ und „Selbstbestätigung“ übersteigert und ggf. mittels körperlicher Gewalt erfahrbar gemacht werden. Wer meint, die Einordnung der Menschen in eine Nation „aufheben“ und durch Internationalität ersetzen zu können, kann unter Umständen nationalistische Übersteigerung als schreckliche Folge bewirken.

Es ist an der Zeit, solche sozialpsychologischen Bedingungen und Konsequenzen politischer Systeme und politischer Ideen besser als bisher zu bedenken und zu erforschen. Ich möchte hoffen, daß die Arbeit der Enquete-Kommission auch in dieser Hinsicht einige Beiträge leisten kann.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Man hat den Antifaschismus als „Kernstück des inneren und äußeren Selbstverständnisses“ der DDR bezeichnet (Olaf Groehler). Mag dies auch überpointiert sein, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß der Antifaschismus zu den wichtigen „integrativen Faktoren“

der SED-Diktatur gehörte, wahrscheinlich auf der ideologischen Ebene deren wirksamster war.

Hier soll es um drei Aspekte gehen:

- um die Entstehungskontexte des DDR-Antifaschismus,
- um die Inhalte des Antifaschismus, d. h. um das Verhältnis von Interpretation der Geschichte und politischen Interessen und
- um die Funktion des Antifaschismus für das SED-System samt seiner Wirkungsmechanismen.

Die Frage nach dem DDR-Antifaschismus führt in das schwierige Feld des deutschen Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit: Sie zielt auf das überaus komplizierte Verhältnis der verschiedenen Vergangenheiten der NS-Zeit, der DDR und der alten Bundesrepublik. Sie tangiert damit die Frage nach den Kontinuitäten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Zunächst soll **erstens** mit wenigen Strichen der „Antifaschismus“ vor 1945 charakterisiert werden. Danach ist **zweitens** auf die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ 1945–1949 in der SBZ/DDR einzugehen und der Zusammenhang von Entnazifizierung und Errichtung der kommunistischen Diktatur anzusprechen. Es folgt **drittens** die Bestimmung der Spezifika des Bildes des Faschismus und des Antifaschismus in der DDR, wobei es nicht zuletzt um die Frage des Realitätsgehaltes dieses Bildes geht. Etwas eingehender seien **viertens** die Funktionen und Wirkungsmechanismen des Antifaschismus in der DDR beleuchtet. Schließlich seien – **fünftens** – Hypothesen zu den Folgen des DDR-Antifaschismus heute formuliert.

I. – Im 1983 im Dietz-Verlag Berlin (Ost) erschienenen „Wörterbuch Geschichte“ (Bd. I. S. 41 ff.) wird „Antifaschismus“ definiert als „gegen die Politik und Ideologie des Faschismus gerichtete, Anfang der 20er Jahre entstandene, ihrem Wesen nach antiimperialistische Volksbewegung“. „Konsequenter Träger“ des Antifaschismus sei die „Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze“. Da der Faschismus – entsprechend der immer noch verwendeten Dimitroff-Formel „die offene Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kreise des Finanzkapitals“ – „sich gegen die Lebensinteressen des gesamten Volkes richtet, besteht sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit, weite Kreise der Bevölkerung für die antifaschistische Bewegung zu gewinnen und sie um die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei zu sammeln.“ Die Definition läßt erkennen, daß der SED-Antifaschismus-Begriff

a) an einen bestimmten Faschismus-Begriff gebunden war, der die NS-Diktatur nur ganz unzureichend erfaßte, zugleich aber ein aktuelles Feindbild abgab,

b) aus der Sicht der SED nicht zuletzt auf ein Bündniskonzept hinauslief, in dem die Kommunisten die Führung hatten.

Offensichtlich ist der Begriff des Antifaschismus als ein „politischer Kampfbegriff“ zu bezeichnen, „der sich durch seine Vieldeutigkeit und politische Instrumentalisierbarkeit auszeichnete“ (Hans-Ulrich Thamer).

Ursprünglich bezeichnete der Begriff Antifaschismus, der parallel zum Faschismus-Begriff entstand, die Opposition gegen das Mussolini-Regime in ihren verschiedenen Varianten: „Antifaschisten“ waren die Gegner Mussolinis der verschiedenen Lager von den Sozialisten bis zu den Konservativen, ferner parteipolitisch ungebundene Journalisten, Schriftsteller und Wissenschaftler.

Dieser potentiell breite Begriff, der in den internationalen Wortschatz überging, wurde im Laufe der Zeit von den Kommunisten in spezifischer Weise gefüllt, verengt und zur Legitimationsideologie kommunistischen Handelns deformiert. Schon 1924 vertrat Sinowjew als Cheftheoretiker der Komintern die Auffassung, daß Faschismus und Sozialdemokratie nur „die rechte und die linke Hand des modernen Kapitalismus“ seien. Stalin behauptete gar, Faschisten und Sozialdemokraten seien „Zwillingsbrüder“. Seit 1928 wurde die SPD verstärkt von der KPD als Partei des „Sozialfaschismus“ attackiert, die die Herrschaft des Kapitalismus sicherte. Der Hauptgegner der KPD war seit dieser Zeit nicht die NSDAP, sondern die SPD. Erst 1935 schwenkte die Kommunistische Internationale auf eine Volksfront-Strategie um.

Keine Frage: der kommunistische Widerstand gegen das Dritte Reich war aufopferungsvoll: keine andere politische Gruppierung hatte derart hohe Verluste. Allerdings wird man fragen dürfen, ob zu diesen Verlusten nicht auch eine vielfach unsinnige Taktik, ja der zynische Umgang der stalinistischen Führung mit Menschenleben beigetragen hat. Auch ist zu erwähnen, daß schon im Kampf der internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg zwar einerseits der Antifaschismus seinen Ausdruck fand, doch andererseits der Antifaschismus von Stalins Kommissaren und Helfern zur Begründung der Ausschaltung von politischen Rivalen, Anarchisten, Trotzkisten und Sozialdemokraten diente. Seit den stalinistischen Säuberungen gab es einen Zusammenhang von Antifaschismus und Stalinismus, der übrigens einer der Gründe dafür ist, daß der Antifaschismus bei der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus seit den 50er Jahren so kläglich versagt hat.

Man wird Hans Ulrich Thamers Abwandlung von Horkheimers Dictum, daß der vom Faschismus schweigen müsse, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, nicht widersprechen könne: Sie lautet: „Wer aber vom Stalinismus nicht reden will, der muß vom Antifaschismus schweigen.“

Gleichwohl ist nicht zu bestreiten, daß die Sowjetunion unter Stalin beträchtlichen Anteil an der Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschland und damit an der Überwindung der NS-Diktatur in Deutschland hatte. Nicht zu bezweifeln sind auch die großen Opfer der Kommunisten im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Beide Tatbestände sollten nach dem Zweiten Weltkrieg in der kommunistischen Propaganda eine große Rolle spielen.

II. – Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen 1945 bildeten vielerorts in Deutschland Gegner der Nazis, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen u. a. „Antifa-Ausschüsse“, die Verwaltungsaufgaben übernahmen und die Ausschaltung von Nationalsozialisten betrieben. Sie wurden von den Besatzungsmächten rasch zurückgedrängt. Gleichwohl bestand zunächst unter den politischen Gegnern der Nazis und den sich bildenden Parteien eine Art antifaschistischer Konsens, der freilich rasch zu bröckeln begann.

Überall war man bestrebt, die Entnazifizierung gemäß dem Potsdamer Abkommen durchzuführen. In der Sowjetisch Besetzten Zone wurde sie rigoroser durchgeführt als in den anderen Zonen. Alle durch die NS-Zeit belasteten früheren Funktionsträger in Staat, Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie Lehrer und Polizisten wurden hier – so jedenfalls war das Ziel – ausgeschaltet: Sie wurden durch kaum ausgebildete Kräfte ersetzt. Allerdings wurde rasch deutlich, daß das Bekenntnis zur SED, insbesondere für kleinere Nationalsozialisten, die Möglichkeit bot, rasch wieder beruflich und gesellschaftlich integriert zu werden, so daß bald das Wort von der „großen SED“ als dem „Freund der kleinen Nazis“ die Runde machte. Auch war die Ausschaltung von Funktionsträgern keineswegs – wie sich jetzt zeigt – so konsequent, wie vielfach behauptet worden ist. Unbestreitbar jedoch bestand die neue politische Elite in der SBZ und in der DDR durchweg aus Antifaschisten, die während des Dritten Reiches teils in Konzentrationslagern oder Gefängnissen eingesperrt waren, teils in der Emigration überlebt hatten.

Problematisch war die von der Besatzungsmacht und der SED betriebenen Entnazifizierung in verschiedenen Hinsichten. So wurde sie hinter einer Mauer des Schweigens vollzogen. In ihrem Kontext wurden auch Gegner der Besatzungsmacht, Sozialdemokraten und andere Oppositionelle ausgeschaltet, die nicht selten – wie NS-Belastete – in Speziallager und Gefängnisse eingeliefert wurden. Schließlich wirkte sich auch das kommunistische Faschismus-Verständnis aus, das dazu tendierte, Klassengegner und Faschisten gleichzusetzen mit der Konsequenz, daß die Zugehörigkeit zu einer Klasse als Belastungsgrund ausreichte und Ausschaltung und Inhaftierung zur Folge haben konnte. Generell wurde die Entnazifizierung zur Durchsetzung des kommunistischen Machtanspruchs instrumentalisiert, wobei die Entmachtung der alten Eliten des NS-Staates eng verbunden war mit der Etablierung einer neuen Elite aus Kadern der SED. Die antifaschistisch begründete Blockpolitik begrenzte die Rolle nicht-kommunistischer Parteien zunehmend: Der antifaschistische Monopolanspruch führte faktisch a la longue zur Ausschaltung von bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten.

Der Antifaschismus diente sowohl der Legitimation der Errichtung der SED-Diktatur als auch der Begründung von Bodenreform und Sozialisierungsmaßnahmen. In der Historiographie der DDR wurde dieser politisch-gesellschaftliche Vorgang unter dem Begriff „antifaschistisch-demokratische

Umwälzung“ subsumiert. Peter Graf Kielmansegg hat das Ineinander von Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, gesellschaftlicher Umgestaltung und Errichtung der Parteidiktatur mit dem Satz charakterisiert: „Die Essenz der kommunistischen Antwort auf den Nationalsozialismus ist die Errichtung – ideologisch gesprochen – der Diktatur des Proletariats, faktisch der Diktatur der SED gewesen, also die erneute Negation der Demokratie unter anderen Vorzeichen, vollzogen gewissermaßen in Tateinheit mit der Beseitigung des Kapitalismus“. Die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus rechtfertigte zusätzlich den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, sie war nicht eigentlich ursächlich für ihn, sondern eher akzidentiell.

III. – Wie die Entnazifizierung zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft durch eine Parteidiktatur diente, so wurde die Erinnerung an den Widerstand gegen das Dritte Reich schon früh zur Legitimation kommunistischer Politik instrumentalisiert, mit der Konsequenz, daß das Bild des Dritten Reiches und des antifaschistischen Widerstandes krass verzeichnet, teilweise sogar durch Fälschungen entstellt wurde. Im Zeichen dieses Antifaschismus wurde die NS-Zeit in vielen Hinsichten geradezu verdrängt.

Zwar wirkte anfangs das Bewußtsein gemeinsam erlittener Verfolgung nach, doch schon 1946 wurde die Haltung der SPD 1933 von kommunistischer Seite kritisiert, während eine kritische Aufarbeitung der verheerenden Wirkung der kommunistischen Sozialfaschismus-Theorie unterblieb. Zunehmend wurde das Bild des Widerstandes auf den kommunistischen Widerstand verengt. Schon im Juli 1947 schrieb Karl Schirdewan, der damalige Chefideologe, im „Neuen Deutschland“: „Den geschichtlichen Tatsachen kann man nicht gerecht werden, wenn verschwiegen würde, daß die marxistisch-sozialistischen Kader die Hauptlast des Kampfes gegen Hitler getragen haben und daß sie auch die Hauptkraft des Kampfes gegen Hitler und seinen Krieg im Innern verkörperten.“ Nun wird man die Rolle dieses Widerstandes anerkennen, doch zeichnete sich hier schon die Tendenz ab, ein kommunistisches Monopol auf Widerstand aufrichten zu wollen. Die Offiziere des 20. Juli 1944 wurden scharf attackiert, Albert Norden kennzeichnete schon 1948 die Verschwörer als „Fleisch vom Fleisch des deutschen Imperialismus“. Zugleich wurde zunehmend der sozialdemokratische Widerstand kritisiert. Der nicht-kommunistische Widerstand wurde teils denunziert, teils wegeskamotiert.

Doch auch das Bild des kommunistischen Widerstandes wurde in den 50er Jahren – teilweise wohl unter dem unmittelbaren Einfluß Ulbrichts – vielfach retuschiert und enthistorisiert. Emigranten aus den westlichen Ländern wurden ebenso ausgeblendet wie diejenigen, die in den innerparteilichen Machtkämpfen Ulbricht unterlegen waren. Das Bild des kommunistischen Widerstandes wurde zunehmend enthistorisiert, ja mythisiert und zur Legitimation der jeweiligen SED-Politik instrumentalisiert. Erst seit den 70er Jahren, mit dem Übergang von Ulbricht zu Honecker trat eine gewisse Öffnung und partielle

Rehistorisierung des Widerstandsbegriffs ein, doch blieb der kommunistische Widerstand absolut zentral.

Verbunden mit dem a-historischen Bild des Widerstandes war ein a-historisches Bild des Dritten Reiches, das nach wie vor als Herrschaft des Monopolkapitals erklärt wurde, womit u. a. die Massenanhängerschaft der NS-Bewegung und die nicht unbeträchtliche Zustimmung zur Politik Hitlers während des Dritten Reiches und damit auch die Verwicklung größerer Teile des deutschen Volkes, keineswegs nur der Eliten, in die verbrecherische Politik Hitlers ausgeblendet wurde.

Die spezifische Interpretation des Dritten Reiches, des Widerstandes und der DDR hatten unverkennbar für die Menschen in der DDR eine entlastende Funktion und ermöglichten eine Verdrängung der eigenen Rolle im Dritten Reich. Dadurch, daß sich die DDR zum antifaschistischen Staat stilisierte, in dem die Konsequenzen aus dem Dritten Reich durch die Entmachtung des Monopolkapitals gezogen waren, war man von Mitverantwortung und Mithaftung für die NS-Politik frei. Das NS-Erbe wurde zum Problem der Westdeutschen. Hitler war gleichsam ein Westdeutscher geworden.

IV. – Schon früh wurde in der DDR begonnen, nicht nur den Antifaschismus zur integrativen Ideologie zu erheben, sondern einen regelrechten quasireligiösen antifaschistischen Staatskult zu entwickeln, in dessen Mittelpunkt die Erinnerung an die antifaschistischen Kämpfer und ihre Opfer stand samt der Verpflichtung, die diese den Lebenden auferlegten. Eine gewissen Nähe zum Märtyrer-Kult ist nicht zu verkennen wie auch die Gedenkstättengestaltungen unverkennbar bestimmte religiöse christlich-kirchliche Motive und Ausdrucksformen in säkularisierter Form aufgriffen. Züge einer politischen Religion sind nicht zu übersehen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Rolle des Antifaschismus in der Erziehung, an die Jugendweihestunden, verpflichtende Namensgebungen und Patenschaften, an die Feierstunden in den KZ-Gedenkstätten, die Kundgebungen, Gelöbnisse dort usw. Charakteristika und Funktionsmechanismen dieses Antifaschismus seien etwas näher beleuchtet.

Die „antifaschistischen“ politischen Ziele werden exemplarisch deutlich in den vom Gesetzblatt der DDR vom 4. September 1961 veröffentlichten Statut der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, das diesen die Aufgabe zuwies,

„a) den Kampf der deutschen Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte gegen die drohende faschistische Gefahr;

b) die Rolle der KPD als der stärksten und führenden Kraft im Kampf gegen das verbrecherische Naziregime;

c) den antifaschistischen Widerstand in den Jahren 1933 bis 1945 in Deutschland und in den europäischen Ländern;

d) den SS-Terror im Lager und seine Methoden der Mißachtung des menschlichen Lebens;

e) den gemeinsamen Kampf der europäischen Nationen, besonders den Kampf der sowjetischen Häftlinge, gegen den SS-Terror, die besondere Bedeutung der internationalen Solidarität in diesem Kampf und die Maßnahmen, die zur Befreiung des Lagers führten;

f) den wiedererstandenen Faschismus und Militarismus in Westdeutschland;

g) die historische Rolle der Deutschen Demokratischen Republik

darzustellen und zu erläutern".

Die Instrumentalisierung der Vergangenheit wirkte sich auf die Wahrnehmung bzw. Darstellung der Geschichte – in dem, was erinnert bzw. nicht erinnert wurde – unmittelbar aus. So wurden die kommunistischen Opfer stark hervorgehoben, während man andere deutsche und ausländische Opfer-Gruppen (Sozialdemokraten, Liberale, Konservative, Christen usw.) vernachlässigte. Weitgehend ausgeblendet wurde auch der rassistische Hintergrund der NS-Verfolgung, die Verfolgung der Juden, der Zigeuner, auch der Homosexuellen, von sog. „Asozialen" usw. Allerdings wurden die – im Westen lange Zeit weitgehend vergessenen – sowjetischen Kriegsgefangenen gewürdigt. Unzureichend war auch die Auseinandersetzung mit den Tätern, den dahinterstehenden Strukturen, vor allem auch mit der Gesellschaft und ihrem Verhalten gegenüber der NS-Politik und ihrem Terror, sieht man von den stereotypen Hinweisen auf die Verantwortung der Monopolkapitalisten und Industrieführer ab. Der kommunistische Widerstand aber wurde in Ausstellungen, Architektur und künstlerischer Gestaltung heroisiert und monumentalisiert, um Thälmann u. a. ein ausgesprochener Kult inszeniert. – Die Kämpfer gegen den Faschismus wurden zu großen Vorbildern erhoben und dabei idealisiert.

Fragt man nach der Wirkung dieses Antifaschismus, so wird man sagen müssen, daß sie gewiß generationell, vielleicht auch regional unterschiedlich, insgesamt gesehen bedeutend war. Insbesondere junge Leute wurden auf diese Weise geradezu in eine Identifikation mit der kommunistischen Sache hineingezwungen. Zwar galt die Identifikation den historischen Gestalten, doch kam sie auch den Führungsgruppen von Partei und Staat zugute, zumal diese ganz überwiegend durch Antifaschisten gebildet wurden. Die politische Führung wurde auf diese Weise politisch-moralisch überhöht, der Antifaschismus machte sie geradezu unangreifbar. Umgekehrt lähmte er die Opposition, erschwerte prinzipielle Ablehnung des Systems, baute gleichsam eine innere Sperre gegen oppositionelles Handeln auf. Auch blockierte er de facto eine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus.

Der Antifaschismus mit seiner emotionalen Bindekraft wurde zur Legitimation sonst schwer zu rechtfertigender Handlungen und Tatbestände herangezogen.

So wurde er zur Begründung der Unterdrückung der inneren Feinde, der Niederschlagung des Volksaufstandes und des Baus der Mauer, des Einmarsches in die Tschechoslowakei usw. eingesetzt. Damit lief der Antifaschismus Gefahr, nicht nur zur Legitimation des SED-Systems im allgemeinen, sondern auch ihrer konkreten Politik zu verkommen und damit sich auf die Dauer zu verbrauchen. Überpointiert läßt sich sagen: „Je mehr der Führungsanspruch der SED in Frage gestellt wurde, um so nachdrücklicher war der Rückgriff auf die antifaschistisch begründete Legitimation, die schattenlos sein mußte." (Ulrich Groeller)

Eine nicht unwesentliche Funktion des Antifaschismus war, ein bestimmtes Feindbild zu liefern. Dadurch, daß Faschismus und Imperialismus, Antifaschismus und Antiimperialismus als mehr oder weniger identisch betrachtet wurden, ließ sich die Bundesrepublik unschwer in die Nähe des Dritten Reiches rücken. Ihre Ablehnung war damit tief begründet. Unverkennbar erleichterte dabei die anfangs zögerliche, skandalreiche Aufarbeitung der NS-Zeit in der Bundesrepublik, auch die Tatsache, daß durch die NS-Zeit Belastete wie Adenauers Staatssekretär Globke in wichtigen Ämtern saßen und die frühere NSDAP-Mitgliedschaft für höchste Staatsämter nicht disqualifizierte, die antifaschistische Agitation gegen die Bundesrepublik.

Offenbar hat die Stasi ihrerseits – etwa bei den Hakenkreuzschmierereien – in bestimmten Situationen nachgeholfen, die Bundesrepublik in spezifischem Licht erscheinen zu lassen. Auch ist nicht zu übersehen, daß die intensive Auseinandersetzung um die NS-Zeit in der Bundesrepublik – etwa im Kontext der Studentenbewegung – teilweise in der DDR als Bestätigung der Kontinuität zwischen NS-Zeit und Bundesrepublik mißverstanden wurde. Es entstand der – von der Propaganda geförderte – Eindruck, daß die Bundesrepublik gleichsam semi- oder kryptofaschistisch sei. Auf diesem Hintergrund galt die „antifaschistische" DDR als der moralisch bessere Staat.

Eine besondere Rolle spielte der Antifaschismus im und für den kulturellen Bereich. Linke Schriftsteller wie Bertolt Brecht, Anna Seghers, die frühen Bücher Hermann Kants, pflegten die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf. Und für viele Intellektuelle und „Kulturschaffende", die ihre Probleme mit der konkreten SED-Politik hatten, diente der Antifaschismus bis zuletzt, bei manchen dient er bis heute dazu, als der ideell-emotionale Komplex, der eine Rest-Identifikation mit der DDR sicherstellt.

Erklärungsbedürftig bleibt freilich, warum Antifaschisten selbst zu Tätern wurden und warum der Antifaschismus nicht gegen die Anerkennung und Rechtfertigung von Repression und Gewalt motivierte. Dazu ist festzustellen, daß der Antifaschismus lediglich im Anti einigermaßen klar war, doch keineswegs in seiner positiven Zielsetzung, die durch kommunistische Interessen konkretisiert wurden. Man wird sicherlich vielen kommunistischen Antifaschi-

sten nicht Unrecht tun, wenn man feststellt, daß sie keine Demokraten waren: der „Antifaschismus“ war bei vielen gegenüber marxistisch-leninistischen Überzeugungen und stalinistischer Praxis nur sekundär. Er diente als Moment zusätzlicher Rechtfertigung und gesellschaftlicher Absicherung. Gerade darin zeigt sich die kommunistische Prägung dieses Antifaschismus, die die ihm inhärenten Widerstandspotentiale lähmte.

Die Tatsache, daß es nicht gelang, Antifaschismus und Stalinismus zu trennen und die emanzipatorischen Potentiale des Antifaschismus zur Aufarbeitung des Stalinismus zu nutzen, hat sicherlich mit zur Erosion und partiellen Diskreditierung des Antifaschismus beigetragen.

V. – Nach dem Ende der DDR wirkt der DDR-Antifaschismus in unterschiedlicher Weise nach.

Für nicht wenige ist dieser Antifaschismus nach wie vor positiv bedeutsam. Manchen gilt er als letzter Rest von DDR-Identität, wobei diese Haltung nicht nur in der Bindung an die antifaschistische Tradition, sondern auch in gegenwärtigen politisch-mentalen Identitätsproblemen begründet ist. Doch wird der DDR-Antifaschismus wohl auch bewußt fortgesponnen: „Der Antifaschismus wird zu einem alle Umwälzungen und Erschütterungen überdauernden Selbstwertgefühl stilisiert, zu einem Ideal, das vom SED-Regime trotz des von ihm begangenen Unrechts am reinsten verkörpert wurde“ (Klaus Schönhoven).

Für die Mehrheit ehemaliger DDR-Bürger sind freilich eher andere Nachwirkungen zu konstatieren. Für sie ist der „verordnete Antifaschismus“ mit der DDR untergegangen. Er ist diskreditiert als Teil des Systems, wirkt allenfalls in der Weise nach, daß man eben nicht mit der NS-Vergangenheit konfrontiert werden möchte. In Einzelfällen, für kleine Gruppen mag sogar gelten, daß der Antifaschismus den Faschismus attraktiv gemacht hat.

Vielfach scheint jedenfalls der Antifaschismus in mangelnder Sensibilität gegenüber der Bedeutung der NS-Vergangenheit nachzuwirken; das durch die SED garantierte „gute Gewissen“ gegenüber der NS-Zeit, die Verdrängung der Mithaftung für diese Epoche scheint die heutige Haltung vieler mitzubestimmen. – Natürlich spielt daneben auch eine Rolle, daß man in der DDR genug für die NS-Zeit gebüßt zu haben glaubt, jedenfalls wenn man sich die verlorenen Lebenschancen im Vergleich zu den Westdeutschen vergegenwärtigt.

Resümierende Schlußbetrachtung

Im DDR-Antifaschismus wurde Geschichte in besonders wirksamer Weise teils zu einer Herrschaftsideologie, teils zu einer weltlichen Religion mit bestimmten Ritualen verarbeitet.

1. Die Instrumentalisierung von Geschichte war durch den historischen Prozeß und die Rolle die die Kommunisten darin gespielt hatten, möglich.

Sie wurde erleichtert durch gewisse Inkonsequenzen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Westen.

2. Vergangenheit kam in diesem Antifaschismus höchst selektiv in den Blick. Teilweise wurde Geschichte verfälscht, teilweise höchst einseitig betrachtet. Die Legitimationsinteressen der SED, insbesondere ihrer Führungsgruppen, prägten unmittelbar das Geschichtsbild.
3. Der Antifaschismus wurde geradezu zu einer säkularisierten Religion ausgebaut. Zwar gibt es auch in westlichen Ländern so etwas wie Zivilreligionen. Diese politische Religion jedoch hatte spezifische Züge und Funktionen, vor allem die der Unterordnung unter den Willen der Partei bzw. Parteiführung.
4. Der Antifaschismus wurde teilweise von jugendlichem Idealismus mitgetragen und hat diesen wohl auch gefördert. Er trug zur Beschaffung von Loyalität gegenüber dem SED-System lange Zeit bei.
5. Der Antifaschismus blockierte die Aufarbeitung des Stalinismus ungleich mehr als daß er diese förderte, was durch den historischen Antifaschismus, der teilweise mit dem Stalinismus amalgamiert war, ebenso bedingt war wie durch die post-stalinistische Parteiherrschaft. Es gelang der DDR nicht, die emanzipatorischen Potentiale des Antifaschismus zu entfalten.
6. In nicht unbeträchtlichem Maße hemmte der Antifaschismus oppositionelles Denken und Handeln und wurde nicht selten zur Denunziation politischer Gegner der SED und der SED-Führung verwandt. Er wirkte damit geradezu antidemokratisch.

Ein spezifischer Antifaschismus war konstitutives Element der SED-Diktatur.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der nächste Redner ist Herr Dr. Fippel, bitte.

Dr. Günter Fippel: Als Leser der „Täglichen Rundschau“ am 28. März 1947 ihre Zeitung aufschlugen, lasen sie auf Seite 2 zu ihrer Erleichterung, daß es den wachsamen Organen der „antifaschistisch-demokratischen“ Ordnung einmal mehr gelungen war, ein Waffenlager ehemaliger Nazis auszuheben. Mit vier anderen seien auch die Studenten Wradzidlo und Klein „wegen geheimer faschistischer Tätigkeit, Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen“ verhaftet worden.

Dieser öffentliche Vorwurf, der jede Solidaritätsbekundung mit den Eingekerkerten von vornherein ausschloß, verkehrte die Wahrheit in ihr genaues Gegenteil.

Wer war Georg Wradzidlo wirklich?

Nach dem 20. Juli 1944 war der damalige Oberleutnant als Mitglied einer Widerstandsgruppe der Wehrmacht verhaftet und in das KZ Buchenwald eingeliefert worden. Lediglich das Kriegsende rettete ihn vor dem Kriegsgericht. Er begann an der wiedereröffneten Berliner Lindenuniversität ein Medizin-

studium und wurde Leiter der CDU-Studentengruppe sowie der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten“. In dieser Eigenschaft protestierte er am 1. Mai 1946 gegen die Vereinnahmung der Universität durch die SED. Tags darauf wurde er seines Postens enthoben, am 13. März 1947 verhaftet und im Dezember 1948 von sowjetischen Militärrichtern zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Mit Manfred Klein verhielt es sich ähnlich.

Zwei weitere Beispiele:

Im Sommer 1938 flüchtete Hannelore Goldschmidt aus Leipzig vor antisemitischer Verfolgung nach Bolivien. Von hier aus wirkte sie mit ihrem Ehemann Paul Baender in der Bewegung „Freies Deutschland“ über Presse und Rundfunk für den Sturz der nationalsozialistischen Diktatur. Dank Paul Merkers Engagement durfte sie nach langem Tauziehen 1947 in die Ostzone zurückkehren. Im November 1952 wurde sie in Ostberlin unter der aberwitzigen Beschuldigung inhaftiert, „für den Faschismus ... gearbeitet zu haben“.[1] Ihre erste Vermutung, die Nazis seien wieder dran, erhielt neue Nahrung, als sie von Vernehmern der DDR-Staatssicherheit mit übelsten antisemitischen Beschimpfungen bedacht wurde.[2]

Im Oktober 1954 wurde Willi Rehfeld, welcher den Nazis durch eine Auswanderung nach Palästina entkommen konnte und 1949 nach Westberlin zurückgekommen war, vom Ostberliner Stadtgericht wegen „neofaschistischer Betätigung“ zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil er während des 2. Deutschlandtreffens einigen FDJlern Schokolade und Fahrgeld zum Besuch Westberlins angeboten hatte.[3]

Die hier angeführten Fakten wurden einer Kartei entnommen, mit deren Aufbau ich kurz nach dem XXIII. Parteitag der KPdSU (1961) begann und die gegenwärtig biographische Angaben über mehr als 27.000 Opfer des Stalinismus umfaßt.

Analysiert wurden alle erreichbaren schriftlichen Zeugnisse (von Enzyklopädien über historische Abhandlungen, Biographien und Memoiren bis hin zur knappen Pressenotiz), und die jeweiligen Informationen (Namen, Lebensdaten, sozialer und politischer Status, Gründe, Art und Folgen der Repressionen) wurden auf Karteikarten gespeichert (siehe Anlage).

Das Untersuchungsverfahren macht sich den Umstand zunutze, daß Literatur (im weitesten Sinne) unter anderem Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse ist und die lebendige Vielfalt des Lebens wiederholt. Da nach den Gesetzen

1 W. Kießling: Der Fall Baender. Berlin 1991, S. 167.
2 Vgl. ebenda. S. 168
3 Vgl. Katalog des Unrechts. Hg. vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen. Berlin (1957)

der Statistik ein 27.000 Einzelschicksale umfassender Ausschnitt der Wirklichkeit eine repräsentative Größe darstellt, sind auch in bezug auf unsere Themenstellung verwertbare Erkenntnisse zu erwarten.

Es liegt auf der Hand, daß das Wissen über das Leben (und Sterben) von 27.000 schuldlosen Menschen, die in den Folterhöllen des NKWD, im sibirischen Eis, in den Speziallagern der Sowjetischen Besatzungszone, in den Fängen der Staatssicherheit Entsetzliches erlitten und zum großen Teil auf unmenschliche Weise umgebracht wurden (in der UdSSR zu mindestens 90 Prozent), nicht ohne Einfluß auf das eigene Weltbild bleiben konnte (Dieses Umdenken begann lange vor dem Herbst 1989).

Bei der Auswertung der empirischen Daten war von besonderem Interesse, aus welchen Gründen bestimmte Personen, die bereits vom NS-Regime aus rassischen und/oder politischen Gründen verfolgt wurden – oft weil sie aktiven Widerstand geleistet hatten – im sogenannten antifaschistisch-demokratischen Deutschland neuerlichen Repressalien ausgesetzt waren, d. h. in den Selbstmord getrieben wurden, in Speziallagern, Zuchthäusern und Gefängnissen litten. Dem Vortrag liegen also die empirisch gewonnenen Daten von Persönlichkeiten zugrunde, die Opfer des Naziregimes u n d des Stalinismus wurden.

Im Schrifttum fand ich bisher biographische Angaben über 210 Personen, auf welche dies zutraf.

17,1 Prozent verloren dabei ihr Leben.

Mindestens 25,2 Prozent der zweifach Verfolgten waren Juden.

Jeder fünfte aller von mir dokumentierten jüdischen Mitbürger, die das Dritte Reich überlebt hatten und in die zweite Verfolgungswelle gerieten, kamen im „antifaschistischen“ System Ulbrichtscher Prägung zu Tode: Paul Bertz, Lex Ende, Rudolph Feistmann, Kurt Lichtenstein, Hermann Löwenthal, Walter Lustig, Erich Nelhans u. a.

Es erscheint dabei unerheblich, daß die neuerliche Hetzjagd nicht mit Rassen- sondern mit Klassenkampf begründet wurde und anstelle der arischen die proletarische Reinheitslehre trat (um ein Wort Wolfgang Natoneks abzuwandeln).

(Die Zahlen wären übrigens um ein Mehrfaches höher, zählte man diejenigen hinzu, die sich kurz vor ihrer Inhaftierung in die Bundesrepublik retten konnten oder die „nur“ ihrer Positionen enthoben und mit anderen ökonomisch-politischen Sanktionen belegt wurden).

Zunächst fällt auf, daß fast alle NS-Verfolgten, die neuen, diesmal stalinistischen Repressalien zum Opfer fielen, nämlich 91,4 Prozent der dokumentierten Personen, das Nazi-Regime in Deutschland und/oder vom westlichen Ausland her bekämpft hatten. Sie handelten vom Kreml unabhängig und lediglich ihrem eigenen Gewissen verpflichtet. Sie blieben auch in den Jahren 1939 bis 1941

kompromißlose Gegner des nazistischen Gewaltregimes, als es moskautreuen Nazigegnern strikt untersagt war, die Freundschaft zwischen Stalin und Hitler durch NS-feindliche Aktivitäten zu beflecken. Selbst die politische Moral der nach dem Krieg aus KZ und Westemigration zurückkehrenden Kommunisten, wenngleich sie die Sowjetunion bis 1939 noch als eine „verzweifelte ferne Hoffnung mythisierten“[4], hatte nichts mehr mit Stalins Auffassung von Demokratie und Sozialismus, Faschismus und Antifaschismus gemein.

Dies bekannte Joseph Scholmer, der 1933 von Nazis gefoltert wurde und nach 1945 den bitteren Weg der Erkenntnis bis nach Workuta jenseits des Nördlichen Polarkreises ging. Dort traf er neben vielen Juden auch drei deutsche Altkommunisten (Gribowski, Jares, Prieß), die ihre antifaschistische Gesinnung in den Schützengräben Spaniens unter Beweis gestellt hatten.

Ihre Verhaftung und Deportation erfolgte unmittelbar an Aussprachen mit Pieck, Ulbricht und Honecker, denen gegenüber sie ihre Weigerung begründet hatten, in einem Gemeinwesen Stalinscher Prägung politische Verantwortung zu übernehmen.[5]

Weitere Personengruppen, die sich als aktive Gegner des Nationalsozialismus ausweisen konnten und dennoch (oder besser: deshalb?) in das Räderwerk der Willkür gerieten, waren (nach der Häufigkeit):

– Zeugen Jehovas (31),
– Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli (15),
– Mitglieder der Bewegung „Freies Deutschland“ (12),
– Freiwillige im spanischen Bürgerkrieg, in der Benesch-Armee, in der Resistance u. a. (11).

Sie wurden von Leuten, welche in der Vergangenheit mehrfach mit dem Nazismus kollaboriert hatten bzw. selbst ehemalige aktive Nationalsozialisten waren und sich „Antifaschisten“ nannten, als „Faschisten“ verleumdet und verfolgt, weil sie wirkliche, im Widerstand gegen Hitler und Stalin erprobte Antifaschisten waren. Je mehr Einzelschicksale untersucht werden konnten, desto weniger war zu übersehen, daß das Begriffspaar Faschismus/Antifaschismus in zwei Qualitäten auftritt: einmal als real gegeben, im anderen Fall als vorwiegend verbal vorhanden, als gefälscht.

Wirkliche Antifaschisten kämpften gegen jede Form des Faschismus (als Oberbegriff für: nach dem Führerprinzip organisierte, extrem nationalistische, antiliberale, antimarxistische, inhumane Bewegung und Herrschaftssysteme), sie waren auch (potentielle) Gegner des Stalinismus.

Für Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg gab es in bezug auf ihr Feindbild kaum Unterschiede, ob spanische Francisten vor ihnen, italienische Faschisten

4 J. Scholmer: Die Toten kehren zurück. Köln/Berlin 1954, S. 139
5 Vgl. ebenda, S. 100–102, 176–179

und deutsche Nationalsozialisten über ihnen oder sowjetische Tschekisten hinter ihnen auf sie schossen. (Es ist ja bekannt, daß NKWD-Trupps 1937 in Spanien mehr Freiwillige in der Etappe als „Trotzkisten“ liquidierten, als an der Front fielen.)

Auch in Deutschland standen sich Antifaschisten und „Antifaschisten“ diametral gegenüber.

Es hat sich eingebürgert, die eine Form als „echt“, die andere als „unecht“ zu bezeichnen. Hinsichtlich des Wirksamwerdens dieser zwei Versionen im gesellschaftlichen Leben der SBZ/DDR sind deutlich vier Phasen zu unterscheiden:

Erstens: Die Jahre zwischen 1945 und 1947 können als die Phase der scheinbaren Koexistenz beider Strömungen angesehen werden. Falsche Antifaschisten und wirkliche Nazigegner nehmen Führungspositionen ein, üben Einfluß aus. Während Ulbricht die Losung ausgibt „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“[6], bemüht sich Paul Merker im Parteivorstand der SED um die Rückkehr der (meist jüdischen) Westemigranten, um die Rückgabe der 1933 und danach enteigneten jüdischen Vermögenswerte, um die Durchsetzung demokratischer Prinzipien. „Ich war davon überzeugt, aus der SED eine wirklich sozialistische und demokratische Partei zu machen“[7], bekannte Paul Baender, der wie Merker an der Bewegung „Freies Deutschland“ teilnahm, im Rückblick.

Aber die Weichen waren bereits gestellt. Das drückte sich auch im Sprachgebrauch aus.

Der Zeitzeuge Horst Mende (von den Nazis zu 5 Jahren, von Ulbrichts Leuten zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt) erinnert sich:

Das Wortpaar Faschismus/Antifaschismus wurde im Alltag bis etwa Ende 1947 kaum verwendet; man sprach allgemein von Nazis und Nazigegnern. Es waren NKWD-Offiziere, die den Anstoß zum inflationären Gebrauch des Wortes „Faschist“ gaben; und gemeint war jeder, der sich der Linie des Kreml entgegenstellte. Zu „Antifaschisten“ wurden hingegen alle gemacht – ungeachtet ihres weltanschaulichen Werdegangs, also auch die frisch gewendeten Nazis vom „Nationalkomitee Freies Deutschland“ –, sofern sie Stalins Politik und Ideologie bedingungslos anerkannten und unterstützten.

Schon 1945 war also erkennbar, wer die Oberhand behalten würde. Leiter der NKWD-Sektion der Sowjetischen Militäradministration war Shukows Stellvertreter und Stalins rechte Hand, General Serow. Dieser berüchtigte Antisemit, verantwortlich u. a. für die Deportation von 600.000 Juden aus dem 1939 okkupierten Ostpolen, ging ohne zu zögern daran, Stalins Doktrin

6 W. Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Leipzig 1990, S. 406
7 Zit. bei W. Kießling, a.a.O., S. 60

„Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann“[8] in der Ostzone umzusetzen.

67 von 96 dokumentierten NS-Gegnern, also 70 Prozent, welche von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt oder in Speziallagern interniert wurden, gerieten bereits zwischen 1945 und 1947 in die Fänge des NKWD bzw. ihrer Nachfolgeeinrichtungen, darunter 15 Juden (Auerbach, Glückseliger, Hirschfeld, Kohn, Krausz, Löwenthal, Zeiler u. a.).

Hermann Löwenthal (SPD-Mitglied seit 1920, während des Dritten Reiches im KZ Buchenwald festgehalten, nach 1945 Betriebsgruppenleiter im Berliner Magistrat) wurde im Juni 1946 unmittelbar nach seiner Weigerung, den Parteiausweis auf SED umstempeln zu lassen, verhaftet und als „ruchloser Nazispitzel“ (Tägliche Rundschau, 18.9.1946) zu 10 Jahren Arbeitslager, aus dem es kein Zurück gab, verurteilt.

Schlimm erging es auch Ludwig Auerbach. Der Sohn eines jüdischen Arztes hatte 53 Familienangehörige in Auschwitz verloren. Kaum daß er aus einem Zwangsarbeitslager der Nazis freigekommen war, inzwischen Student und CDU-Mitglied, wurde er Anfang August 1946 als „Spion“ verhaftet, für vier Jahre in das ehemalige KZ und nunmehrige Speziallager Sachsenhausen verbracht und nach weiteren fünf Jahren Haft in Torgau völlig unterernährt und mit offener Tbc entlassen.

Zweitens: Stalins verschärfter Regierungsantisemitismus, die Neuauflage der Komintern und Titos Abfall führten auch in der SBZ/DDR zu einer Blütezeit des Stalinismus. Dieser Zeitabschnitt, der Anfang 1948 ziemlich unvermittelt einsetzte und bis zu Stalins Tod 1953 währte, ist eine Phase, in welcher der unechte Antifaschismus zur Staatsdoktrin wurde und wirkliche Antifaschisten eliminiert wurden.

(Dieses etwas kraß gezeichnete Muster darf nicht übersehen machen, daß es – auf konkrete Personen bezogen – manche Positionen gab, die sich nicht ausschließlich in ein Entweder-Oder-Schema pressen ließen).

Der Ausdruck „Antifaschismus“ wurde der jungen DDR und ihrer Bevölkerung von außen quasi „übergestülpt“, ohne daß eine Begriffsklärung erfolgte.

Vorangegangen war, daß das Wort Nationalsozialismus durch „Faschismus“ ersetzt wurde. Damit sollte vor allem darüber hinweggetäuscht werden, daß Hitlers Bewegung von der Zielsetzung her eine sozialistische Komponente besitzt; außerdem hätte es eine ständige Parallele zum Terminus „Sozial-Nationalismus“ gegeben, mit dem Lenin 1922 Stalins Vorgehen im okkupierten Georgien charakterisiert hatte.

8 Zit. bei M. Djilas: Gespräche mit Stalin, Frankfurt am Main 1962, S 146

Ebenso wurde jede Diskussion um einen wissenschaftlichen Faschismus-Begriff ängstlich vermieden, weil sämtliche Kriterien auch auf „Stalinismus“ anwendbar gewesen wären. (In der Literatur ist vielfach belegt, daß Stalinismus-Opfer ihre Peiniger als Faschisten begriffen[9]; und der sowjetische Historiker Arkadi Waksberg sagt, daß die am 28. Oktober 1941 bei Kuibyschew liquidierten Generäle der Roten Armee „Opfer des Faschismus, allerdings unseres eigenen“ wurden.[10]

Zwischen 1948 und 1953 wurde der Kampfbegriff „Antifaschismus“ (unter außenpolitischem Aspekt) zum Schrittmacher sowjetischer Expansionspolitik und innerhalb der SBZ/DDR – zum Zwecke ihrer totalen Stalinisierung – zur Integrationsideologie und zum Herrschaftsinstrument in den Händen der führenden Kaste.

Logischerweise wurden in diesen wenigen Jahren weitaus mehr überzeugte Nazigegner ihrer Freiheit (auch ihres Lebens) beraubt als in allen anderen Jahren der Existenz der SBZ/DDR zusammengenommen, nach meinen Unterlagen 56,7 Prozent.

Der jüdische Anteil lag mit 62,3 Prozent noch höher. Rigoros wurden vor allem Westemigranten ausgeschaltet, weil sie ein von Toleranz und Weltoffenheit geprägtes Demokratieverständnis erfahren hatten und gegenüber der Gruppe der „Moskowiter“ eine programmatische Alternative besaßen (siehe insbesondere P. Merker: Was wird aus Deutschland? Mexico 1943).

Es gehört zu den scheinbaren Widersinnigkeiten der Weltgeschichte, daß Hitlerismus und Stalinismus, nachdem aus den Freunden von 1939 die Todfeinde von 1941 geworden waren, sich immer mehr anglichen. Dieser Prozeß erreichte 1943 seinen Abschluß, als im Feuer von Stalingrad sich das Ende des nationalsozialistischen Regimes ankündigte. Indem sich der Sieg der Völker in einen Triumph Stalins verwandelte, wurden das deutsche und das sowjetische System, die einander scheinbar entgegengesetzt waren, einander immer ähnlicher, glitt Stalins Regime in eine höhere Stufe antisemitischer Barbarei hinab. Ich kann an dieser Stelle nur darauf verweisen, daß dieses Problem in Wassili Grossmans autobiographischem Roman „Leben und Schicksal“ (München/Hamburg 1984) in beklemmender und überzeugender Weise gestaltet wird.

Für unser heutiges Thema bleibt festzuhalten, daß Stalins Antisemitismus seit 1948 voll auf Budapest, Sofia, Bukarest, Prag, Warschau und Ostberlin

9 Siehe u. a.
L. Rapoport: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992, S. 150
M. Stark (Hg.): „Wenn Du willst Deine Ruhe haben, schweige“
Deutsche Frauenbiographien des Stalinismus. Essen 1991, S. 105
M. Zalcman: Als Mosche Kommunist war. Die Lebensgeschichte eines jüdischen Arbeiters in Polen und in der Sowjetunion unter Stalin. Darmstadt 1982, S. 226

10 A.Waksberg: Gnadenlos. Andrei Wyschinski-Mörder im Dienste Stalins. Bergisch-Gladbach 1990, S. 321

überschwappte – in Polen und Ostdeutschland infolge besonderer historischer Bedingungen in abgeschwächter Form, aber schlimm genug.

Zu den vielen jüdischen Antifaschisten, die während dieser Phase im Zusammenspiel zwischen Funktionsträgern des originalen sowjetischen und des epigonalen deutschen Stalinismus politisch ausgeschaltet (d. h. inhaftiert und/oder deportiert), teils auch physisch vernichtet wurden, gehören Leon Anusieweitz, Hannelore und Paul Baender, Fritz Behrendt, Paul Bertz, Ilse-Ruth Bubner, Lex Ende, Rudolph Feistmann, Heinrich Fried, Erica Glaser-Wallach, Bruno Goldhammer, Peter Heilmann, Albert Kirsch, Leon Löwenkopf, Paul Merker, Herbert Meyer, Wolfgang Natonek, Fritz Rosenbaum, Hans Schmidt, Hans Schrecker, Bernhardt Steinberger, Rudolf Zuckermann u. a.

(Bezüglich des in einem Waldheim-Prozeß als „Hauptkriegsverbrecher" zum Tode verurteilten und am 4. November 1950 hingerichteten Berliner Juweliers Heinrich Koplowitz bedarf es weiterer Untersuchungen. Als sicher kann gelten, daß sechs andere in „Waldheim-Prozessen" Angeklagte, welche im bearbeiteten Schrifttum Erwähnung finden, als ausgewiesene Gegner und Opfer des Naziregimes schuldlos verurteilt wurden).

Ein Name aus obigen Listen kann für viele stehen:

Als Leo Bauer im August 1950 verhaftet wurde, trug er das Abzeichen der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" im Knopfloch und sein Hauptuntersuchungsführer war, wie viele andere seiner Vernehmer, ein ehemaliger Nazi, der „jetzt genauso Befehlen Folge leistete, wie er es vorher bei der Liquidierung von Juden und Partisanen getan hatte"[11]. Weil Mielke persönlich sowie seine Leute ihm keine Schuldbekenntnisse abpressen konnten, übernahmen erfahrene sowjetische Offiziere die Weiterbehandlung. Nach unmenschlicher physischer und psychischer Folter „gestand" Leo Bauer, viele Jahre im Auftrag amerikanischer Nachrichtendienste Spionage betrieben zu haben. Ende Dezember 1952 bat er in seinem Schlußwort vor dem Lichtenberger Militärtribunal, man möge doch bedenken, daß er 50 Familienangehörige durch die Naziherrschaft verloren habe und der letzte seines Stammes sei. Davon unbeeindruckt verurteilten ihn sowjetische Offiziere, die ihn an jene SA-Leute erinnerten, welche ihn 1933 verhafteten und schlugen, zum Tode. Ein halbes Jahr wartete er in der Todeszelle des Moskauer Butyrki-Gefängnisses auf seine Erschießung. Dann erfuhr er von Stalins Tod und daß er zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt worden sei. Er wurde, wie er schrieb, „in das unendliche große Heer der Arbeitssklaven des angeblich ersten sozialistischen Staats der Welt eingereiht"[12] und im Herbst 1955 aus Ostsibirien entlassen.

Hinter jedem der anderen Namen verbergen sich ähnliche Schicksale, auf die hier einzugehen nicht der zeitliche Rahmen gegeben ist.

11 L. Bauer: „Die Partei hat immer recht". In: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/1956, S. 412
12 Ebenda, S. 417

Mit dem Tod des Diktators war der Spuk mit einem Schlag vorbei. Kurz vor dem Abgang des Tyrannen wurde (am 21. Februar 1953) die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ als unzuverlässig aufgelöst. Ihre Mitglieder durften fortan den Beinamen „Opfer des Faschismus“ tragen.

Drittens: Die Phase zwischen 1954 und 1960 ist – in bezug auf unser Thema – einerseits dadurch gekennzeichnet, daß die herrschende Kaste mit verbalen Mitteln versucht, sich aus Stalins geistiger Nähe zu rücken, insbesondere nach dem historischen XX. Parteitag der KPdSU (1956).

Andererseits nutzt eine Bewegung „von unten“, angeführt von Persönlichkeiten des Geistes- und Kulturlebens, das in der Sowjetunion einsetzende politische „Tauwetter“ aus, um in der DDR eine Lockerung der verkrusteten Strukturen zu erreichen.

Am verordneten Faschismus/Antifaschismus-Bild ändern sie nichts. Noch nicht.

Bewährte Kämpfer gegen den Nationalsozialismus werden in altbewährter Manier behandelt, d. h. verhaftet und danach für Jahre sicher verwahrt: Das Ehepaar Steiner 1954; Janka und Steinberger, welcher erst ein Jahr zuvor aus dem sibirischen Workuta nach Leipzig heimgekehrt war, 1956; Wolf und Zöger 1957, Crüger und Saar 1958.

Inge und Karl Steiner (beide bis 1933 SPD-, danach KPD-Mitglieder) wurden 1936 als Angehörige der Widerstandsgruppe Hörnle zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Noch 1954, als man sie erneut in Haft nahm, wurden sie als vorbestraft geführt. Ilse Steiner hatte sich als Mitglied eines Prüfungsausschusses geweigert, Willi Stoph, dessen politischen Werdegang sie kannte, als Nazi-Opfer anzuerkennen.

Offiziell wurden Ilse und Karl Steiner beschuldigt, „Propaganda für den Faschismus“ betrieben zu haben[13].

Viertens: Für die drei Jahrzehnte zwischen 1961 und 1989 versagt meine Statistik ihren Dienst – eine neue, jüngere Generation war herangewachsen und trat das Erbe der Mütter und Väter an.

Von 1961 an wird der „antifaschistische“ Schutzwall für viele lange Jahre zum Zentralbegriff der auf ihre Macht besessenen, immer unglaubwürdiger agierenden Wandlitzer Führungsgruppe. Aber die Zahl derer, welche die Mauer mit dem Attribut „antifaschistisch“ schmücken, sinkt von Jahr zu Jahr. Die Kluft zwischen Wandlitz und dem Rest der DDR wird immer größer, so daß schließlich auch der einigende Kitt nicht mehr hält. Der unechte Antifaschismus-Begriff, auf ewige Dauer angelegt, verliert zunehmend seine integrative Wirkung.

13 Vgl. G. Furian: Mehl aus Mielkes Mühlen. Schicksale politischer Verurteilter. Berlin 1991, S. 278 f.

Eine logische Folge: Mitte der 80er Jahre nehmen Aktivitäten von Neonazis in der DDR auf erschreckende Weise zu (1987 Überfall von Nazi-Skinheads auf die Berliner Zionskirche u. a.).

Eine Konsequenz auf beide Erscheinungen ist die Gründung autonomer Antifa-Gruppen Ende der 80er Jahre.

Aber bereits vorher – mit zunehmender Spaltung aller Bereiche und Schichten der DDR-Bevölkerung in unbelehrbare Stalinisten und Oppositionelle bzw. Reformer – hatte eine kritische Sicht auf die eigene Geschichte und damit auf die Geschichte der Sowjetunion eingesetzt. (In diesem geistigen Umfeld wuchs meine Dokumentation über die Opfer der Stalin-Diktatur bis Frühjahr 1987 auf 1.700 an. Im Herbst 1989 waren es fast 5.000. Mitte 1987 setzte ich ein 100seitiges Traktat über die Verbrechen des Stalinismus mit dem Titel „Lenins Erben“ in Umlauf.)

Mit der Diskussion um Abuladses Film „Die Reue“ (ZDF), in dem Mussolinis, Hitlers und Stalins Diktaturen gleichgesetzt wurden, rückte der nichtstalinistische Faschismusbegriff wieder in das Bewußtsein von immer mehr Bürgern der Ex-DDR. Es gab nicht mehr viele, die zurück zu Stalin wollten und die chinesische Lösung bejahten. Daß die antistalinisch-demokratische Umwälzung im Oktober 1989 friedlich verlief, ist nicht zuletzt auch diesem Umstand zu verdanken.

Anlage

Wradzidlo, Georg

(1919–1959)

Oberleutnant der Wehrmacht

1944 KZ Buchenwald (wegen Teilnahme am 20. Juli);

nach dem Krieg Medizinstudent an der Berliner Uni, Leiter der CDU-Studentengruppe

Er wurde, zusammen mit M. **Klein**, W.-A. **Probst**, G. **Resch** und zwei anderen wegen angeblicher „geheimer faschistischer Tätigkeit, Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen gegen die Besatzungsbehörden“ verhaftet (vgl. Tägliche Rundschau vom 28.3.1947). Er wurde am 13.3.1947 mit 10 Kommilitonen wegen seines Widerstandes gegen die führende Rolle der SED verhaftet, am 13.12.1948 vom SMT Lichtenberg als „Spion“ zu 25 Jahren ZAL verurteilt, nach Sachsenhausen, Bautzen und Brandenburg

verbracht und am 13.10.1956 entlassen. Er ging in den Westen, wurde Assistenzarzt und starb durch einen Autounfall.

Hinweis:

Obiges Informationsblatt ist Bestandteil einer 1961 begonnenen Kartei, welche gegenwärtig 27.364 Stalinismus-Opfer umfaßt, unter ihnen 3.112 Juden und 3.721 Bürger der SBZ/DDR. Der letzten Gruppe gehören auch 210 Personen an, die – wie G. Wradzidlo – Opfer des Nationalsozialismus waren und Opfer des Stalinismus wurden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Fippel recht herzlichen Dank für Ihre jahrelange Arbeit und ich möchte Ihnen danken, auch wenn es mir schwer fällt, für Ihre Informationen zum Terror und für Ihre Auflistung des Grauens. Ich glaube, das gehört zu dem Thema einfach mit dazu. Ich bitte jetzt Herrn Prof. Dr. Manfred Wilke aus Berlin, uns zum Thema „Der instrumentelle Antifaschismus der SED und die Legitimation der DDR“, seine Gedanken und Informationen mitzuteilen. Ich bitte um die abgesprochene kurze Fassung.

Prof. Dr. Manfred Wilke:

These I

Der Antifaschismus war die glaubwürdigste Legitimation der DDR als deutscher Teilstaat; dies zeigte sich am Ende der SED-Diktatur im Herbst 1989: Die Versuche der Bürgerbewegung und der DDR-Intelligenz, nach dem Fall der Mauer ihren Staat als reformierte, sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland zu behaupten, erfolgten mit dem Rückgriff auf die antifaschistischen Ideale.

Antifaschismus, Frieden und Sozialismus waren die zentralen Leitbilder, mit denen die SED ihre diktatorische Herrschaft legitimierte. Bei aller Kritik an den Zuständen in der DDR: der Widerstand gegen den Nationalsozialismus verschaffte selbst Männern wie Walter Ulbricht und Erich Honecker weit über die Anhängerschaft der SED hinaus Autorität und Respekt.

Am 4. November 1989 versammelten sich Hunderttausende auf dem Berliner Alexanderplatz, um die Reform der SED-Herrschaft einzufordern. Erich Honecker war als SED-Generalsekretär bereits gestürzt. Der Schriftsteller Christoph Hein würdigte auf dieser größten Massenkundgebung der Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR die antifaschistischen Verdienste des gestürzten Diktators: „Dieser Mann hatte einen Traum, und er war bereit, für diesen Traum ins Zuchthaus zu gehen. Dann bekam er die Chance, den Traum zu verwirklichen. Es war keine gute Chance, denn der besiegte Faschismus und der übermächtige Stalinismus waren dabei Geburtshelfer. Es entstand eine Gesellschaft, die wenig mit Sozialismus zu tun hatte.“[14]

14 Initiativgruppe 4.11.1989 (Hg.): Dokumentation zur Ausstellung der „Initiativgruppe 4.11.1989“ im Museum für deutsche Geschichte, Berlin-Ost und im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, Bonn 1990, S. 56

Am 9. November 1989 überwanden die Berliner in einem ausgelassenen Wiedersehensfest den „antifaschistischen Schutzwall“, der seit dem 13. August 1961 die Teilung der Stadt betonierte. Das war die Wende in der „deutschen Revolution“ des Herbstes 1989; es ging nicht mehr um die Demokratisierung der DDR, sondern um die deutsche Einheit. Noch im November änderten sich auf den Montagsdemonstrationen in den großen Städten der ehemaligen DDR die Losungen; aus dem selbstbewußten „Wir sind das Volk!“ wurde: „Wir sind ein Volk!“

Die Bundesrepublik Deutschland wurde wieder zum Kernstaat für ein wiedervereinigtes demokratisches Deutschland. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte am 28. November 1989 im Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit vor.

Mit einem Appell „Für unser Land“, dessen Endredaktion Christa Wolf besorgte, traten Künstler, Wissenschaftler, evangelische Pfarrer und Bürgerrechtler für die Eigenständigkeit der DDR als „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ ein. Wörtlich heißt es: „Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“[15] Der Versuch von Wortführern der DDR-Intelligenz im Herbst 1989, die Existenz ihres Staats mit dem Rückgriff auf die antifaschistischen Ideale zu behaupten, zeigt, wie tief der verordnete Antifaschismus im Selbstverständnis vieler Deutscher in der ehemaligen DDR verwurzelt war.

Aber das Leitbild „Antifaschismus“ war ambivalent. In Kunst und Literatur verwoben sich künstlerische Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Diktatur und ihren Verbrechern mit dem instrumentellen Antifaschismus der SED. Das literarische Werk Christa Wolfs, aber auch Hermann Kants, wird von einer antifaschistischen Grundhaltung bestimmt, die für sie der Ausgangspunkt ihrer sozialistischen „Parteilichkeit“ war. Der Antifaschismus erlaubte es ihnen auch, systemimmanent Widerspruch zu bestimmten Entscheidungen der Partei zu äußern. Das tat z. B. Christa Wolf auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Jahre 1965. Damals rechnete die Parteiführung mit dem Revisionismus in Kunst und Literatur ab und verbot z. B. zwölf Filme des

15 Für unser Land, in: Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 3. Folge, 24.11.1989, Berlin (Ost) 1990, S. 15 f.
Der Aufruf „Für unser Land“ fand auch in der Bundesrepublik Resonanz. Zu den intellektuellen Voraussetzungen der sozialliberalen Deutschlandpolitik gehörte in den sechziger Jahren die Rückbesinnung auf den Begriff „Kulturnation“, sie wurde zur letzten gesamtdeutschen Klammer erklärt. Aus dieser Perspektive wurde die Wiedervereinigung und die Herstellung eines deutschen Nationalstaates als unrealistisch bewertet und als Ausweg die Wiedergewinnung der Freiheit für die Deutschen in der DDR als Fernziel angeboten. Ein prominenter Wortführer dieser Konzeption war der Schriftsteller Günter Grass, der 1989/90 auch als Gegner der Wiedervereinigung öffentlich Position bezog. Vgl. Helmuth Kiesel: Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, in: Die politische Meinung, 36. Jg. Heft 264, 11/1993, S. 49 ff., Wolfgang Bergsdorf: Literatur und Politik in Deutschland. Zur Traditionalität und Aktualität eines Dauerkonflikts, Bonn/Berlin 1992.

DEFA-Jahrgangs 1965. Walter Ulbricht stellte damals klar, daß es ihm nicht um eine Diskussion über die Fragen der Literatur ging:

Die Diskussion begann über das Thema der Sauberkeit in der Deutschen Demokratischen Republik, begann über das Thema, ob die Beat-Gruppen und ob die Sex-Propaganda, die systematisch nach amerikanischem Vorbild betrieben wurde, ob das die Richtung der Entwicklung der Kultur ist... Selbstverständlich gibt es auch Fragen der Literatur, aber wie gesagt: Wir haben mit der Frage der Ästhetik und der Ethik begonnen. Das war der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung. Ästhetik und Ethik – wie steht es damit? Die Ästhetik wurde nur als Tarnschild benutzt, und die Ethik kam unter die Räder... In diese Schmutzlinie haben sich Biermann und einige andere hineingeschoben und haben Politik gemacht. Wessen Politik? Es handelt sich um den Kreis Havemann, Heym, Biermann und – ich möchte jetzt die weiteren Namen nicht nennen, das kann man später nachholen. Es handelt sich also nicht um den Dichter Biermann als solchen oder um die Frage der Dichtkunst, sondern es handelt sich um eine Gruppe, die einen politischen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht zielbewußt geführt hat und führt."[16]

Christa Wolf widersprach als Kandidatin des ZK der SED auf der Sitzung dieser Linie. Sie warb mit Blick auf die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik Deutschland für eine offensive und offene Literatur- und Kulturpolitik der SED.

Die Autorin der Erzählung „Der geteilte Himmel"[17] berichtet dem Zentralkomitee über eine Lesereise in Hamburg und ihren Dialog über die Mauer. Christa Wolf wurde gefragt:

> „Würden Sie die Mauer auch als antifaschistisch-demokratischen Schutzwall bezeichnen? Daraufhin sagte ich: Eine klare Frage erfordert eine klare Antwort, ja! – Daraufhin zischte der ganze Saal. Ich sagte: Sparen Sie sich ihr Zischen noch ein paar Minuten, wenn Sie zischen, versteht man sich nicht, lassen Sie mich reden. Da war es ruhig, und ich habe zehn Minuten geredet, dann kam ausgesprochen starker Beifall, nicht, weil die fünfhundert Studenten überzeugt gewesen wären, es ist absurd, sich das vorzustellen, überzeugt gewesen wären, daß die Mauer ein antifaschistisch-demokratischer Schutzwall ist, sondern weil sie gesehen haben, daß hier jemand ist, der zu ihnen spricht, der das glaubt, was er sagt, und dafür Gründe hat. Nachher sprach mich eine Studentin an und sagte: Wissen Sie,

16 Walter Ulbricht: Schlußwort auf der 11. Tagung des ZK der SED 1965, in: Kahlschlag – Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Hg. Günter Agde, Berlin 1991, S. 348 f.

17 Das 1963 erschienene Buch schildert im Rahmen der Liebesgeschichte von Rita Seidel zu dem Chemiker Manfred Herrfurth – der nach Westberlin flieht –, wie sich Rita bewußt für den sozialistischen Staat auf deutschem Boden entscheidet. Vgl. Günther Rüther: „Greif zur Feder, Kumpel". Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949–1990, Düsseldorf 1991, S. 114 f.

> Frau Wolf, Sie sind Kommunistin, aber ich nehme es Ihnen nicht einmal übel. (Heiterkeit)“[18]

Christa Wolf wurde nach dieser Widerrede 1967 nicht wieder Kandidatin des ZK der SED, aber sie blieb bis 1989 ihr Mitglied. Rückblickend hat sie die Konstellation von 1965 beschrieben:

> „Ich wußte natürlich, daß im ZK noch niemals jemand gegen das, was im Bericht des Politbüros stand, gesprochen hatte. Ich hatte, als ich dann sprach, auch das Gefühl, allein vor einer Dampfwalze zu stehen. Ich hätte das, nur auf mich gestellt, wahrscheinlich auch nicht fertiggebracht. Aber wir, eine Gruppe von Künstlern, haben uns jeden Abend während des Plenums getroffen. Wir, meist Angehörige einer Generation, die in diesem Land engagiert lebten, die Konflikte sahen, hatten ein sehr starkes Gefühl von der Gefahr, in die dieses Gemeinwesen geraten würde, wenn die Widersprüche nicht in produktiver Weise ausgetragen würden. Wir dachten, wenn nicht jetzt, dann ist es zu spät. Wir hatten das Gefühl, dies sei einer der letzten Momente, um die Entwicklung in der DDR in eine Richtung zu lenken, die diesen Staat zu einer Alternative machen konnte gegenüber der kapitalistischen Bundesrepublik. Wir wollten die sozialistischen Ansätze soweit stärken, daß die DDR auch geistig ’konkurrenzfähig’ werden konnte. Und wir sahen uns mit Leuten in der Wirtschaft, in der Wissenschaft verbündet, die in die gleiche Richtung dachten und arbeiteten. Es gab persönliche Kontakte, wir haben miteinander gesprochen. Es gab sogar einzelne Leute im ZK, mit denen ich darüber offen sprechen konnte.“[19]

Das Leitbild „Antifaschismus“ war ambivalent. Es diente auch als Schutzschild für Widerspruch und Opposition, um für einen besseren Sozialismus in der DDR zu streiten. Aber selbst das humanistisch gewendete Leitbild „Antifaschismus“ band die DDR-Intelligenz an die DDR als „sozialistische Alternative“ zur Bundesrepublik Deutschland, und das bringt der Aufruf „Für unser Land!“ im Herbst 1989 zum Ausdruck.

These II

Nachdem die alliierten Armeen Deutschland besetzt und damit zugleich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit hatten, waren es Männer und Frauen des deutschen Widerstandes, die den demokratischen Neubeginn deutscher Staatsordnung in allen vier Besatzungszonen verantworteten. Die Akzeptanz des instrumentellen Antifaschismus der SED in Deutschland läßt sich nur vor dem Hintergrund der Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Staatsverbrechen verstehen.

18 Christa Wolf: Diskussionsbeitrag, in: Kahlschlag, a.a.O., S. 337.
19 Christa Wolf: Erinnerungsbericht, in: Kahlschlag a.a.O., S. 266.

Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht kapitulierte am 8. Mai 1945 bedingungslos vor den alliierten Siegermächten. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion übernahmen im vom Nationalsozialismus befreiten und von ihren Streitkräften besetzten Deutschland die oberste staatliche Gewalt. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Entnazifizierung und die Demokratisierung Deutschlands gehörten zu den Kriegszielen aller vier Besatzungsmächte. Erst im Verlauf der folgenden Jahre sollte sich zeigen, daß die Westmächte unter Demokratisierung eine parlamentarische Republik verstanden – und die Sowjetunion eine Volksdemokratie. Im Kalten Krieg zwischen Sowjetunion und den Westmächten wurde Europa endgültig gespalten, und es entstanden zwei Staaten in Deutschland.

In allen vier Besatzungszonen übernahmen 1945 Frauen und Männer des deutschen Widerstandes für ihr Volk erneut politische Verantwortung. Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Jakob Kaiser, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht kamen aus Parteien, die 1933 von den Nationalsozialisten unterdrückt worden waren. Die Institutionen einer neuen Staatsgewalt in Deutschland bedurften im Angesicht der Trümmer der nationalsozialistischen Diktatur einer glaubwürdigen demokratischen Legitimation. Allein der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus besaß in dieser Situation die Legitimation, den Anspruch auf deutsche Mitsprache bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung im eigenen Land gegenüber den Siegermächten zu vertreten.

Als der Sozialdemokrat Kurt Schumacher dies gegenüber den Siegermächten einforderte, berief er sich auf die Opfer, die das „andere Deutschland“ im Kampf gegen den Nationalsozialismus gebracht hatte:

> „Der Sinn der sozialdemokratischen Opfer in der Illegalität ist nur darin zu sehen, daß der Welt damit gezeigt werden sollte, daß nicht alle Deutschen Nazis seien und daß neben dem Nazi-Deutschland auch noch ein anderes Deutschland bestände. Tatsächlich ist dann auch kein Opfer, das die Nazi-Feinde gebracht haben, ohne Sinn und Zweck geblieben, denn jetzt gibt es wenigstens Menschen in Deutschland, denen die Welt die moralisch-politische Berechtigung nicht abstreiten kann, die Stimme bei der Neugestaltung Deutschlands zu erheben.“[20]

Der von Schumacher für den deutschen Widerstand erhobene politische Führungsanspruch im Nachkriegsdeutschland war im eigenen Volk keineswegs unumstritten, war es doch nur eine Minderheit in Deutschland, die den Widerstand gewagt hatten. Zwar akzeptierten die Deutschen ihre antifaschistischen Politiker, aber der Dissens über das eigene Verhalten in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur blieb in den betroffenen Generationen ein

20 Kurt Schumacher: Konsequenzen deutscher Politik (Forderungen und Ziele der SPD), in: Kurt Schumacher: Nach dem Zusammenbruch, Hamburg 1948, S. 22 f.

Problem. Karl Dietrich Bracher hat diese gespaltene Bewußtseinslage in der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft mit den Worten umrissen:

> „Die Lage von 1945 war bestimmt von Schuld und Not eines Volkes, das in großen Teilen der totalitären Verführung des Hitler-Regimes erlegen war und sich auch nicht selbst von einer verbrecherischen Führung zu befreien vermochte; tapfere Widerstandskämpfer, die nach mehreren mißglückten Attentatversuchen noch 1944 in nahezu aussichtsloser Lage die eigene Regierung beseitigen wollten, galten als in den von Deutschland besetzten Ländern nicht als Helden, sondern eher als Verräter."[21]

In der Bundesrepublik Deutschland prägte das Thema „Vergangenheitsbewältigung" die Auseinandersetzung um die politische Kultur der Demokratie. Wiedergutmachung, NS-Prozesse und die Aufhebung der Verjährung für Mord sollen hier als Stichworte genügen. Die Außerparlamentarische Opposition (APO) Ende der 60er Jahre begründete ihren Protest gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auch mit der Behauptung einer ungenügenden Entnazifizierung und stellte die „Bewußtseinsverfassung des eigenen Landes" unter Faschismus-Verdacht.[22] Durch die APO fand eine Akzentverschiebung vom Antinational-Sozialismus zum Antifaschismus statt, der damit zum festen Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland wurde. Die heroische Leistung des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, unter Einschluß der Kommunisten, galt nunmehr als geschichtliche Voraussetzung und geistiger Bezugspunkt für die zweite deutsche Republik. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat 1985 vor dem Deutschen Bundestag in seiner weltweit beachteten Rede anläßlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes diesen antifaschistischen Konsens mit bewegenden Worten zum Ausdruck gebracht. Er erinnerte an die furchtbare Bilanz des von Hitler vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieges, und er verknüpfte das Gedenken „an die Opfer des Widerstandes" in allen von uns besetzten Staaten mit dem ehrenden Andenken an die „Opfer des deutschen Widerstandes."[23]

In der sowjetischen Besatzungszone forderte der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes."[24] Der Antifaschismus wurde instrumentalisiert und diente nun zur

21 Karl Dietrich Bracher: Die totalitäre Erfahrung, München 1987, S. 154

22 Herbert Ammon: Antifaschismus im Wandel? In: Uwe Backes/Eckard Jesse/Rainer Zitelmann (Hg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Frankfurt/M./Berlin 1990, S. 582.

23 Ansprache des Bundespräsidenten am 8. Mai 1985 anläßlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, in: Ulrich Gill/Winfried Steffani (Hg.): Eine Rede und ihre Wirkung, Berlin 1986, S 177.

24 Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Lothar Berthold/Ernst Diehl (Hg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin (Ost) 1965, S. 196.

Legitimation kommunistischer Machtansprüche. Die Besetzung der Schlüsselfunktionen im neuen Staatsapparat legitimierte die KPD-Führung, die aus dem Moskauer Exil kam, mit der von den Alliierten geforderten Entnazifizierung. Wilhelm Pieck schrieb als Vorsitzender der SED 1947:

> „Es kommt auf eine gründliche Säuberung Deutschlands vom Nazigeist und von seinen Vertretern an. Diese Säuberung ist für die Zukunft unseres Volkes von größter Bedeutung. Ohne sie wird das deutsche Volk keinerlei Sicherheit haben, nicht wieder zum Spielball militaristischer und imperialistischer Machtgelüste deutscher Reaktionäre zu werden. Ohne diese Säuberung wird es nicht das Vertrauen bei den anderen Völkern erwerben, daß sie von deutscher Seite keinen Überfall mehr zu fürchten haben... Darin liegt auch der wahre Sinn der Entnazifizierung. Weiter ist eine breite ideologische Umerziehungsarbeit im Geiste der Demokratie und der Völkerverständigung notwendig. Die Hirne des deutschen Volkes müssen restlos befreit werden von dem verhängnisvollen Nazigeist der Welteroberungssucht und der Rassenüberheblichkeit, der im Hitlerstaate zur Grundlage der Volkserziehung gemacht wurde."[25]

Aber nicht allein die Entnazifizierung verstand die KPD-Führung als politischen Reinigungs- und Säuberungsprozeß, das galt auch für ihre Parteimitglieder, die bereits vor 1933 der KPD angehörten, und für die Sozialdemokraten vor und nach Gründung der SED. Im Selbstverständnis der KPD-Führung war ein Antifaschist immer auch ein Freund der Sowjetunion. Ende 1945 mußte die KPD-Führung zur Kenntnis nehmen, daß die Sozialdemokraten in den westlichen Besatzungszonen in dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Kurt Schumacher einen Parteiführer besaßen, der ein Gegner der Fusion von Sozialdemokraten und Kommunisten in der SBZ war. Auf einer Funktionärskonferenz der KPD und SPD im Dezember 1945, auf der die Vereinigung beider Parteien verhandelt wurde, hat Pieck Schumachers Position als „antisowjetisch" ausgegrenzt. Drohend stellt Pieck fest:

> „Ich bin nun der Überzeugung, daß hier nicht einer im Saale ist, der etwa mit Richtlinien einverstanden ist, wie sie ein Herr Schumacher in Hannover aufgestellt hat. Ich weiß vom Genossen Grotewohl, daß er damit in keiner Weise etwa konform geht. Aber, Genossen, wenn wir diese Richtlinien studieren, was kommt darin am stärksten zum Ausdruck? Die absolut sowjetfeindliche Einstellung, die soweit geht, daß Schumacher die Sowjetunion als die reaktionärste Macht der Welt darstellt und daß er die moralische Intervention der anderen Nationen gegen die Sowjetunion aufruft."[26]

25 Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze in drei Bänden. Bd. II, Berlin (Ost) 1950, S. 124.

26 Stenographische Niederschrift über die gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21.12.1945 in Berlin (erste „60er Konferenz"), SPD-Haus, Behrensstraße, in: Gert Gruner/Manfred Wilke (Hg.):

Pieck brandmarkte die Position Schumachers als eine aus „dem Bereich der immer frecher auftretenden Reaktion."[27]

Der „Hitlerjugend-Generation" bot der Antifaschismus auch in der SBZ die Chance eines geistigen Neuanfangs; sie war bereit, sich der von Pieck geforderten ideologischen „Umerziehungsarbeit" zu unterziehen. Aber die Widersprüche zwischen dem von der sowjetischen Besatzungsmacht verordneten und von der SED durchgesetzten Antifaschismus und dem Selbstverständnis der Deutschen in der DDR über die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur wurden propagandistisch überdeckt und allenfalls in der Literatur und im Film thematisiert. Das grundsätzliche Urteil Martin Greiffenhagens aus dem Jahre 1986 über die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Umgang mit dem Nationalsozialismus dürfte zutreffend sein:

> „Die Bundesrepublik ist bald vierzig Jahre alt und hat inzwischen selber eine Geschichte, deren Verlauf bereits Gegenstand politischen Streites ist. Der Schatten des Staates, auf dessen Trümmern sie entstand, liegt immer noch über ihr. Das unterscheidet sie von der DDR, die sich in ihrer offiziellen Geschichtsschreibung eine höchst problematische Identität zusammengeschrieben hat, deren Tragfähigkeit man füglich bezweifeln muß. Wir haben uns dafür entschieden, auch belastende Phasen der deutschen Geschichte nicht auszublenden, sondern, wie man sagt, mit ihnen zu leben."[28]

These III

Die Gründungsurkunde der DDR war im Selbstverständnis der SED der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945. Mit diesem Aufruf formulierte die Partei ihr Aktionsprogramm für die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung", die nach der Gründung der DDR 1949 als erste Phase der sozialistischen Revolution bezeichnet wurde. Der „Aufruf" legitimierte den Griff der kommunistischen Partei nach der Macht.

Anfang 1989 beschloß die SED den Lehrplan für das Parteilehrjahr 1989/90. Für den Herbst war das Thema vorgesehen: „Entstehung und Entwicklung der DDR unter Führung der SED." Nach 40 Jahren DDR sollten die Parteimitglieder noch einmal die Gründungslegende ihres Staates wiederholen:

Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46, München 1981, 2. Aufl. 1986, S. 89.

27 Diese Einordnung Schumachers – der ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus war – durch Pieck verdeutlicht, wie die aktuellen Konflikte über den weiteren Weg der deutschen Politik die Tatsache des gemeinsamen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur relativierten.

28 Martin Greiffenhagen: Von Potsdam nach Bonn. Zehn Kapitel zur politischen Kultur Deutschlands; München 1986, S 94 f.

„Es war die KPD, die dem deutschen Volk den Weg aus der Katastrophe in ein neues Leben zeigte. Gemeinsam mit klassenbewußten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, mit aufrechten antifaschistischen Kräften aus den Reihen der Intelligenz und des Bürgertums begannen die Kommunisten, inmitten von Trümmern und Verzweiflung die Normalisierung des Lebens zu organisieren. Aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreit, aus dem illegalen Widerstandskampf hervortretend, aus der Emigration oder in den Reihen der kämpfenden Roten Armee nach Deutschland kommend, stellten sie sich an die Spitze des demokratischen Neuaufbaus.“[29]

Auch das staatlich genehmigte Lehrbuch „Staatsrecht der DDR“ behandelte 1984 dieses Parteidokument als programmatische Basis für die Entwicklung zur DDR:

„Mit ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 stellte die KPD die unmittelbare Aufgabe, den deutschen Imperialismus zu überwinden und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten, mit der die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeleitet werden sollte. Damit entwickelte die KPD zugleich das Programm des Aufbaus einer neuen Staatlichkeit, die von der Arbeiterklasse geführt wird und sich auf ein breites antifaschistisch-demokratisches Bündnis stützt. Das von der KPD in ihrem Aufruf als unerläßlich begründete antifaschistisch-demokratische Regime, die Schaffung einer ’parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk’ bedeutet im Inhalt, eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern zu errichten.“[30]

Die Auswahl der formelhaften Kanonisierung der DDR-Gründungslegende aus Texten der 80er Jahre erfolgte bewußt, um zu zeigen, welche Bedeutung die SED bis zum Ende ihrer diktatorischen Herrschaft dem KPD-Aufruf von 1945 beimaß. Unter Bezug auf dieses Dokument mußten Lehrende und Lernende in der Parteischulung ebenso wie im Hörsaal über Jahrzehnte hinweg das Lernziel repetieren: „Die Partei“ hat nach dem Sieg der alliierten Anti-Hitler-Koalition in der sowjetischen Besatzungszone unwiderruflich mit der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ die Grundlagen des Sozialismus geschaffen und ihre Macht auf nicht absehbare Zeit begründet.

Die SED hatten allen Grund, den „Aufruf“ des Zentralkomitees der KPD als antifaschistische Gründungsurkunde der DDR zu deklarieren. Der Ausgangspunkt antifaschistischer Politik der kommunistischen Partei war ihr Verständnis vom Wesen der faschistischen Diktatur. Der Vorsitzende der

29 Autorenkollektiv der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Leitung von Renate Wolck: Entstehung und Entwicklung der DDR unter Führung der SED, Berlin (Ost) 1989, S. 5

30 Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hg.): Staatsrecht der DDR, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1984, S. 49.

Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff, hat mit Blick auf den deutschen Nationalismus 1935 definiert, was die Kommunisten unter Faschismus verstanden:

> „Der Faschismus, das ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen blutigen Niederhaltung der Arbeiterklasse und des revolutionären Teils der Bauernschaft und der Intellektuellen. Faschismus in der Außenpolitik – das ist der Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Haß gegen die anderen Völker züchtet."[31]

Folglich war für die KPD auch 1945 der Antifaschismus „Teil des internationalen Klassenkampfes und schließt objektiv stets den Kampf gegen Militarismus, imperialistischen Krieg und Terror, gegen Rassenhetze und Massenmord, für Frieden, Demokratie, Völkerfreundschaft und Humanität sowie für die Verteidigung der Sowjetunion mit ein"[32] – so die parteiamtliche Sprachregelung, die noch 1989 galt. Der Aufruf der KPD vom Juni 1945 war mit der sowjetischen Führung abgestimmt und entsprach den Bedingungen der Vier-Mächte-Verwaltung über Deutschland. Die Partner und Gegenspieler der sowjetischen Deutschlandpolitik waren 1949 nicht die Deutschen, sondern die westalliierten Siegermächte. Noch existierte die Einheit der Alliierten, und allein schon aus diesem Grund verboten sich sozialistische Proklamationen der KPD.

Schon im März 1944 hatte Wilhelm Florin in Moskau festgestellt, daß sich die Programmatik der KPD nach den Gegebenheiten der sowjetischen Interessen in der alliierten Kriegskoalition richten mußte.[33] Die Machtergreifung der Kommunisten in der SBZ 1945 konnte nur in verdeckter Form über einen antifaschistischen Block erfolgen, in dem nicht das Mehrheits-, sondern das Konsensprinzip galt. Die KPD bot in ihrem „Aufruf" den gleichfalls zugelassenen antifaschistisch-demokratischen Parteien die Bildung eines „Blocks" an. Walter Ulbricht sprach sich bereits am 12. Juni 1945 auf der ersten Zusammenkunft von Vertretern verschiedener politischer Strömungen im Stadthaus Berlin gegen „Parteiengezänk" aus und warb für die „antifaschistische Einheit".[34] Ulbricht forderte bei dieser Gelegenheit ein „gemeinsames Aktionsprogramm"

31 Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Referate und Resolutionen, Berlin (Ost) 1975, zit. nach der Lizenzausgabe des Verlags Marxistische Blätter, Frankfurt 1975, S. 93.

32 Kollektiv des Dietz-Verlages unter Leitung von Gertrud Schütz (Hg.): Kleines politisches Wörterbuch, Neuausgabe, Berlin (Ost) 1989, S. 41 f.

33 Vgl. Manfred Wilke: Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn der Umsetzung, in: Deutschland-Archiv, Heft 2/1993, S. 249 ff.

34 Walter Ulbricht: Einigung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte! In: Walter Ulbricht: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin (Ost) 1958, S 11.

der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um zugleich den Aufruf der KPD als „Vorschlag zur Beratung und zur Stellungnahme“ zu unterbreiten.[35]

Die Alliierten waren sich einig, die Kriegsverbrecher zu bestrafen und Deutschland zu entnazifizieren. Ulbricht verschwieg in der Berliner Versammlung nicht, daß die KPD unter Entnazifizierung auch die Verstaatlichung von Betrieben und eine Bodenreform verstand:

> „Enteignung des gesamten Vermögens der Nazi-Bonzen und Kriegsverbrecher; Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter, der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.“[36]

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juli 1945 war das Programm der Machtergreifung der KPD unter den Bedingungen sowjetischer Besatzungsmacht in Deutschland.

Heino Falcke, evangelischer Propst in Erfurt, befaßte sich im November 1989 mit den Konsequenzen, die diese sozialistische Revolution von oben für die weitere Entwicklung der DDR hatte. Er suchte nach dem „Geburtsfehler“ für die Reformunfähigkeit der SED-Parteiherrschaft:

> „Der Sozialismus ist bei uns nach 1945 von außen und oben eingesetzt und durchgesetzt worden. Man kann das geschichtlich rechtfertigen: Das deutsche Volk mußte zum Antifaschismus erzogen werden. In dem faschistisch verseuchten Volk konnte ein antifaschistisch-sozialistischer Staat auf keinen Mehrheiten aufbauen. Mag sein. Aber das ändert nichts daran, daß die Mittel, mit denen die sozialistische Gesellschaft aufgebaut wurde, den Zweck, den real existierenden Sozialismus, nachhaltig verdarben. Aus dem Geburtsfehler erwuchs das chronische Mißtrauen der Regierung gegenüber dem Volk, die Bespitzelung durch die Stasi, die totale Kontrolle durch den Apparat, die politisch-ideologische Bevormundung, die Lähmung freier Initiative und die Erstickung aller Spontanität.“[37]

35 a.a.O., S. 12.
36 a.a.O., S. 14.
37 Heino Falcke: Die Kirchen sind jetzt die Politik nicht los, in: Gerhard Rein (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 220 f.

These IV

Die SED hat die antifaschistische Legitimation ihrer totalitären Parteiherrschaft auch in den DDR-Verfassungen verankert, am klarsten in der von 1968.

Im Kalten Krieg nach 1945 konnten sich die alliierten Siegermächte auf keine einvernehmliche Lösung des Deutschland Problems einigen. Im Zuge der endgültigen Spaltung Europas Ende der 40er Jahre verfestigten sich die Zonengrenzen zwischen der SBZ und den Westzonen zu Teilungsgrenzen zweier deutscher Staaten; beide wurden 1949 gegründet.

Der Verfassungstext, der 1949 von der Volkskammer der ehemaligen DDR in Kraft gesetzt wurde, war ursprünglich als gesamtdeutsche Verfassung konzipiert und hielt sich stark an den der Verfassung der Weimarer Republik.[38] Der Verfassungstext stand im Widerspruch zur Verfassungswirklichkeit – wurden doch „die Machtverhältnisse eher verschleiert als offengelegt oder festgeschrieben."[39]

Die Legitimierung der Macht der Partei erfolgte in der ersten DDR-Verfassung durch das politische Strafrecht. Eine Generalklausel in Art. 6 ermöglichte die politische Verfolgung von Gegnern der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung: „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker... sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches."[40] Dieser Art. 6 der Verfassung von 1949 hatte große Bedeutung für die Verfassungswirklichkeit in der DDR. Karl Wilhelm Fricke stellt fest:

> „Obwohl diesem Artikel alle Wesensmerkmale eines Strafgesetzes fehlten – er enthielt weder eine genaue Tatbestandsdefinition noch eine Strafandrohung und legte demzufolge auch keinen Strafrahmen fest –, wurden mit seiner Anwendung durch die Gerichte bis zum Inkrafttreten des ersten Strafrechtsergänzungsgesetzes der DDR am 1.Februar 1958 schwerste Strafen einschließlich der Todesstrafe verhängt."[41]

Die zweite Verfassung der DDR wurde 1968 sogar mit einem Volksentscheid in Kraft gesetzt. Die internationale Anerkennung als zweiter deutscher Staat zeichnete sich ab. Aber die Präambel legitimierte die DDR als sozialistischen Kernstaat für die deutsche Nation. Der „Führung der USA" wurde die Hauptschuld an der deutschen Teilung zugewiesen, wie es hieß, „um Westdeutschland zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen

38 Vgl. Siegfried Mampel: Herrschaftssystem und Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland, Köln 1968, S. 85.

39 Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 165.

40 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: Dieter Kakies (Hg.): Deutsche Verfassungen, München (o.J.), S. 156.

41 Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, a.a.O., S. 168.

den Sozialismus aufzubauen". Die revolutionäre Entstehung der DDR im Prozeß „der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung"[42] wurde als Folge westlicher Spaltungspolitik dargestellt. Im Art. 1 bekannte sich die Verfassung offen zur Suprematie der SED[43] in der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR und brachte damit Verfassungswirklichkeit und Verfassungstext in Übereinstimmung.

Nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland wurde 1974 die Verfassung von 1968 einer Teilrevision unterzogen. Die SED wollte die DDR als einen eigenständigen sozialistischen Nationalstaat in Deutschland konstituieren. In der Präambel fehlte 1974 jeder Bezug auf die deutsche Nation; an ihre Stelle trat „das Volk der Deutschen Demokratischen Republik."[44] Unverändert blieb „die Befreiung vom Faschismus"[45] der Ausgangspunkt für die Entwicklung zur DDR.

Der Text der Präambel vom 1974 hatte eine Aufwertung der revolutionären Politik der KPD/SED nach 1945 zum Inhalt. Die Rolle der Sowjetunion bei der Entstehung der DDR mußte neu bewertet werden. Diese Aufgabe für die SED-Parteihistoriker löste Hanna Wolf, Direktorin der Parteihochschule, an einem geeigneten Jahrestag, und der kam 1975; es war der 30. Jahrestag „des Sieges der Sowjetunion über den Hitler-Faschismus."[46] Die Parteihochschule der SED veranstaltete eine internationale Konferenz, um das Jubiläum zu würdigen. In diesem Rahmen erhöhte die Rektorin der Parteihochschule die revolutionären Verdienste der KPD:

> „'Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat, bleiben', erklärte der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte. Das war ganz im Sinne der deutschen Kommunisten, des Zentralkomitees der KPD, das sich, wie

42 Ulbrichts Grundgesetz. Die sozialistische Verfassung der DDR, eingeleitet von Dietrich Müller-Römer, Köln 1968, S. 68

43 Siegfried Mampel: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Kommentar 2. neubearbeitete Aufl., Frankfurt 1982, S. 100
Die Suprematie hat für Mampel ihre Kennzeichen in:
(1) der Okkupation der Ämter und Behörden durch die Partei,
(2) der Schaffung von ihr unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen unter Beseitigung der Autonomie für Zusammenschlüsse innerhalb der Gesellschaft, um nach Möglichkeit auch noch den letzten Bürger organisatorisch von oben her zu erfassen,
(3) der Einbeziehung der gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere aber der Organisation der marxistisch-leninistischen Partei in die Organisation des Gesamtstaates,
(4) einer Verzahnung der Ämter und Behörden mit dem aus hauptamtlichen Funktionären bestehenden Apparat der marxistisch-leninistischen Partei und
(5) der Begründung eines Machtmonopols für die marxistisch-leninistische Partei unter Ausschaltung der Konkurrenz aller politischen Kräfte als einen endgültigen Zustand." (S. 106 f.)

44 Präambel der Fassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, in Siegfried Mampel: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik a.a.O., S. 31.

45 Ebd.

46 Hanna Wolf: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin (Ost) 1979, S. 264

aus dem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 zu ersehen ist, anschickte, revolutionär-demokratische Umwandlungen in allen Zonen des besiegten Deutschlands zu verwirklichen. Die imperialistischen Westmächte und ihre Helfershelfer – wie Schumacher und andere – haben es verhindert. Aber dank der Hilfe und leninschen Politik der KPdSU konnte es in der damals sowjetisch besetzten Zone nicht verhindert werden... Hier in der DDR ist der erste sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden gegründet, der von Bestand ist, weil sein Volk sich unumkehrbar dem Sozialismus und dem Frieden verschrieben hat."[47]

Diese Prognose erwies sich als irrig; 1989 strich die Volkskammer die führende Rolle der SED aus der Verfassung.

Der Überblick über die antifaschistische Legitimation der ehemaligen DDR in ihren Verfassungen wäre unvollständig, ohne den Entwurf für eine „neue Verfassung der DDR" zu erwähnen, der vom Runden Tisch im Frühjahr 1990 initiiert wurde. Die Autorin der Präambel war Christa Wolf. Der Text beginnt mit einer geschichtlichen Rückbesinnung: „Ausgehend von den humanistischen Traditionen, zu welchen die besten Frauen und Männer aller Schichten unseren Volkes beigetragen haben, eingedenk der Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen. . .".[48] Der Antifaschismus als Begriff wird nicht gebraucht; aber seine Deutungsmuster, wie sie in der ehemaligen DDR üblich waren, sind vorhanden. Nur die explizite Hervorhebung der Kommunisten im Widerstandskampf gegen den Nationalsozialismus fehlt.

These V

In der wissenschaftlichen Widerstandsforschung ist die Klassifizierung einer Person als Widerstandskämpfer daran gebunden, ob sie tatsächlich in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand geleistet hat. Die SED hat bei ihrer Festlegung, wen sie als Antifaschisten anerkannte, den Zeitrahmen der nationalsozialistischen Diktatur niemals als historische Vorgabe akzeptiert. Die Partei beanspruchte in dieser Frage ein Definitionsmonopol und bestimmte nach politischer Opportunität, wer von ihr zu welchem Zeitpunkt als Antifaschist anerkannt war und wer nicht.

Der instrumentelle Antifaschismus der SED tritt am klarsten zutage im Anspruch der Partei, nach politischer Opportunität zu bestimmen, wer als Antifaschist zu gelten habe – und wer auszugrenzen sei. Drei Beispiele sollen genügen, um diese These zu belegen.

47 a.a.O., S. 299 f.

48 Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR" des Runden Tisches: Entwurfverfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1990, S. 9

Die erste antifaschistische Selektion nahm der zentrale Parteiapparat der KPD unter den eigenen Anhängern vor. Hier das Selbstzeugnis eines Betroffenen:

Im Juni 1945 kam der Kommunist Heinz Brandt aus dem KZ Buchenwald nach Berlin zurück. Er meldete sich bei der KPD zurück. Der zentrale Parteiapparat hatte gerade seine Arbeit aufgenommen und rekrutierte neue Mitglieder. Die Wiederaufnahme in die Partei nutzte der Apparat zur ersten Parteiüberprüfung. Alle KPD-Mitglieder, die der Partei bereits vor 1933 angehörten, mußten „Rechenschaft" ablegen. Es ging um ihr Verhalten in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Heinz Brandt wurde mit der Frage konfrontiert, mit welchen „Parteifeinden" er in seiner mehr als zehnjährigen Haft in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern zusammengearbeitet habe. Als „Parteifeinde" galten die Angehörigen von Oppositionsgruppen der KPD aus der Zeit vor 1933. Angehörigen dieser Gruppen wurde im Regelfall der Wiedereintritt in die KPD verwehrt, und eine Zusammenarbeit mit ihnen war linientreuen Kommunisten verboten.

Im Januar 1953 meldete das „Neue Deutschland" den „Ausschluß zionistischer Agenten"[49] aus der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN). Dieser Artikel erschien acht Tage, nachdem die Prawda am 13. Januar ein angebliches Mordkomplott der jüdischen Kreml-Ärzte „aufgedeckt hatte": Die Ärzte hätten den Generalissimus Stalin ermorden wollen. Wenige Monate vor seinem Tod bereitete Stalin eine neue Terrorwelle vor; das war der Hintergrund, vor dem in der ehemaligen DDR die „Zionistenjagd" in der VVN ablief.

Die Sprache des Terrors gehörte auch zum instrumentellen Antifaschismus der SED. Das „Neue Deutschland" meldete:

> „Das Generalsekretariat der VVN gibt bekannt, daß die bisherigen VVN-Mitglieder Meyer, Löwenkopf, Singer und Looser als zionistische Agenten entlarvt und aus der VVN ausgeschlossen wurden. In einer Erklärung des Generalsekretariats wird festgestellt, daß zur gleichen Zeit, da der faschistische Terror in Westdeutschland und Westberlin immer offensichtlicher wird, sich einige zionistische Agenten – darunter die oben genannten – zu ihren Auftraggebern in den Westberliner Agentenzentralen abgesetzt haben.
>
> Die Agenten mußten erkennen, daß ihre sowohl in der jüdischen Gemeinde wie in der VVN gespielte Doppelrolle durchschaut wurde. In der Erklärung heißt es: 'Der Zentralvorstand der VVN prangert die Flucht Meyers und seiner Komplizen als Eingeständnis und Beweis dafür an, daß sie seit langem als zionistische Agenten mit Westberliner Auftraggebern praktiert und zusammengearbeitet haben. Sie sind in den Schoß der Organisatoren der faschistischen Massenvernichtungslager von Auschwitz, Meidanek und

49 Neues Deutschland, 21.1.1953

Treblinka, der Organisatoren des barbarischen Massenmordes und der Zerstörung von Lidice und Oradour geflüchtet, die von der Adenauer-Clique und ihren amerikanischen Auftraggebern für neue Mordanschläge, für Terroraktionen, antisemitische Schandtaten und für neuen Massenmord mobilisiert und aktiviert werden'. Der Zentralvorstand ruft alle Kameraden auf, in enger Gemeinschaft mit allen patriotischen Kräften den Kampf gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges zu verstärken und die Wachsamkeit im Kampf gegen alle Agenten der Kriegstreiber zu erhöhen."[50]

Ein weiteres verläßliches Merkmal des instrumentellen Antifaschismus der SED war die Behandlung von ausgegrenzten Widerstandskämpfern in der parteiamtlichen Geschichtsschreibung: Ihre Namen wurden getilgt.

Ein prominentes Beispiel für diese „weiße Flecken" in der DDR-Geschichtsschreibung war der Fall Robert Havemann. Der „Volksgerichtshof" verurteilte ihn 1943 zum Tode, als hochqualifizierter Chemiker bekam er „Hinrichtungsaufschub" und mußte in der Todeszelle des Zuchthauses Brandenburg für das Heereswaffenamt wissenschaftliche Arbeiten durchführen. Nach dem Krieg entschied er sich für die SED, wurde Professor an der Berliner Universität, relegierte die Studenten der 'Jungen Gemeinde' und saß in der Volkskammer. Als Havemann 1964 vom vorbildhaften Antifaschisten zum oppositionellen Reformkommunisten wurde, verlor er seine Professur an der Humboldt-Universität und wurde aus der SED ausgeschlossen. Havemanns Name verschwand aus der Geschichte des Widerstandes im Zuchthaus Brandenburg.[51]

Die Löschung der Namen von Widerstandskämpfern aus der Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus enthüllt zugleich den zentralen Widerspruch in der antifaschistischen Legitimation der SED-Politik. Die SED monopolisierte das Vermächtnis des deutschen Widerstandes, reduzierte es auf den Widerstand der Kommunisten, um damit die eigene Politik nach dem Ende des Nationalsozialismus moralisch zu legitimieren. So stufte die SED z. B. den politischen Streik in den Industriezentren der DDR am 16./17. Juni 1953 gegen die „Arbeiter- und Bauern-Macht" als eine „faschistische Provokation" ein.[52]

50 Ebd.

51 Vgl. Walter Uhlmann (Hg.): Sterben, um zu leben, politische Gefangene im Zuchthaus Brandenburg-Görden 1933–1945, Köln 1983; besonders S. 279.

52 „Der 17. Juni hat bewiesen, daß in der DDR eine von den Amerikanern organisierte und unterstützte faschistische Untergrundbewegung vorhanden ist. An diesem Tag traten in einigen Städten (Magdeburg, Halle, Görlitz u. a.) ganze Gruppen maskierter Volksfeinde aus der Anonymität hervor und provozierten Unruhen. Es wurden illegale faschistische Organisationen mit eigenen Zentren, eigener Disziplin und ständigen Verbindungen mit den Agentenorganisationen in Westberlin aufgedeckt." (Aus der Entschließung des ZK der SED zum 17. Juni 1953, 26. Juli 1953, in: Hermann Weber (Hg.): DDR-Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München 1986, S. 200)

These VI

Die DDR trat international als der antifaschistische deutsche Teilstaat auf. Nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1972 betrieb die SED ihre Anerkennungspropaganda in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin mit dem Bezug auf den Antifaschismus.

Die Grundprinzipien der Außenpolitik der ehemaligen DDR standen in ihrer Verfassung: „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und betreibt eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“.[53] In der Fassung von 1974 war an die Stelle des ursprünglichen Begriffs „Imperialismus“ das Wort „Nazismus“ getreten. Ideologisch ist dieser Wechsel des Begriffs für den Sinn der Aussage unschädlich, nicht aber für die außenpolitische Selbstdarstellung der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland. Die sozialistische Außenpolitik, wie sie die SED verstand, wandte sich immer an zwei Adressaten: „Die Regierungen und die Völker“.[54]

Neben dem Antifaschismus und dem Sozialismus war der Frieden ein zentrales Leitbild für die Legitimation der DDR. Nach Abschluß der innerdeutschen Verträge bestritt die SED die Weiterexistenz der deutschen Nation. International propagierte die SED die deutsche Teilung als Garantie für den europäischen Frieden. So hieß es in der offiziösen Biographie Erich Honeckers: „Sollen Frieden und Sicherheit in Europa fest und dauerhaft werden, so darf für irgendwelche neuen ’großdeutschen Ambitionen’ kein Raum sein. Alle Völker, die mit der Politik des imperialistischen Deutschland bittere Erfahrungen machen mußten, werden uns hierin sicher zustimmen.“[55]

Diese Selbstdarstellung als antifaschistischer deutscher Teilstaat, der schon durch seine Existenz die europäischen Staaten vor der Neuauflage deutscher Bedrohung sichert, prägte das Selbstverständnis der SED-Führung. Der letzte SED-Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, setzte Ende 1989 auf die außenpolitische Absicherung der Existenz der DDR, mit der er das Einheitsstreben „seines“ Volkes einzudämmen trachtete. Modrow widersprach

53 Art. 6, Abs. 1 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, in: Siegfried Mampel: Die sozialistische Verfassung der deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., S. 221.

54 Institut für internationale Beziehungen, Potsdam-Babelsberg (Autorenkollektiv unter Leitung des Herausgebers Stefan Doernberg): Außenpolitik der DDR, 2. Überarb. und erg. Auflage, Berlin (Ost) 1982, S. 17

55 Erich Honecker, Aus meinem Leben, Berlin (Ost) 1982, S. 391
Dieses Buch diente als außenpolitische Propaganda; es erschien in der Reihe „Leaders of the World“ im „anglo-amerikanischen Verlag Pergamon Press LD., Oxford“ (S. IX).

auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 der Selbstauflösung dieser Partei mit dem Argument, die beiden Weltmächte USA und Sowjetunion wollten weiterhin die Existenz zweier deutscher Staaten außenpolitisch absichern.[56]

Allein die Tatsache, daß viele Mitglieder der SED-Führung aktive Widerstandskämpfer gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft waren, verschaffte der DDR im Westen Reputation. So schreibt Martin Greiffenhagen in seiner Untersuchung über die politische Kultur in Deutschland:

> „Die deutsche Teilung wird stets als Ergebnis der aggressiven Politik Hitlers gelten. In der weltöffentlichen Meinung ist die DDR nicht mit der Hypothek des Nationalsozialismus belastet. Die Bundesrepublik hat dagegen das ambivalente Erbe des deutschen Reiches ausdrücklich übernommen. Sie hielt durch Wiedergutmachungszahlungen das Thema der politischen Schuld wach und sorgt heute noch durch eigene strafrechtliche Verfolgung von Naziverbrechern dafür, daß der Schatten der NS-Vergangenheit nicht völlig von dem Bonner Staat getilgt ist.“[57]

Die ehemalige DDR hat mit einer Reihe von antifaschistischen Kampagnen das Ihre getan, um den qualitativen Unterschied zwischen den beiden deutschen Staaten auf die Frage des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu fixieren. Die Wirkung der antifaschistischen Propaganda der SED in der Bundesrepublik Deutschland, die auch in Gestalt von Literatur, Filmen und Kunst betrieben wurde, ist noch weitgehend unerforscht.[58] Erst die Öffnung der SED- und MfS-Archive ermöglicht eine differenzierte Forschung über Ziele und Methoden der antifaschistischen Kampagnen der SED.

Der Historiker Michael Wolffsohn fand im SED-Parteiarchiv den Beschluß des SED-Politbüros zu einer „Kampagne zum Prozeß Eichmann“ 1961. Ihr Ziel war es, öffentlich nachzuweisen, daß in der Bundesrepublik Deutschland Antisemitismus und Rassenhetze erneut Platz griffen. Im Rahmen dieser Aktion verfaßte die Hauptabteilung XX/4 des MfS Nazi-Hetzbriefe und verschickte sie an jüdische Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland.[59] Die Resonanz solcher Kampagnen erklärt sich aus dem antifaschistischen Selbstverständnis vieler Bundesbürger, für die der instrumentelle Antifaschismus der SED einfach nicht existierte.

56 Vgl. Manfred Wilke: Entstehung und Entwicklung der PDS, in: Peter Eisenmann/Gerhard Hirscher (Hg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München/Landsberg 1992, S. 159 ff.

57 Martin Greiffenhagen: Von Potsdam nach Bonn, a.a.O., S. 82

58 Hans-Helmuth Knütter: Internationale Antifaschismus-Kampagnen und ihre Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland, in: Der Bundesminister des Innern (Hg.): Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Bonn 1990, S. 83 ff.; Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988; besonders S. 111 ff.

59 Nazi-Hetzbriefe von der Stasi, Focus, Ausgabe vom 8. Februar 1993.

Mit diesem Phänomen hat sich in einem scharfsinnigen Essay die Historikerin Brigitte Seebacher-Brandt auseinandergesetzt. Die Autorin konstatiert, daß die bundesdeutsche Linke in den letzten zwei Jahrzehnten der Spaltung Deutschlands die Teilung des Landes freiwillig hinnahm und die antifaschistische Legitimation der SED-Herrschaft akzeptierte.

> „Das Bild von der Vergangenheit bestimmte das Bild von der Zukunft: Wenn der deutsche Nationalstaat im Nationalsozialismus gegipfelt war, durfte Deutschland erstens nicht mehr vereinigt sein und mußte zweitens ein Staat, der vorgab, alle Traditionslinien gekappt zu haben, zu Ansehen kommen. In einem Protestantismus, der das Schuldbewußtsein besonders groß schrieb, und in der Folge der 68er Umwälzung politische Ansprüche auf moralische Vormacht erhob, dabei die Sozialdemokratie nachhaltig beeinflussend, fand diese Deutung zusätzliche Nahrung.“[60]

In einem vom Antifaschismus und Marxismus geprägten Weltbild, das das Selbstbestimmungsrecht der eigenen Nation nicht ernst und die Wirklichkeit der zweiten deutschen Diktatur nach Hitler nicht zur Kenntnis nahm, sieht Brigitte Seebacher-Brandt die Ursache für das politische Versagen der bundesrepublikanischen Linken im Herbst 1989.[61]

These VII

Was bleibt vom instrumentellen Antifaschismus der SED nach dem Ende der DDR? Im Parteiensystem ist es die SED-Nachfolgepartei PDS, die ihren Neuanfang nach dem Ende der SED-Diktatur mit dem Rückgriff auf den Antifaschismus legitimiert.

Die zur „Partei des Demokratischen Sozialismus“ im Dezember 1989 gewendete SED versuchte, ihre Existenz und die noch immer von ihr geführte Regierung im Januar 1990 mit einem antifaschistischen Vorstoß zu festigen. Am 28. Dezember 1989 wurden am Ehrenmal für die im Kampf um Berlin 1945 gefallenen sowjetischen Soldaten im Stadtbezirk Treptow „antisowjetische und nationalistische Schmierereien“ entdeckt.[62] Zu diesem Zeitpunkt hatte die Volkskammer die „führende Rolle“ der marxistisch-leninistischen Partei bereits aus der Verfassung der DDR gestrichen, und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zeichnete sich ab.

60 Brigitte Seebacher-Brandt: Die linke und die Einheit, Berlin 1991, S 62

61 Brigitte Seebacher-Brandt beginnt ihren Essay mit dem Satz: „Im Buch der deutschen Einheit hat die Linke, die Sozialdemokratie einschließend, ein Unterkapitel geschrieben.“ S. 7

62 Vgl. Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 4./5. Folge. 23.12.1989–18.3.1990, Berlin (Ost) 1990, S. 10

Ende 1989 hatte die DDR nun plötzlich ihre „neofaschistische“ Gefahr. Erneut schien die Stunde der Antifaschisten gekommen. Die SED-PDS rief zusammen mit dem „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ und der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ zu einer „Kampfdemonstration“ am Ehrenmal auf. Am 3. Januar 1990 folgen der Partei rund 250.000 Berliner. Auf der Kundgebung sprechen der neue Vorsitzende der SED-PDS, Gregor Gysi, und der Parteivorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach. In einem Bericht heißt es: „Als brennende Aufgaben werden von ihnen genannt: Ein starker Verfassungsschutz, antifaschistische Basisgruppen, ein Bildungswesen, das viel stärker humanistische Werte vermittelt, staatliche Autorität, wo immer Neonazis auftreten.“[63])

Die Forderung nach einem starken Verfassungsschutz verdient besondere Beachtung. Hans Modrow kündigte in seiner ersten Regierungserklärung im November 1989 an, „das MfS abzuschaffen und durch ein Amt für nationale Sicherheit zu ersetzen.“[64] Im Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Regierung Modrow auf, das AfNS aufzulösen. Diesem Ansinnen folgte der DDR-Ministerrat, der am 14. Dezember 1989 das Amt auflöste. „Ein gleichzeitig gefaßter Beschluß über die Schaffung eines Amtes für Verfassungsschutz kam nicht mehr zum Tragen.“[65] Die Manifestation am Treptower Ehrenmal sollte also auch dazu dienen, Teile der MfS-Kader in einem neuen starken „Verfassungsschutz“ abzusichern.

Die Antwort auf die Treptower Manifestation gaben am 8. Januar 1990 die Demonstranten der Leipziger Montagsdemonstration. Über 100.000 Menschen skandierten: „Nieder mit der SED“ und: „Deutschland, einig Vaterland.“[66]

Nach der deutschen Vereinigung war die PDS zu einer parteiinternen Vergangenheitsbewältigung von 40 Jahren DDR gezwungen. Der Parteivorsitzende Gysi versuchte, den Antifaschismus für seine Partei dadurch zu retten, daß er die Antifaschisten in der DDR in zwei Gruppen unterteilte: eine kleine Minderheit in wichtigen Machtfunktionen und die große Mehrheit, die auch in der DDR „ohne besondere Macht“ blieb.[67]

Gysi umschrieb mit der „kleinen Gruppe“ mächtiger Antifaschisten in der ehemaligen DDR auch die aus dem Moskauer Exil heimgekehrten Parteifunktionäre der KPD, die in der SBZ bereits 1945 die zentralen Schlüsselpositionen besetzt hatten. Von ihnen und ihrer Politik mußte sich die PDS nach diesem Schema abgrenzen, um sich weiterhin zu der Mehrheit

63 a.a.O., S. 24
64 Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation, Köln 1991, S 70
65 a.a.O., S 73
66 a.a.O., S. 40
67 Gregor Gysi: Referat auf der Klausurtagung des Parteivorstandes der PDS am 12./13. Mai 1990, Neues Deutschland, 16.5.1990, S. 7

der Antifaschisten bekennen zu können, die im Jahre 1990 für den PDS-Vorsitzenden den „wahren Antifaschismus“ verkörperten. „Viele von ihnen sind in unserer Partei. Sie erlebten die Wiedergeburt der Ideale in der Partei, für die sie gelitten und gekämpft haben. Sie sind ein ethisch bedeutsamer Teil unserer Partei.“[68]

Der dritte Parteitag der PDS hat 1993 ein Parteiprogramm beschlossen, daß in seiner Aussage zum Antifaschismus hinter die Positionen zurückfällt, die Gysi bereits 1991 bezog. Eine Auseinandersetzung mit dem instrumentellen Charakter des Antifaschismus der SED unterbleibt zugunsten einer plakativen Rückbesinnung auf die Legitimität der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der SBZ nach 1945. Wörtlich heißt es:

> „Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“[69]

Mit dieser programmatischen Aussage bezieht sich die PDS in ihrem Geschichtsbild erneut auf den Kern des instrumentellen Antifaschismus der SED, um ihre Politik im vereinten Deutschland zu legitimieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als Vertretung für Herrn Günther Buch unser Sachverständiger Karl Wilhelm Fricke, bitte.

Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe in der Tat erst heute um 9.15 Uhr erfahren, daß ich für Herrn Buch einspringen soll. Ich tue das natürlich gern, aber ich bitte Sie auch gleichzeitig, nicht allzuviel zu erwarten. Ich habe natürlich kein ausgefeiltes Referat, das ich aus der Tasche ziehen und hier vortragen kann. Ich möchte mich also auf ein paar ergänzende Anmerkungen und Informationen beschränken, zu dem was Frau Prof. Wisniewski, Herr Prof. Faulenbach, Herr Fippel und Herr Prof. Wilke ausgeführt haben. Zu dem Gesagten kann ich mich nur voll inhaltlich bekennen. Ich stimme in allen wesentlichen Positionen damit überein. Es bestätigt meine Sicht der Dinge. Und ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht hervorheben, daß aus der Instrumentalisierung des Antifaschismus natürlich auch die Instrumentalisierung oder der Mißbrauch der Entnazifizierung zur Beförderung der Revolution „von oben“ bewußt eingesetzt wurde. Das ist zum Teil konkret ausgeführt, aber ich möchte doch

68 Ebd.
69 Programm der Partei des demokratischen Sozialismus, in: Disput 3/4 1993, Sonderausgabe, Berlin 1993, S. 38

noch einmal daran erinnern, wie frühzeitig das auch durch gesetzgeberische Maßnahmen geschehen ist.

So wurde am 26. Februar 1948 der Befehl Nr. 35 der Sowjetischen Militäradministration erlassen, mit dem formell die Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone für beendet erklärt wurde, und es dauerte nicht lange, daß ein Teil der Internierten aus den Speziallagern des NKWD/MWD entlassen wurde. Im Juli und August 1948 kam es zu einer ersten Entlassungsaktion, von der etwa 28.000 Internierte betroffen waren. Das sind in der Regel ehemalige Mitläufer und Aktivisten der NSDAP gewesen. Im Gegensatz zu manchen anderen Internierten, die in der Nazizeit verfolgt wurden, und von denen, wie Herr Fippel mit Recht ausgeführt hat, einige sogar in den Waldheimer-Prozessen verurteilt worden sind. Es sind übrigens mehr als sechs. Gleichzeitig und parallel dazu vollzog sich die politische Aktivierung früherer Nationalsozialisten und Berufssoldaten, insbesondere durch die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, von der wir ja wissen, daß sie von der SED manipuliert worden ist. Insofern war also das Wort der SED, als der „großen Freundin der kleinen Nazis“, durchaus nicht unbegründet. Es sind so dann am 11. November 1949 und am 02. Oktober 1952 zwei Gesetze ergangen, durch die alle früheren Nationalsozialisten, Berufssoldaten und Offiziere, soweit sie strafrechtlich nicht verurteilt worden waren, rehabilitiert wurden. D.h. sie erhielten alle staatsbürgerlichen Rechte, einschließlich des passiven und aktiven Wahlrechts. Gerade in diesen beiden Gesetzen liegt begründet, daß in der DDR frühzeitig ein sehr nachsichtiger Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten geübt wurde. Man könnte im einzelnen jetzt ausführen, wie viele ehemalige Mitglieder der NSDAP in den verschiedenen Volkskammerperioden seit 1950 auszumachen waren. Ich habe diese Zahlen nicht bereit, aber ich kann darauf hinweisen, daß auf jeden Fall die letzte, unter der Herrschaft der SED gewählte Volkskammer, die am 08. Juni 1986 gewählte Volkskammer, von 500 Abgeordneten immerhin noch 19 ehemalige Mitglieder der NSDAP gehabt hat.

Darunter war Heinz Eichler, gleichzeitig Sekretär des Staatsrates, darunter war natürlich vor allen Dingen ein Mann wie Heinrich Homann, ein sogenannter „Alter Kämpfer“, der gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender der NDPD war, und als drittes Beispiel Hans Reichelt, Vizepremier und Minister für Umweltschutz. Ähnlich verhält es sich mit der Zusammensetzung der Mitglieder des Zentralkomitees der SED. Man kann in den verschiedenen Zentralkomitees, zumindest seit 1954, immer wieder eine relativ hohe Zahl, für mich erstaunlich hohe Zahl, von Mitgliedern der NSDAP ausmachen. Selbst in dem 1986, vom XI. Parteitag der SED, gewählten Zentralkomitee waren von 165 Mitgliedern mindestens 13 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Darunter:

Herbert Weiz, der frühere Vizeministerratsvorsitzende und Minister für Wissenschaft und Technik,

Bruno Lietz, Minister für Land- und Forstwirtschaft,

Gerhard Beil, Minister für Außenhandel,

Ernst Timm, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock und

Horst Stechbarth, Generalleutnant der NVA und Vizeverteidigungsminister.

Man hat in der DDR, auch das nur als Illustration und als Beispiel, selbst ehemalige Nationalsozialisten im Pressewesen immer wieder ausfindig machen können. Ich denke an Kurt Blecha, den Chef des Presseamtes der Regierung der DDR, Mitglied der NSDAP seit 1941;

Günter Kertzscher, stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland", Mitglied der NSDAP seit 1937.

Es hat selbst in der Staatssicherheit ehemalige Nationalsozialisten gegeben, die bis zum Generalsrang aufstiegen. Ich denke an Franz Gold, Generalleutnant im MfS und lange Zeit Chef der Hauptverwaltung „Personenschutz", Mitglied der NSDAP seit 1938. Ein Mann, der, wie viele andere ehemalige Nationalsozialisten, sich erst unter dem Eindruck des Rußlandfeldzuges und der Mitgliedschaft im Nationalkomitee „Freies Deutschland", zum Antifaschisten gewandelt hat. Ebenso z. B. Manfred Hummitzsch, Generalmajor der Staatssicherheit, Chef der Bezirksverwaltung Leipzig, Mitglied der NSDAP seit 1943.

Natürlich sollte man dies alles nicht überschätzen, aber man muß es im Kontext gerade zur Instrumentalisierung des Antifaschismus sehen. Die DDR-Agitation und -Propaganda hat immer wieder hervorgehoben, wie radikal die Säuberung der Justiz von ehemaligen Nationalsozialisten erfolgt ist. Das hinderte aber die Justiz der DDR nicht daran, von 1949 bis 1960 einen Präsidenten des Obersten Gerichtes zu haben, Kurt Schumann, der 1936 Mitglied der NSDAP geworden war und der während des Krieges als Kriegsgerichtsrat in der Wehrmacht Adolf Hitlers tätig geworden ist. Ein Mann, der unter anderem verantwortlich für ein politisches Todesurteil ist, gegen Joachim Wiebach, das Ulbricht, durch Handvermerk vor der Hauptverhandlung selbst angeregt hat. Ein Mann also, der auch hier Gehorsam bewies, wie er ihn vermutlich in der Nazizeit bewiesen hat.

Natürlich sind in der DDR auch Strafprozesse gegen Nazis und Kriegsverbrecher durchgeführt worden, deren Verurteilung durchaus als rechtens anerkannt werden muß, die also auch unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen verurteilt worden wären. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß auch diese Prozesse politisch instrumentalisiert und genutzt worden sind, ich denke an die Waldheimer-Prozesse, worauf ich hier nicht näher eingehen brauche. Die Kehrseite der Medaille war, daß die SED auch die Verurteilung von Schuldigen aus der Nazizeit verhindert hat. Auch dafür zwei Beispiele:

Arno von Lenski war Gutachter und Beisitzer am Volksgerichtshof der nationalsozialistischen Diktatur, hat an Todesurteilen mitgewirkt, ist jedoch nie zur Rechenschaft gezogen worden.

Ernst Großmann, immerhin ein Mann, der es bis zur Mitgliedschaft im Zentralkomitee der SED gebracht hat, war früher, wie es später enttarnt wurde, zu SS-Zeiten als Wachposten im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig. Er ist zwar aus dem ZK ausgeschlossen worden, aber nie zur Rechenschaft gezogen worden.

Noch zwei ergänzende Beispiele zu den erschütternden Namen und Beispielen, die Herr Fippel genannt hat.

Ich möchte hier Ernst Reschke erwähnen, zuletzt Leiter des Zuchthauses Bautzen, der eines Tages unter den Mitgefangenen, die 1950 aus sowjetischer Haft an die Volkspolizei übergeben wurden, frühere Mitgefangene traf, mit denen er, ein Altkommun ist, in der Nazizeit gemeinsam im Zuchthaus gesessen hatte, was dann zu seinem Protest führte, mit dem Ergebnis, daß er selbst vor ein sowjetisches Militärtribunal gestellt und verurteilt wurde und seine Proteste mit mehreren Jahren politischer Haft in Workuta bezahlen mußte.

Und zum Fall Robert Havemann vielleicht noch als kleine ergänzende Arabeske, daß der Rektor, der seine Relegation von der Universität betrieben hat, ein Mann namens Werner Hartke war, Mitglied der NSDAP.

(Einwurf: Entschuldigung, das war die Akademie.)

Entschuldigung, aber am Tatbestand hat sich dadurch nichts geändert. Damit möchte ich eigentlich meine Ausführungen schon schließen, vielleicht noch mit dem Hinweis, daß gerade die Instrumentalisierung des Antifaschismus unter den Bedingungen der SED-Diktatur auch dazu geführt hat, daß der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 als faschistischer Putschversuch diffamiert wurde, das entspricht derselben Logik, wie auch Herr Wilke hervorgehoben hat, daß die Ulbricht-Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet wurde. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ihnen, lieber Herr Fricke, einen ganz besonderen Dank, daß Sie sich darauf eingelassen haben, in so kurzer Zeit Ihr Gedächtnis zu befragen und Ihre Sachkompetenz zum Ausdruck zu bringen. Wir haben fünf Einführungsstatements oder Referate gehört und haben jetzt die Möglichkeit, miteinander darüber ins Gespräch zu kommen und Fragen zu stellen. Es liegen bisher zehn Meldungen vor. Der erste ist Gerd Poppe.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will weniger Fragen stellen, als vielmehr zu einem Vortrag ein paar Anmerkungen machen. Ich meine damit den Vortrag von Manfred Wilke.

Ich habe damit meine Probleme. Zwar ist die Tatsache, daß Antifaschismus von der SED zum politischen Kampfbegriff gemacht wurde und der Instrumentalisierung und Manipulierung diente unumstritten, das hat auch Herr

Faulenbach sehr intensiv ausgeführt. Dieser Punkt denke ich, ist überzeugend dargelegt worden. Ich meine andererseits, daß dies nicht dazu führen kann, daß man jegliche Form von Antifaschismus nachträglich als einen verordneten Antifaschismus denunziert.

(Beifall).

Um jetzt auf drei Punkte des Beitrages von Manfred Wilke – ziemlich am Anfang – zurückzukommen:

1. Der Rückgriff auf antifaschistische Ideale unmittelbar nach der Wende zeigt doch nicht zwangsläufig, daß das daran lag, daß der verordnete Antifaschismus so tief verwurzelt war bei den Intellektuellen und auch bei den Bürgerrechtlern, die du hier anführst, in der DDR. Es gibt genug Gegenbeispiele, daß mit diesem Begriff, auch von Bürgerrechtlern und von der Opposition, auch schon vor der Wende ganz anders umgegangen wurde. Ich erinnere an die Samisdatzeitungen, in denen der Begriff des verordneten Faschismus von der Opposition aufgegriffen wurde. Ich erinnere an das, was Konrad Weiß in der Zeitschrift „Kontext“ geschrieben hat, darüber wird er ja sicherlich heute noch selber sprechen. Gerade das zeigt, daß es auch einen Antifaschismus gab, der nicht manipuliert und instrumentalisiert war und wenn jetzt hier dieser Appell „Für unser Land“ angeführt wird, um einen Rundumschlag gegen Intellektuelle und Bürgerrechtler zu führen, so bin ich der Meinung, daß das wirklich unangebracht ist. Man muß diesen Text genau in der bestimmten Situation sehen, in der er entstanden ist. Man muß auch sehen, daß ihn nur sehr wenige unterschrieben haben. Man muß auch gerechtigkeitshalber sagen, daß davon später viele der Unterzeichner wieder abgerückt sind, nachdem sie gesehen hatten, wozu dieser Brief verwendet werden sollte oder verwendet wurde.
2. Zu der Bemerkung, die sich auf die Demonstration vom 04.11. bezieht. Es war tatsächlich so, daß die 500.000 Leute die dort hinkamen, noch nicht daran dachten, daß es die DDR eines Tages nicht mehr geben wird. Die Mauer war noch nicht gefallen, und deshalb hat sich auch keiner so recht Vorstellungen darüber gemacht, wie das eines Tages aussehen könnte und ich finde es sehr fragwürdig, wenn nun das Erstürmen der Mauer am 09.11. durch Manfred Wilke und andere dagegen gehalten wird.
3. Ich möchte etwas zur Präambel des Verfassungsentwurfs des „Runden Tisches“ sagen, hier trifft erst recht das zu, was ich schon vorher über die Samisdat-Veröffentlichungen anmerkte. Der Rückgriff der demokratischen Opposition oder derjenigen, die nun eine demokratische Verfassung entworfen hatten, auf den Antifaschismus ist durchaus legitim und keineswegs vergleichbar mit dem, was uns jahrzehntelang verordnet war. Ich finde nicht, daß man das in irgendeiner Weise in Zusammenhang bringen kann.

Ich sage noch ein letztes, bezogen auf Robert Havemann. Gerade das Beispiel Havemann zeigt, daß es diesen anderen Antifaschismus gab. Denn er ist ja

sehr deutlich von seinem früheren Stalinismus abgerückt und ist dann ein eindeutiger Anti-Stalinist geworden. Das hat auch eine große Bedeutung für die Opposition gehabt. Die Opposition hat einen Teil ihrer Legitimation aus dem Antifaschismus eines Havemann und anderer bezogen und nicht nur die SED. Ich bitte doch wirklich, daß diese Darstellung nicht so einseitig erfolgt, als wäre praktisch ein ganzes Volk manipuliert worden und niemand in der ehemaligen DDR hätte überhaupt Anspruch gehabt, sich auf antifaschistische Ideale zu beziehen. Das finde ich einfach nicht korrekt.

Eine letzte Bemerkung die den Hinweis auf die Studentenbewegung 1968 betrifft.

Das hat auch Herr Faulenbach anklingen lassen. Ich bin überhaupt nicht der Meinung, daß in erster Linie eine manipulierende Rolle der SED dabei im Spiel war, was z. B. Herr Faulenbach sagte, daß diese Erscheinung als Bestätigung der eignen Politik der SED angesehen wurde. Ich habe das ganz anders erlebt. Ich habe Haßtiraden der SED-Leute erlebt, die sich zu 1968 und Studentenbewegungen und so weiter äußerten. Für die waren das Abweichler, waren das Leute, die zweifellos auf einem anarchistischen Weg waren. Man hat sie uns auch, um ein oppositionelles Potential in der DDR zu bekämpfen, regelrecht als abschreckendes warnendes Beispiel vor Augen geführt. Es war einfach nicht so, daß die Ereignisse von 1968 von größeren Teilen oder in einem wichtigen Umfang von der SED für eigene Zwecke aufgegriffen wurden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön, das normale methodische Mittel einer solchen Anhörung, das habe ich gelernt, ist die Frage. Das muß aber auch die Ausnahme zulassen, daß man dazu auch etwas sagen kann. Ich würde aber bitten, daß man daraus, bei aller Unterschiedlichkeit der Meinung, kein Korreferat macht. Es ist das gute Recht eines jeden Referenten, seine Meinung kund zu tun, die dann aber auch angefragt werden darf. Ich habe Deine Meinung gehört, aber ich würde Dich bitten, es kommen alle dran, merke es an, lebe bitte damit, daß erst noch zehn andere fragen oder reden dürfen, und der nächste ist Professor Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Abgesehen von dem Dissens der von Herrn Poppe aufgezeigt worden ist, ist ja wohl erfreulicherweise festzustellen, daß hier Einigkeit darüber herrscht, daß der offizielle Antifaschismus der DDR ein Instrument der dortigen Parteiführung war. Bevor ich daraus einige Schlußfolgerungen ziehe oder Fragen stelle nur noch ein Hinweis, da Havemann mehrmals angesprochen wurde.

Für die, ich finde gar nicht das richtige Wort, unmenschliche, unverschämte Art und Weise wie gehandelt wurde, ist ein Beispiel kaum bekannt, das aber hier vielleicht interessant ist. Sie erinnern sich, daß Havemann zu irgendeinem Zeitpunkt in den frühen 80er Jahren plötzlich nach Brandenburg durfte, zu einer dieser offiziellen Veranstaltungen. Daraus wurde hier im

Westen geschlossen, daß Honecker nun doch seinen alten Zuchthauskameraden dahin gelassen hat. Ich habe dann aber erfahren, daß es völlig anders war. Der Sekretär des Komitees-Brandenburg hatte ihn auf die Liste gesetzt und die Folge war, daß dieser Sekretär am nächsten Tag entlassen wurde. Es hieß damals, hier habe sich Honecker menschlich gegenüber Havemann gezeigt.

Zurück zum Thema: Ich habe mit einiger Verwunderung gelesen, daß bei der letzten Anhörung Verwunderung darüber geherrscht haben soll, daß auch davon gesprochen wurde, daß auch der sogenannte Marxismus-Leninismus als Instrument benutzt worden ist. Und zwar in dem Sinne, daß eben ein Bündel von Funktionen, natürlich der Gesamtideologie, und dazu zählte ja auch dies, was wir als Antifaschismus bezeichnen. Das war selbstverständlich ein Teilbereich des Bündels, das ist hier ja so schön herausgekommen, daß die Legitimationsfunktion, d. h. also, die Instrumentalisierung, eine Rolle gespielt hat. Ich glaube, das darf man doch nicht damit verwechseln. Dazu hat uns ja, was die Ideologie angeht, die Wissenssoziologie von Mannheim einiges gelehrt.

Was ist denn nun mit all den Leuten, die sie angeführt haben? Ich habe noch einmal zusammengezählt, bei den 23 Personen, die bei Ihnen – Herr Fippel – im Referat auf Seite 7 stehen, komme ich auf mindestens 15 Kommunisten. Der größere Teil derer, die offensichtlich in die erste Säuberung geraten waren, waren natürlich Kommunisten. Das sind für mich zwei Aspekte.

Aspekt Nr. 1: Die fühlten sich natürlich auch als Marxisten. Das ist klar, daß man hier schon merkt, so einfach ist das mit dem Marxismus natürlich auch nicht. Das ist heute nicht das Thema, das Thema ist für mich ein anderes und daher auch meine Anmerkung: Wenn ich mir die Liste anschaue, man hätte auch Alfred Schmidt aus Thüringen hinzufügen können, einen Mann, der in der Weimarer Republik als Kommunist verhaftet wurde, und dann von den Sowjets zum Tode verurteilt worden ist und später begnadigt wurde. Wenn ich mir zwei, drei Leute herausnehme. Sie haben Kurt Lichtenstein angeführt, Kurt Lichtenstein, der als westdeutscher Journalist an der Zonengrenze erschossen worden ist, über ihn liegt jetzt gerade eine neue Biographie vor. Sie haben Leo Bauer angeführt. Ich kann sagen, ich war über Jahrzehnte hinweg einer der engsten Freunde von Bauer, deshalb werde ich ihm nichts Schlechtes nachsagen. Aber aus der Biographie von Peter Brandt u. a. ergibt sich nun das Problem und darauf möchte ich kommen. Es ist hier doch natürlich eine Verstrickung. Paul Merker haben Sie genannt. Paul Merker, der schon im Politbüro der KPD der Weimarer Republik gesessen hat. Es heißt also, wir haben dieses Problem der Täter/Opfer-Problematik hier schon öfters angesprochen. Natürlich ist das auch zu berücksichtigen, wenn wir sagen, daß solche Leute verfolgt worden sind. Das ist etwas, was vielleicht noch näher geprüft werden müßte. Also wie hat die Funktion von Leo Bauer als

Chefredakteur des Deutschlandsenders, wo er natürlich diesen verordneten Antifaschismus einbrachte, gewirkt?

Das waren Funktionäre eines Systems. Sie haben das System mit aufgebaut, sei es daß sie schon in der Weimarer Republik diese Stalinisierung des deutschen Kommunismus mitgemacht, mitgetragen und mit durchgesetzt haben, sei es, daß sie in den Anfängen der SBZ am Aufbau der Diktatur mit beteiligt waren, andererseits Opfer der Diktatur geworden sind. Das „Schöne", was hier gezeigt wird, ist, daß man merkt, daß ein Großteil dieser Personen offenbar in diesen Gegensatz geraten ist, sonst hätte man sie ja nicht verfolgt. Da kann man nur wiederholen, heute vor 40 Jahren ist Stalin gestorben, aber damit waren diese Säuberungen nicht zu Ende. Das ist ein immanentes Moment des dortigen Systems gewesen. Das heißt also, wie weit galt hier der Antifaschismus? Damit bin ich direkt beim Thema. Er ist eben etwas gewesen, was die Leute verinnerlicht haben, daß sie trotz dieser Erfahrungen mit der Diktatur nun meinten, als Antifaschisten bleibe ihnen kein anderer Weg als gewissermaßen nun doch dieser Partei weiter zu dienen. Das ist, neben dem was Herr Poppe gesagt hat, das was ich bedenklich finde. Ein zweites Moment kommt hinzu, daß selbst bis in die Reihen der Führungspartei hinein der Antifaschismus natürlich als Integration, als Disziplinierung eine große Rolle gespielt hat und mir sind solche Beispiele einfach auch ein Beleg dafür.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön. Ich habe noch 14 Namen auf der Liste. Ich schaue auf die Uhr, denn die 5 Angefragten sollen auch noch mal die Möglichkeit haben, darauf reagieren zu können. Ich hätte Lust, die Rednerliste zu schließen, möchte aber vorher noch einmal fragen, ob jemand, außer denjenigen die sich gemeldet haben, noch auf die Liste möchte. Ich frage jetzt, weil ich es nachher nicht mehr akzeptieren kann, wenn sich dann noch jemand meldet. Danke. Die nächste ich Frau Kollegin Barbe.

Abg. Frau Barbe (SPD): Ich werde versuchen mich auch kurz zu fassen. Als erstes möchte ich meinen Dank für die sehr guten Vorträge aussprechen und daraus möchte ich eine Empfehlung anregen, die wir als Enquete-Kommission vielleicht aufnehmen könnten. Ich denke, daß dieses Wissen und das, was uns heute hier in den Vorträgen unterbreitet wurde, unbedingt Eingang in die Geschichtsbücher finden muß, aber vor allen Dingen, auch in die Köpfe der Lehrer und in die Köpfe der Schüler. Ich möchte das auch begründen. Ein Teil der Begründung liegt eigentlich in dem Artikel von Annette Simon. Ich kenne Annette Simon nicht, aber sie beschreibt genau das, was ich empfinde und wie ich es erlebt habe. Die Begründung für diese Empfehlung, daß wir das vielleicht in einer breit gefächerten Dokumentation an Schulen geben müßten, möchte ich jetzt, anhand von zwei Begebenheiten liefern.

Einmal gibt es in Berlin eine harte Auseinandersetzung an einer Schule, da streiten sich zwei Gruppen von Lehrern, Schülern und vielfach Eltern darum, ob sie einer Schule den Namen „Coppi" oder „Havemann" geben sollten und

der Versuch eines Lehrers zu sagen, machen wir doch beides, sagen wir Coppi und Havemann, geben wir der einen Schule den Namen und der anderen den anderen. Daraus wird ein ganz erbitterter Kampf gemacht und dort spiegelt sich das wieder, hier in den Vorträgen ist es angeklungen, nämlich, daß eine bestimmte Generation einen Glaubensgrundsatz erschüttert sieht, der gar nicht mal so sein muß, sondern wo es mehr um eine Auseinandersetzung, eine offen geführte Auseinandersetzung geht, die wir ja 40 Jahre nicht hatten und die einfach nötig sein muß.

Und das zweite: Ich habe bei einer Fahrt nach Auschwitz mit Jugendlichen eine Diskussion erlebt, die mich sehr nachdenklich gemacht hat, wo ich einfach nochmal darauf hingewiesen habe, daß wir erstens nicht nur an die Opfer erinnern müssen, sondern uns auch fragen müssen: „Wie ist es denn überhaupt möglich gewesen, daß in der DDR, die ja auch eine faschistische Vergangenheit hatte, wieder eine Diktatur etabliert werden konnte?“ Also das bewegt mich immer als das Hauptsächliche. Als ich diese Frage stellte, ist sie von einer Minderheit der Jugendlichen überhaupt nicht verstanden worden, wurde überhaupt nicht aufgegriffen. Sie hatten nur Angst, daß ich das gleichsetzen wollte, und das hat mir nur noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig es ist, sich mit diesen Themen „Antifaschismus und Bewältigung von Antifaschismus“ auch in der DDR auseinanderzusetzen. Dazu dienen diese Vorträge doch in erheblichem Maße und dazu wird auch unsere Auseinandersetzung dienen, die ja nicht nur einstimmig ist, das hat ja auch Herr Poppe unterstrichen. Und zum Schluß, es ist auch ganz wichtig für uns als Eltern, als Lehrer, die wir uns fragen müssen: Was haben wir mit unseren Kindern gemacht? Wie kommt es dazu, daß doch falsche Wertvorstellungen in der neuen Generation um sich greifen? Das müssen wir irgendwo vorgelebt haben, falsch geprägt haben oder hat es auch damit zu tun, wie Annette Simon gefragt hat: „Ist es nicht so, daß erst das verstanden werden kann, was man auch verarbeitet hat und kann es sich nicht dann erst dem Wiederholungszwang entziehen?“ Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank auch für die Anregungen. Der nächste ist Herr Prof. Dr. Herbert Wolf.

Sv. Prof. em. Dr. Herbert Wolf: Der Beginn unserer Diskussion hat schon deutlich gemacht, daß dieses Thema, vielleicht mehr als jedes andere unserer vielen brisanten Themen, besondere Präzision erfordert. Ich möchte zu zwei Aspekten etwas beitragen. Zunächst einmal möchte ich unterstreichen: Ja, der falsche, angemaßte Heiligenschein muß weg. Das war ja auch der Tenor der Vorträge über den sozusagen antifaschistischen Anstrich der DDR. Ich will dazu zwei Beispiele aus eigener Erfahrung bringen, die zeigen, daß diese Seite eine funktionelle Bedeutung hat.

Aber andererseits möchte ich ganz kurz, ohne mich lange ergehen zu wollen, dennoch sagen, daß nach meinem Eindruck in einigen Vorträgen die nötige

Präzisierung der Frage nicht ganz gelungen ist. Es gab eben nicht nur den verordneten, instrumentalisierten Antifaschismus.

Meine Damen und Herren, man kann nur instrumentalisieren was existiert und auch wirkt. Ich möchte wohl meinen und auch reklamieren: es gab Antifaschismus, der Lebenserfahrung und echte Konsequenz aus eigenem Erleben von Faschismus und Krieg. Antifaschismus wurde von vielen, auch international bekannten kulturellen Persönlichkeiten, als Chance und moralisch politische Motivierung angesehen, zunächst in die DDR zu gehen. Sie wurden dann enttäuscht, aber immerhin, es gab einen solchen Antifaschismus und es gab schließlich auch, Herr Faulenbach hat es angesprochen und ich möchte es stark unterstreichen, für viele Menschen Sympathie für die Losung gegen Krieg und Faschismus. Das war – möchte ich pauschal einschätzen – schon ein Motivationsgesichtspunkt sich mit der DDR, sogar mit der SED, zu identifizieren. Meine Auffassung ist es, da würde ich Herrn Poppe völlig Recht geben, daß man nicht alle antifaschistischen Äußerungen vor und nach der Wende über einen Kamm scheren kann, als nur instrumentalisiert oder in diesem Sinne, wie das hier dargestellt wurde. Aber das gab es auch. Es gab ein offiziöses, integrierendes, machtstabilisierendes Ritual und nicht nur an der Spitze, das ist völlig richtig. Das muß man schon kritisch sagen. Es gab aber darüber hinaus – und das ist der Punkt zu dem ich etwas beitragen möchte – nicht nur das Instrumentalisieren des Antifaschismus, es gab auch ein sozusagen funktionelles Nutzen von ehemaligen (bekehrten oder sogar noch verbliebenen) Nazis.

Das ist das entscheidende Problem. Teilweise waren das Fälle, für die man niemandem in der SED einen Vorwurf machen könnte, andererseits vielleicht doch, ich weiß nicht. Prononciert traten solche Fälle auf in der Zeit der Überleitung zur Partei neuen Typus, also praktisch ab der Stalinisierung (1948–1952). Ich habe aus eigenen Erlebnissen, ich war damals an der Leipziger Universität in den ersten Jahren nach 1945, eine Frau gekannt, die Staatsanwältin in Leipzig war. Sie fällte Terror-Urteile und sie war eine getarnte SS-Kommandeuse. Das war Punkt 1.

Punkt 2: Der stellvertretende Parteisekretär der damaligen Leipziger Parteiorganisation der Universität hat sich später als ein untergetauchter SA-Reiterstandartenführer entlarvt. Gerade er war einer der schärfsten in der Stalinisierung, das möchte ich betonen. Lange Zeit fungierte als Leiter der Arbeiter- und Bauernfakultät Leipzig einer, der sich dann als aktiver Offizier der Feldgendarmerie erwiesen hat. Das war, als er nämlich einmal in der Trunkenheit seine Beherrschung verlor und den automatischen Griff nach der Halfterpistole machte, womit er sich entlarvte.

Daß solche Leute mitgewirkt haben die Lage zuzuspitzen, dazu kann man nicht sagen, daß dafür jemand konkret Schuld hatte, dies zuzulassen. Sie wurden genutzt, aber **daß** sie genutzt werden konnten, **daß** sie so wirksam werden

konnten, hat ja Systemgründe, und die gilt es bloßzulegen, sonst kommen wir nicht zur Aufarbeitung.

Nun das dritte und letzte, was ich hier ausführen will. Es gab auch (kürzlich hat Herr Keller davon gesprochen) sozusagen „ruckzuck“ geläuterte NS-Anhänger, die man ab der Stalinisierung beschwichtigend und sehr beschönigend sofort innerhalb der Partei als Aktivisten genutzt hat. Diese haben dann in starkem Maße auch eine verschärfende Rolle gespielt. Das galt aber nur, das ist meine Erfahrung, sofern sie ihre Vergangenheit vor der Partei offengelegt hatten. Nur das galt, nicht etwa, was man getan und wieweit man verstrickt war... Ich habe kürzlich aus den Akten des PDS-Archives in Leipzig über einen Fall mir persönlich bekannter Leute gelesen, die ich damals schon beargwöhnt hatte, aber erst jetzt habe ich in voller Offenheit gelesen, was da los war. Da ist im Zusammenhang mit einer Republikflucht 1960/61 die damalige Universitätsparteileitung auf die Idee gekommen zu überprüfen, was dort etwa nicht in Ordnung ist. Und wie es damals so üblich war, haben sie festgestellt, daß in der Fakultätsleitung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und in der Fakultätsparteileitung eine übermäßige Konzentration von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern bestand. Es gab nun zwar unter den von Herrn Fricke genannten Namen auch solche, die vor 1945 von der HJ automatisch in die NSDAP übernommen worden sind. Aber es gab wohlgemerkt auch ganz andere Leute, darunter einer im erwähnten Fall Mitbetroffener, der mir persönlich bekannt ist und der als schärfster Aktivist im linksextremen stalinistischen Sinne aufgetreten ist. Dieser Mann war 1933 bis 1936 Jungzugführer des Jungvolkes, 1936 bis 1940 Scharführer der HJ, 1940 bis 1945 NSKK-Sturmführer und ab 1947 war er radikaler Aktivist in der SED. Und es gab damals einen Zurückpfiff der Universitätsparteileitung von Paul Fröhlich, Erster Sekretär der Bezirksleitung Leipzig, man solle hier nicht in längst geklärten Sachen rühren. Mit dieser Art würde sozusagen versucht, verdiente Genossen zu diffamieren. Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, daß man das auch sagen muß. Aber ich komme auf meine Ausgangsbemerkung zurück. Wenn wir undifferenziert herangehen und alles über einen Kamm scheren, wenn dann die These herauskommt, die DDR war eine Brutstätte des Faschismus, so ist das eben falsch. Mit einer solchen These kann ich mich nicht anfreunden. Man kann sagen, daß die DDR-Verhältnisse solche Dinge begünstigt haben, ich glaube, Herr Faulenbach hat das sehr differenziert angesprochen. Ich würde das auch unterstützen, solche Sachen gab es. Aber die DDR als Brutstätte des Faschismus, diese Ansicht, es tut mir leid, kann ich nicht teilen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der nächste ist unser Kollege Müller.

Abg. Müller (CDU/CSU): Ich kann eigentlich sehr gut da anknüpfen, wo mein Vorredner aufgehört hat. Denn ich habe eine Frage, die nicht angesprochen wurde, wenigstens nicht explizit. Was ist eigentlich aus den

Nazis geworden, die eine Karriere in der SED gemacht haben? Es ist ja nicht nur so, wie das Beispiel hier angeführt wurde. Es gab z. B. einen Beisitzer zum Volksgerichtshof, der Todesurteile gefällt hat, der als Offizier zum Volksgerichtshof abgeordnet war und der dann, in der Nationaldemokratischen Partei eine große Rolle in der ehemaligen DDR spielte. Das war kein Einzelfall. Es gab viele solcher Fälle, deren Vergangenheit auch bekannt wurde, z. B. hat Simon Wiesenthal einige alte DDR-Nazis in allen Details angeprangert. Und wie ist man in der SBZ/DDR damit umgegangen? Das würde mich interessieren. Hat man das nur als Verleugnung des kapitalistischen Erzfeindes bezeichnet oder wie konnte man mit solchen Dingen, die ja im einzelnen beweiskräftig waren, hier überhaupt fertig werden? Und als Anmerkung – ich will mich kurz fassen – nur eines, was die internationale Ausrichtung betraf. Es ist ja erwähnt worden, daß der Antisemitismus hier eine Rolle gespielt hat. Das war ja nicht nur in der DDR ein Problem, sondern durch den Slansky-Prozeß und auch ungarische Säuberungsprozesse, und in der Sowjetunion ist ja deutlich geworden, daß es in die gleiche Richtung ging. Es ging übrigens auch in die gleiche Richtung bei der Verfolgung von ehemaligen Spanienkämpfern. Das ist auch kein spezielles DDR-Problem gewesen, sondern ist in anderen kommunistischen Ländern genauso abgelaufen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Prof. Dr. Jacobsen bitte.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich habe zwei Fragen an Herrn Faulenbach.

Sie haben in einem guten Überblick die verschiedenen Entwicklungsphasen dargestellt und haben auch auf die Genese, die Entwicklung vor allen Dingen in den Anfangsjahren des Antifaschismus abgehoben. Hier drängt sich mir eine Frage auf.

Wenn wir diese Thematik aufgreifen und zu bewerten versuchen, sollten wir nicht in einem ersten Rhythmus bemüht sein, aus dem Erfahrungshorizont heraus zu argumentieren und dann zu bewerten? Was heißt das? Das heißt, man muß sich fragen, wodurch war eigentlich die Anfälligkeit für diese Parolen damals, in einer Phase des Übergangs vom Krieg zum Frieden, gekennzeichnet?

Ich erinnere mich genau, was wir in den Kriegsgefangenenlagern in der Ukraine und im Kaukasus, in der Antifa immer gehört haben. „Wir sind eigentlich mit unserer Bewegung das Gegenstück zum Krieg, zur Kriegspolitik der Nationalsozialisten“, und das schien zunächst überzeugend zu sein, zumindestens hatten wir gar keine Alternative. Wir lebten in einem geistigen Vakuum, waren Gefangene, hatten total kapituliert und nun kam dieses große Angebot einer Bewegung beizutreten, so war es die Aufforderung, die sich prinzipiell, einmal wissenschaftlich sogenannt, dem Frieden verschreibt und in Zukunft garantiert wird, daß sich das nicht wiederholt. Das hat viele

angesprochen, sowohl in der Gefangenschaft aber auch nach 1945 in anderen Teilen Deutschlands, so daß ich meine, daß man wahrscheinlich stärker auf Antifaschimus als Antikriegsbewegung abheben müßte.

Indessen, mit heutiger klarer Erkenntnis, verband sich damit natürlich eine großartige Verführung. Genauso wie der Bolschewismus es verstanden hatte, ähnlich wie der Nationalsozialismus, durch eine große Strategie der Selbstverharmlosung, die eigentlichen Ziele zu kaschieren, um sich nicht dazu bekennen zu müssen, was hinter bestimmten Begriffen steht, so könnte man eben auch hier von verführtem Denken sprechen. Nun ist das nicht nur ein deutsches Phänomen alleine, meine Damen und Herren. Wenn man sich daran erinnert, das gehört auch zur Genese Herr Faulenbach, vielleicht stimmen Sie dem zu, daß große Politiker wie Roosevelt und Churchill sich mit Stalin zusammensetzten und davon sprachen, daß man nach diesem Krieg eine europäische Friedensordnung aufbauen müsse, daß es darum ginge, die Demokratie einzuführen und daß es darum ginge, freiheitliche Entwicklungen anzubahnen. Darin stimmten alle überein. Nur wissen wir, daß natürlich jeder ganz andere Inhalte mit diesen Begriffen verband. Das war unser Dilemma, in dem wir uns 1945 und in den folgenden Jahren befanden.

Hier meine Frage:

Müßte man das nicht noch angemessener herausarbeiten, um denjenigen gerechter zu werden, die sich damals bona fide dieser Bewegung verschrieben haben, bis zu dem Augenblick wo sie schrittweise erkannten, wie sehr sie getäuscht wurden. Letzte Bemerkung, was mir auch fehlte in der Gesamtanalyse des Antifaschismus. In den 50er und 60er Jahren, aber zeigte sich immer weniger, daß für die Führung der DDR, ähnlich wie auch in der Sowjetunion, der Antifaschismus letzten Endes nur so etwas wie eine Übergangsphase war. Es war eine Etappe im geschichtlichen Prozeß in Richtung auf die Verwirklichung des Endzustandes der Weltgeschichte des Kommunismus. D.h., es war eine taktisch bedingte Phase, in der man versuchte, bestimmte Gruppen zu mobilisieren, die dazu beitrugen, daß die Macht der SED bzw. der kommunistischen Partei gefestigt wurde. Es war also dieser Übergangscharakter der antifaschistischen Bewegungen, als sagen wir, Mobilisierung und Instrument tatsächlich für die Verwirklichung des geschichtlichen Prozesses. Das wären meine Punkte.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön, wenn ich das richtig mitbekommen habe, ist Armin Mitter anderer Meinung. Er hat das Glück, daß er dran ist.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte eine Frage stellen, und mich auch sehr kurz fassen. Ich glaube, ein Aspekt bei dieser ganzen Diskussion ist überhaupt noch nicht beachtet worden. Inwieweit es der SED eigentlich möglich war, in so grobschlächtiger Art und Weise, den Antifaschismus zu instrumentalisieren hängt doch wohl auch mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der

BRD zusammen. Und ich glaube, ohne diesen Aspekt BRD, vor allen Dingen die 50er und 60er Jahre, wie da beispielsweise mit dem Erbe des Faschismus, wenn man so will, umgegangen worden ist, ist überhaupt nicht erklärbar, wie es der DDR oder der SED-Spitze in dieser grobschlächtigen Art und Weise auch gelungen ist, diesen Antifaschismus zu instrumentalisieren. Ich glaube, man kann das nicht losgelöst voneinander diskutieren, sondern man muß natürlich auch darauf eingehen, welche Versäumnisse letztlich in der BRD, in den 50er und 60er Jahren gelaufen sind. Die ja nicht zuletzt, Herr Faulenbach hat es angesprochen, ein wichtiger Punkt für 1968 waren und mich würde es, als Frage an alle Referenten interessieren, inwieweit sie die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der BRD in Beziehung auf die Möglichkeit der Instrumentalisierung in der DDR, einschätzen.

Noch eine kurze Bemerkung, da Sie mich darauf hingewiesen haben, Herr Vorsitzender. Herr Jacobsen, ich glaube, man muß unterscheiden zwischen Antifaschismus als ideologisches Postulat und der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung wie sie in den volksdemokratischen Staaten und in der DDR durchgesetzt wurde, ist in der Tat eine Übergangsphase gewesen. Da hat man also so eine Art Volksfrontpolitik betrieben, aber der Antifaschismus, sozusagen als Postulat, hat meines Erachtens weiter gewirkt, auch noch weiter in der DDR-Zeit und auch noch über die Gründungsphase hinaus und ich glaube die entscheidenen Dinge dazu hat schon Herr Poppe gesagt. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Markus Meckel bitte.

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte mich auch bei den Referenten bedanken und kurz auf ein paar Punkte eingehen. Einmal möchte ich anknüpfen an das, was Herr Wolf gesagt hat. Ich denke wirklich, daß wir, und Herr Jacobsen hat es bestätigt, in gewisser Weise die Zeiten nach 1945 im Blick haben müssen und daß gerade sehr viele der heute etwa Sechzigjährigen nach dem Krieg mit großem Elan an dem Aufbau einer anderen Gesellschaft mitwirken wollten. Dies wurde damals sehr geschickt von den Kommunisten ausgenutzt. Deshalb bedeutet es eine Integrationsmöglichkeit zu sagen: Jeder, der sich als Antifaschist versteht, wie es dann hieß, der gehört zu uns, wir sind die Alternative. Das merkt man auch bei Leuten wie Christa Wolf. Die ganze Generation hat mit großem Engagement und Ernst den Neuaufbau begonnen. Als dann immer mehr und mehr kaputtging, war es eigentlich nur noch die Frage: Wie steht es mit der Blindheit? Und das gilt ja nicht nur für die Frage des Antifaschismus, sondern grundsätzlich, wenn eine so enge Bindung da ist und eine Identifizierung, ein Anfangsenthusiasmus. Wie lange braucht es, wieviel muß man erleben, um davon wegzukommen? Wie viele Verdrängungsmechanismen baut man auf, um möglichst doch nicht zu sehen, daß man sich vielleicht geirrt hat? Ich glaube, daß dieser Mechanismus eine große Rolle spielt. Manche haben es nach wenigen Jahren oder nach

kurzer Zeit schon erlebt und geschafft und sind gegangen. Andere haben es verinnerlicht und sich in Nischen verzogen und wieder andere haben bis zuletzt geglaubt und gemeint: Dieser Staat ist wenigstens antifaschistisch, das ist das einzige und wichtigste, womit man sich am Ende noch identifizieren und woran man sich festhalten kann. Dazu kommen die ganz anderen Momente, die angesprochen worden sind. Der Blick von unten, des Betroffenen und des Integrierten. Den halte ich für wichtig. Man muß diese biographischen und sehr unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen ernstnehmen.

Zum zweiten Punkt will ich nur einfach bestätigen, daß eine einfache Mitgliedschaft in der NSDAP natürlich nicht mit den Nazigrößen gleichgesetzt werden kann. Da gibt es im Grunde die gleichen Phänomene, daß Leute, die einfach dazugehörten, weil man sozusagen von der HJ herübergewachsen war, dann später einen anderen Weg gingen. Genauso gab es, wie das Beispiel von Herrn Wolf zeigt, solche, die mit großem Eifer in nationalsozialistischer Manier auf andere eingeprügelt haben und später dann selbst große Kommunisten waren. Genauso wie wir es heute erleben, daß große Kommunisten der letzten 40 Jahre heute die Marktwirtschaftler und Demokraten sind. Ich glaube, da lassen sich in diesem Bereich der Übergänge manche Analogien finden. Ein letztes. Ich finde auch den Punkt wichtig, den Herrn Poppe am Anfang enthusiastisch verfochten hat. Ich würde das nicht unter dem Stichwort Antifaschismus sagen, aber für den Umgang mit dem Nationalsozialismus. Da war für mich selber biographisch auch das Jahr 1985 ein sehr wichtiges und eindrucksvolles Jahr. 40 Jahre nach dem Krieg wurde diese Nachkriegszeit im Rückblick betrachtet sowohl in der BRD alt wie auch in der DDR. Da wurde in der DDR-Presse ein sehr einseitiges Bild gezeichnet. Da waren dann die russischen Soldaten nur die Befreier, die Essen austeilten, und alle anderen Erfahrungen fielen weg. Da zeigte sich die Unmöglichkeit für die alte Frau, die aus dem, heute polnischen, damaligen deutschen Ostgebieten vertrieben worden ist, die nie über ihr Leid sprechen konnte. Aber natürlich genausowenig der deutsche Soldat, der nach 4 Jahren Kriegsgefangenschaft zurückkam und sich mit dem, was deutsche Schuld ist, auch nicht richtig auseinandersetzen konnte. Also die ganze Verflechtung, die durch diesen oktroyierten Antifaschismus eine wirkliche Bearbeitung dieser Vergangenheit fast unmöglich machte, jedenfalls öffentlich unmöglich machte. Im Verhältnis dazu gab es einige Rinnsale einer Gegengeschichte, ich denke, das muß hier wirklich erwähnt werden. Die gab es in „Aktion Sühnezeichen“, in den evangelischen Kirchen und unter Oppositionellen. Dort gab es eine jahrelange Beschäftigung mit diesen Fragen und mit dem Verhältnis zu Israel, dem Verhältnis zu Polen oder zu den Tschechen, dem doppelten Einmarsch von Deutschen 1938 und 1968 in die Tschechoslowakei. Ich denke, diese Zusammenhänge waren bei den Menschen in der DDR durchaus präsent, die sagten: Wir wollen Verantwortung für diese Geschichte übernehmen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön Markus Meckel. Der nächste ist Dr. Dietmar Keller, und dann die Kollegin Fischer.

Abg. Dr. Keller (PDS/LL): Herr Vorsitzender, ich denke, daß man das Phänomen Antifaschismus in der DDR nur begreift, wenn man nicht nur den Mißbrauch und die Instrumentalisierung darstellt, wie das heute in den Referaten sehr stark betont wurde, sondern wenn man den Antifaschismus auch begreift als, zumindest für meine Generation, eine Antikriegshaltung, eine Antikriegsbewegung oder positiv ausgedrückt: „Antifaschismus als ein Bekenntnis zum Frieden“. Ich weiß über den Mißbrauch und die Instrumentalisierung, und will damit nicht bestreiten, was hier alles gesagt worden ist, aber mir hat niemand Antifaschismus verordnet. Ich bin groß geworden mit „Nackt unter Wölfen“, ich bin groß geworden mit Literatur, mit Film, mit Erzählungen und mit einer wahnsinnigen Scham vor den Verbrechen von Deutschen im zweiten Weltkrieg. Und wenn das Wort „Antifaschismus“ fiel, war das für mich immer das Wort, etwas für den Frieden tun zu müssen. Ich habe mir erst viel später, viel viel später, als es schon fast zu spät gewesen ist, Gedanken über das Wort gemacht und was eigentlich noch alles dahintersteht. Aber für mich hat das Potsdamer Abkommen, Friedenskampf, Erhaltung des Friedens genauso eine Rolle gespielt, wie ein persönliches Erlebnis, was viele meiner Generationen gehabt haben, wenn auch auf ganz andere, unterschiedliche Weise. Als ich als Sechzehnjähriger am 08. Mai 1958 in Moskau gewesen bin und dort zum ersten Mal in meinem Leben diese Sendung im Radio Moskau gehört habe, von 18.00 Uhr bis 19.0 Uhr, wo der Sprecher nur die Namen der Städte sagte, dann erklingen die Glocken der größten Kirche dieser Stadt, und dann wird die Zahl der Toten genannt. Das hat für mich eine solche emotionale und moralische Wirkung gehabt, daß daraus mein antifaschistisches Bild sehr stark geprägt wurde und ich möchte gerne, daß diese Seite des nicht verordneten Antifaschismus, wenn wir über Antifaschismus in der DDR reden, mitbeachtet wird.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Frau Evelin Fischer bitte.

Abg. Frau Fischer (Gräfenhainichen) (SPD): Ich möchte erst einmal eine kurze Vorbemerkung machen wie sich Geschichte doch ähnelt. Das kam mir wieder ins Gedächtnis, als Herr Prof. Wilke und Herr Prof. Wolf einige Beispiele nannten, wie ehemalige Nazigrößen, also wirklich Nazigrößen, nicht nur Parteimitglieder, sich durch SED-Funktionen oder in SED-Funktionen läuterten. Ich sehe da nur die Kritik, daß man diese Leute benutzte, um Macht zu festigen, um Positionen zu festigen, zur Festigung dieses Staates DDR. Und ich sehe da parallel, man sagt zwar Geschichte wiederholt sich nicht, aber mir kam unmittelbar, als ganz konkretes Beispiel in den Sinn, wie Sonderreferenten von Jugendwerkhöfen plötzlich in Ministerien der

Bundesregierung und des Bundestages landen. Vielleicht sollten wir daraus auch Schlüsse ziehen und sagen: So haben wir das doch schon einmal durchgezogen, so können wir das nicht wieder durchziehen. Die Frage, die ich stellen will, geht an Herrn Faulenbach. Die Enquete-Kommission sollte ja auch in einer gewissen Weise ihre Ergebnisse nach außen tragen können. Man sollte Ergebnisse auch entsprechend in Handlungen umsetzen können. Ich frage Sie: Wenn wir wissen, daß Antifaschismus auch instrumentalisiert wurde, besonders in nationalen Gedenkstätten der DDR, wo man reduzierte auf Kommunisten und auf die Haltung oder den Widerstandskampf der sowjetischen Soldaten, die gefangen wurden, in diesen Konzentrationslagern, müßte man nicht bei einer Neukonzeption für diese nationalen Gedenkstätten diese Fehlleistung und Fehlentwicklung berücksichtigen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke, auch für die Anregung. Bitte Kollegin von Renesse.

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ich erlaube mir, vielleicht eine ungeheuer naive, und die Historiker wegen ihrer Unangemessenheit verblüffende Frage zu stellen. Immer, wenn ich das höre, denke ich daran, in welchem Umfang vielleicht jeder Staat auch das andere, in einem anderen Sinne Deutschland, nämlich im Westen ein positives Selbstbild benötigt, um überhaupt Integrationswirkungen entfalten zu können, was ja bis zu einem gewissen Grad jedes Staatswesen will. Wo liegt eigentlich der genaue Unterschied? Natürlich ist mir klar, daß es im Westen etwa in den 50er und 60er Jahren längst nicht so existentiell gefährlich war, des Kommunismus beschuldigt oder bezichtigt zu werden, wie des Faschismus. Aber wenn ich mich erinnere, stellten die Auseinandersetzungen um Kommunismus und Antikommunismus in der Zeit meiner ersten Jugendjahre, so in den 50er und 60er Jahren, bei uns, damit meine ich die alte Bundesrepublik, ja auch eine ganz gravierende Rolle als Integrationselement dar. Daß Abweichler auch damals dann mit bestimmten Worten, „Du Kommunist“ galt damals als Beleidigung im strafrechtlichen Sinne, exmitiert, marginalisiert wurden, weiß ich, daß man dafür weder seinen Beruf verlor, nein, doch, das konnte man, sogar im Gefängnis konnte man landen, wenn ich an das erste Strafrechtsänderungsgesetz denke. In den USA soll es in der gleichen Zeit ja auch einiges gegeben haben, was auch mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu tun hatte. Dann würde ich doch ganz gerne noch mal wissen: Wo liegt hier der entscheidende Unterschied in einem gezielten Einsetzen von Seiten einer Staatsmacht? Natürlich liegt er in den furchtbaren und verheerenden Folgen für die einzelne Existenz, Herr Dr. Fippel hat das ausführlich dargelegt. Aber, was kann es sonst noch sein? Graduelle Fragen, Umschlag von Quantität in Qualität? Ich würde das gern einmal genau herausgearbeitet sehen. Wo fängt die Gefahr an und wo ist das, was jeder Staat benötigt, damit man sich als ordentlich, gut angepaßt, normal, von allen Konformitätssignalen positiv begleitet, empfinden kann und darf?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Dr. Wilms, bitte.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich möchte drei Anmerkungen machen.

Erstens: Ich glaube, wir dürfen jetzt nicht in den Fehler verfallen, als ob der Beginn gerade der demokratischen Entwicklung in der SBZ, der ja dann leider sehr schnell wieder zerstört wurde, nur von dem Gedanken des Antifaschismus getragen war, es klang eben etwa so. Sondern ich glaube, daß hat uns ja auch Herr Fischer früher dargelegt, daß etwa die Neugründung der CDU, die Neugründung der LDPD, von positiven Gedanken getragen waren und der Antifaschismus, wenn überhaupt, dann nur eine sehr untergeordnete Rolle spielte. Wir sollten jetzt nicht alles in einen Topf werfen.

Zweite Bemerkung: Es klang ja auch an, und dafür bedanke ich mich sehr bei Frau Wisniewski und bei Herrn Faulenbach, daß der Begriff des Antifaschismus ein sehr schillernder ist und daß er sehr unterschiedlich interpretiert worden ist, und das sage ich als jemand, der als Kind die NS-Zeit auch noch mitbekommen hat. Im Grunde genommen ist die Bezeichnung der nationalsozialistischen Zeit als faschistische Zeit eine Beleidigung für alle die, die in den KZ umgekommen sind und es gibt ja die Aussage: „Wenn ich in einem faschistischen KZ gewesen wäre, dann wäre es mir sehr viel besser gegangen als in einen NS-KZ“. So die Aussage eines Insassen eines Konzentrationslagers. Also die Bezeichnung der NS-Zeit als Faschismus ist eine Beleidigung für alle Opfer der NS-Zeit und ich würde fast sagen, fast auch eine Beleidigung der Faschisten in Italien, in Ungarn und wo immer wir faschistische Regime gehabt haben, die in keiner Weise, ich bejahe sie nicht, aber zu vergleichen sind mit der nationalsozialistischen Zeit. Ich denke, und das hat Herr Faulenbach aufgezeigt, daß der Begriff des Antifaschismus, unabhängig von der historischen Realität, schon ein Kampfbegriff aus den 20er Jahren war. Das haben Sie angedeutet, ich werde es auch mit Interesse noch einmal nachlesen. Dieser Begriff wird dann, im Grunde genommen von der Realität losgelöst, das ist nämlich das Interessante, als ein ideologiebefrachteter Kampfbegriff zum Identifikationsmerkmal und wird nun in die Köpfe der Menschen in der SBZ/DDR gepflanzt. Mit Verlaub gesagt, meine verehrten Kollegen, bei manchen Diskussionsbeiträgen hier heute am Tisch, habe ich mich immer gefragt: Welchen Faschismus-Begriff meinen Sie denn bitte? Da war von Antikriegs-, da war von Friedenserhalt die Rede, da war von Anti-NS-Zeit die Rede. Ich denke, wir kommen nach der heutigen Diskussion nicht drumherum, auch hier noch einmal sehr sorgfältig zu interpretieren, was der Faschismus-Begriff denn nun wirklich beinhaltet. Und ich bin Frau Barbe sehr dankbar für ihren Hinweis, daß junge Menschen heute aus den neuen Bundesländern überhaupt nicht damit fertig werden, daß die SED-Zeit jetzt auch eine Diktatur gewesen ist, d. h. mit anderen Worten, es muß auch die Totalitarismusdiskussion, die ja in der Bundesrepublik über viele

Jahre diffamiert worden ist, hart geführt werden und auch differenziert geführt werden. Nur dann, glaube ich, tun wir der jungen Generation in den neuen Bundesländern überhaupt einen Gefallen. Ich wäre dankbar, wenn wir das alles auch noch vertiefen würden.

Und die dritte Bemerkung:

Ich glaube, wir sollten uns hier auch davor hüten, so ganz pauschal zu sagen, daß die nationalsozialistische Zeit in den ersten zwei, drei Jahrzehnten in der alten Bundesrepublik nicht aufgearbeitet worden ist. Sie ist nicht aufgearbeitet im kompletten historischen Sinne und hier sind sicher auch Versäumnisse gewesen, aber es waren eine Reihe von Ansätzen da, die auch bekannt sind. Es ist in den Schulen sehr viel geschehen, viel mehr als vielleicht auch in der damaligen DDR bekannt ist. Es hat, und lassen Sie mich das auch als jemand sagen, der es als Kind miterlebt hat, es hat die individuelle Entnazifizierung gegeben, als ein uns von den Besatzungsmächten aufgezwungenes System, höchst ungeliebt von unseren Eltern. Aber, und das ist, glaube ich, der Unterschied zur Entwicklung in der damaligen SBZ/DDR, es ist überhaupt damals darüber gesprochen worden. Man hat zwar versucht, vieles zu kaschieren, keiner wollte ja so richtig schuldig sein, aber es wurde thematisiert und es war für mich als Kind sehr wohl ein Thema. Es wurden Kategorien gefunden, das heißt, man hat als Jugendlicher schon gelernt, daß es das einfache Mitglied gibt, den „Mitläufer“. Und wie Herr Meckel und einer der Kollegen eben gesagt haben: Man kann doch nicht jeden, der 1943 in die NSDAP gegangen ist, gleichsetzen mit dem alten Kämpfer von 1933 oder von 1932. Dies alles habe ich aber auch als Fünfzehnjährige und Sechzehnjährige gelernt. Und ich habe zumindest auch von daher den Ansatz gelernt, daß man hier etwas unterscheiden muß. Lassen Sie mich das auch sagen, deshalb habe ich vielleicht heute Verständnis für manches Phänomen, das sich in den neuen Bundesländern abspielt. Ich habe Lehrer gehabt, die ich noch in der brauen Uniform im Unterricht gesehen habe und die ein Jahr später, nachdem sie als Mitläufer oder weniger belastet eingestuft waren, wieder in Zivil vor uns standen und etwas anderes erzählten als das, was wir vorher gehört hatten. Da haben wir als junge Menschen noch gelacht oder man hat geschimpft, ich weiß nicht mehr, wie die Reaktion im einzelnen war. Man hat also gesehen, daß dies auch sehr menschlich ist. Aber es war die erste Beschäftigung mit diesem Phänomen und wir haben uns im Unterricht und auch an der Universität, ich habe bis Mitte der 50er Jahre an der Kölner Universität studiert, sehr lebhaft mit dieser Geschichte auseinandergesetzt. Ich habe nicht Geschichte studiert, sondern ich habe Volkswirtschaft studiert, und deshalb wehre ich mich dagegen zu sagen: Da ist ja überhaupt nichts geschehen. Daß das nicht ausreichend war, daß eine intensive Aufarbeitung dann auch noch später gekommen ist, ist richtig. Aber es ist nicht richtig, das

sage ich hier ganz bewußt, daß erst ab 1968 hier in der alten Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gekommen war. Das stimmt nicht!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön. Der nächste ist Herr Hansen, bitte.

Abg. Hansen (FDP): Ich frage mich eigentlich, es ist vielfach von der Instrumentalisierung der Ideologie oder des Ideologiebestandteils Antifaschismus gesprochen worden, aber richtiger ist vielleicht doch das immer wiederkehrende Wort Mißbrauch, weil das doch eine deutlichere Wertung ist, als nur so eine distanzierte Beschreibung: Da wird etwas als Instrument eingesetzt. Mißbrauch soll doch eigentlich darauf hinführen, daß es eben falsch angewendet worden ist und da kommen wir doch eigentlich zu der Frage, Herr Weber hat das zu Anfang noch einmal angesprochen, ähnlich wie neulich in der Anhörung „Marxismus-Leninismus als Ideologie“, ist die Ideologie und in diesem Fall der Ideologiebestandteil an dem sogenannten Antifaschismus, eben doch Glaube, Überzeugung, Ursprung, mehr als eben nur Feigenblattalibi-Instrument?

Und ich komme deswegen darauf, und frage Herrn Faulenbach. Er hat am Ende seines Referates von den emanzipatorischen Elementen des Antifaschismus gesprochen ohne, wenn ich das richtig verstanden habe, diese auszuführen. Meine Frage ist, und die hat natürlich mit den Antworten von Poppe, Keller oder Wolf zu tun: Was sind denn diese emanzipatorischen Elemente?

Wenn es nicht nur Antihaltungen sind, die natürlich erklärbar, verständlich, nachvollziehbar im weitesten Sinne des Wortes sind, wenn man auf dem Hintergrund der Erfahrung der Hitlerzeit nach 1945 sagt: Dagegen sind wir natürlich, wir sind also für den Frieden. Kann der Frieden also als wesentlicher Bestandteil und wesentliches Erklärungsmuster des Antifaschismus dienen?

Dann stellt sich doch die Frage, das hat Frau von Renesse angesprochen: Von woher definieren wir uns eigentlich alle und natürlich auch unsere Vorfahren, nur aus dem „Anti“ heraus?

Aus dem Gegensatz zu bestimmten historischen Erfahrungen, die man selber oder seine vormaligen Generationen gemacht haben?

Wenn man sich von daher legitimiert ist es ja relativ einfach zu sagen: Ich bin gegen Hitler oder ich bin gegen Stalin! Aber es stellt sich doch die Frage, die Frau Wilms mit angetippt hat: Wo bleibt das „Pro“, wenn das „Anti“ nicht reicht?

Wo ist eigentlich ein Element der Selbstdefinition dessen, in meinem eigenen Selbstverständnis für etwas zu sein, und für mehr als nur den allgemeinen Begriff zu sein, daß wir uns nicht gegenseitig totschlagen wollen, also Frieden bewahren wollen, wohl in der Erkenntnis, daß der ewige Frieden schwer erreichbar sein wird, jedenfalls vorläufig?

Und es führt mich dann eigentlich doch noch zu der Bemerkung, daß es

wohl nicht ausreicht. Es klingt dann leicht, obwohl es auch wahrscheinlich gar nicht so gemeint ist, wenn man Namen nennt. Aber es kann doch nicht reichen, wenn ich einen Namen nenne und sage: Er war NSDAP-Mitglied! Wenn man so will, den Menschen dadurch stigmatisieren, denn die Frage stellt sich mir jetzt heute, 1993, natürlich im gleichen Zusammenhang. Ich habe das neulich schon einmal gesagt, es kann noch nicht reichen, den Mitbürger X so zu stigmatisieren und damit gewissermaßen auszuschließen indem ich sage: Er war in der SED. Die Frage ist doch: Was ist in seiner Funktion als NSDAP- oder SED-Mitglied, als Glied einer jeweiligen Diktatur geschehen, also wo ist der Beginn dessen, was man doch wohl Schuld nennen muß?

Und ich glaube, wir machen einen wirklichen Fehler und vor allem, erinnere ich mich an die Diskussion von vor einem Jahr, Herr Faulenbach, als wir darangegangen sind, die Aufgabenbeschreibung dieser Enquete-Kommission zu formulieren. Gerade wir beide hatten ein paar Gespräche, wenn Sie sich erinnern, darüber, inwieweit der Begriff des Totalitarismus, der eben noch einmal, wie ich finde, zu Recht gefallen ist, Eingang in unsere Aufgabenbeschreibung finden muß und ich damals schon immer gesagt habe: Es reicht nicht, alles unter dem Deckmantel des Begriffes „Faschismus“ und damit dann auch „Antifaschismus“ zu subsumieren, sondern wir werden nur Konsens haben, ich zitiere sinngemäß Willy Brandt: „Wenn wir den Mut zur Differenzierung haben“. Und der Mut zur Differenzierung ist dann natürlich auch der in der Historiographie. Also der Anti-Nationalsozialismus, der Anti-Hitlerismus, ist doch nur das eine, und von daher für mich viel schlimmer, als alles das, was man mit „Faschismus“ begrifflich fassen könnte. Diese Floskel Faschismus und damit Antifaschismus „verniedlicht“ gewissermaßen oder sublimiert das eigentlich, was unter der Ideologie des Nationalsozialismus, und das auch zum Unterschied zu sonstigen vergleichbaren Regimen, zu definieren ist. Wir machen es uns zu einfach, auch mit dem Nationalsozialismus, wenn wir sagen, er ist faschistisch gewesen und wir begreifen uns nur aus dem Gegenteil heraus.

Zurück zu meiner Frage: Was sind die „emanzipatorischen Elemente“ im Antifaschismus, Herr Faulenbach?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich glaube, es ist grundsätzlich eine Frage, die uns bis zum Ende begleiten wird. Ich hoffe, daß wir sie nicht vergessen, daß wir also nicht nur politisch bewerten, was war und was möglicherweise auch am „Anti“ war, sondern daß es uns gelingt, Positionen, Wegweisungen zu geben. Jetzt Prof. Fischer.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Zwei Anmerkungen und drei Fragen. Die erste Anmerkung ganz kurz zu Herrn Keller.

Ich wollte nur zu Ihren Ausführungen sagen, Herr Keller, Sie wie ich sind möglicherweise gar nicht so weit voneinander entfernt politisch sozialisiert worden in der SBZ/DDR. Ich wollte nur anmerken, daß man natürlich in

dieser Situation, die ich bis 1955 erlebt habe auch andere Schlußfolgerungen ziehen konnte. Ich will es einmal so formulieren: In meinem Umfeld ist die Formulierung „Friedenskampf“, eigentlich als ein Widerspruch in sich bezeichnet worden.

Zweitens, eine Anmerkung zu, ich will es einmal so formulieren, meinem jüngeren Kollegen Mitter. Ich vermeide eigentlich als „Besserwessi“ zu gelten Herr Mitter, ich denke Sie verstehen das. Aber in diesem Falle muß ich das doch einmal sagen: Ich würde Sie doch bitten, daß Sie ihre Aussage, daß in der Bundesrepublik Deutschland, ich meine in der alten, die NS-Zeit nicht aufgearbeitet worden sei, was immer darunter auch zu verstehen ist, vielleicht doch noch einmal zu überprüfen. Ich bin 1955 hierhergekommen, nicht freiwillig. Ich habe damals überhaupt erst die Möglichkeit gehabt, nach 10 Jahren SBZ/DDR, mich dieser Problematik zu widmen. Und wenn ich einmal nur im Bereich der Hochschule bleiben darf, in der Geschichtswissenschaft, Namen wie Hermann Mau, Hans Rothfels oder Walter Hofer, stehen für Publikationen, die damals in den 50er Jahren geschrieben worden sind, das ließe sich noch erweitern. Ich erinnere mich, daß auch die Studentenschaft, ich denke das gilt für eine Generation wie Jacobsen vielleicht noch sehr viel intensiver, ihre Lehrer mit entsprechenden Fragen konfrontiert haben. Ich kann mich erinnern, daß wir in Tübingen damals eine Ringvorlesung über die NS-Zeit an den deutschen Hochschulen durchgesetzt haben. Das ist also auch in den Oberseminaren und in den Hauptseminaren eines der Hauptthemen gewesen. Vielleicht noch ein anderer Gesichtspunkt.

Sie kennen die Bundeszentrale für politische Bildung. Ich denke, wenn man da einmal nachprüft, ist damals auch in den 50er Jahren für die Allgemeinheit und auch für die Schulen eine unwahrscheinliche Menge geleistet worden. Das zu den Anmerkungen.

Ich wollte aber eigentlich drei Fragen an Herrn Fippel richten und beziehe mich mit meinen Fragen auf eine beiläufige Bemerkung von Herrn Fippel. Sie haben kurz zu Ihrer persönlichen Entwicklung gesagt, Sie seien Geschichtslehrer gewesen. Und in diesem Zusammenhang würde ich gerne einmal versuchen, ich hoffe der Herr Vorsitzende gestattet es im Blick auf die nachfolgenden Referate, Sie noch einmal zu einer Thematik zu befragen, die heute früh nur kurz angeklungen ist, auf die wir aber noch kommen.

Ich würde gerne wissen, ob Sie uns etwas über Ihre Erfahrungen mitteilen können, Herr Fippel, die Sie bei der Vermittlung, ich nehme jetzt einmal die Begriffe der DDR, von Faschismus und Antifaschismus an der Schule gemacht haben?

Zweitens: Haben Sie eigentlich als Praktiker, als Mann an der Basis sozusagen, in Ihrer Zeit in den 60er, 70er und 80er Jahren Erfahrungen mit Rechtsradikalismus unter Ihren Schülern gemacht?

Und drittens, vielleicht eine allgemeine Frage, ich weiß, daß das möglicher-

weise nicht ganz einfach für Sie ist, aber ich stelle sie trotzdem: Haben Sie eigentlich, auch als Praktiker, eine Erklärung für die rechtsradikalen Erscheinungen in der jungen Generation der DDR?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zwei Anfragen noch. Sie haben mir beide versprochen, daß es ganz kurz geht. Gert Weisskirchen und dann Martin Gutzeit.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Leider haben wir bisher noch nicht darüber geredet, daß es in der Tat eine historische Differenz gibt zwischen den Begriffen „Nationalsozialismus“ und „Faschismus“ und insofern glaube ich, ist auch ein Teil der Verwirrung, die beim Begriff des Antifaschismus auftaucht, auf der Folie dieser historischen Differenz zu erklären. Ich will nur einmal kurz das Beispiel Italien ansprechen, damit diese Differenz deutlich wird. In Italien haben sich die demokratischen Parteien und Gruppierungen nach dem Ende des dortigen Faschismus in einem Konsens auf Antifaschismus verständigt und das ist nach wie vor, trotz aller Wirren die gegenwärtig in Italien stattfinden, der Konsensbegriff, den die demokratischen Kräfte miteinander haben. Insofern ist es also nicht so ganz einfach, wenn wir unter sehr deutschem Verständnis von Antifaschismus, den Mißbrauch, den es in der DDR gegeben hat, mit diesem Begriff, mit dem Inhalt dieses Begriffes selbst jetzt gleichsetzen und insofern glaube ich auch, daß man sehr wohl unterscheiden muß zwischen dem subjektiven Einstellen gegenüber dem Kampf gegen Totalitarismus mit braunem Vorzeichen, um es einmal ganz anders auszudrücken als bisher. Da gibt es sehr wohl genügend Gründe dafür, daß es Menschen gibt, die sich diesem Ziel verschreiben. Es ist richtig, daß dieses instrumentalisiert worden ist. Sie haben natürlich völlig Recht, Frau Dr. Wilms. Ich wollte nur auf diese historische Differenz hinweisen, weil das doch ein bißchen kunterbunt, wie mir scheint, bei uns durcheinander gegangen ist.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön. Als letzter Frager Martin Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Ja, ich werde versuchen mich kurz zu halten. Es ist ja dieser negative Begriff von Antifaschismus, also sagen wir mal Auseinandersetzung oder Gegnerschaft gegen das NS-Regime oder wie auch immer, genannt worden. Ich muß mit Gerd Poppe sagen, daß es auch diese positive Auseinandersetzung damit gibt, die darauf hinausläuft, daß man sagt: Wenn wir versuchen, diese Geschichte aufzuarbeiten, die vorlag, und deren Folgen wir in der DDR einfach durch die Existenz dieses Systems zu tragen hatten, das eben die Folgerung die war und sein konnte, gerade deshalb entschieden für einen Rechtsstaat, für eine Demokratie, für die Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten einzutreten. Das gab es sehr wohl. Und ich denke, das ist gerade auch im Herbst 1989 zum Tragen gekommen, und wenn solche Floskeln, die vielleicht klischeehaft anknüpfend scheinen, auftauchen,

müssen sie nicht von vornherein in diese Legitimationsschiene gehören. Ich denke aber, diese Art Legitimationsideologie „Antifaschismus“ hat natürlich auch sehr starke Auswirkungen auf die Stabilisierung des Systems gehabt. Das heißt, vielleicht erst auch zur Abwehr von Tendenzen sich entschieden gegen das System zu stellen, weil jeder der das unternommen hat, ganz klar unter das Verdikt, ganz klar irgendwie auf diese moralisch anrüchige Seite des anderen Systems, das in der Tradition des Faschismus steht, gehört. Und ich glaube, das müßte noch viel stärker herausgearbeitet werden. Wo bestehen da sozusagen Hemmschwellen der Aneignung, auch gegenüber diesem bundesdeutschen System? Auf dieser Legitimationsstrecke lief ja auch die DDR als der bessere deutsche Staat. Wir stehen auf der Seite derer, die irgendwie moralisch besser sind. Und jeder Versuch auch nur Teile, dieses sozusagen bürgerlichen rechtsstaatlichen Systems zu übernehmen, bis zum Wirtschaftssystem, bedeutet im Prinzip Rückfall in die Tradition des Faschismus. Und hier müssen auch, glaube ich, ganz klar Blockaden aufgebrochen werden, die bis heute wirksam sind, weil ja die ganzen Generationen, die damit aufgewachsen und erzogen wurden, eine wirklich positive Aneignung der Institution eines modernen Rechtsstaats, einer modernen Demokratie überhaupt nicht fassen können, weil das alles immer noch unter diesem Verdikt steht. Das heißt also, es ist zu kurz gegriffen, wenn man nur von dieser Legitimation und dieser Funktion redet, sondern man muß zugleich sehen gegen wen was war. Was ist da abgewertet worden und was ist da überhaupt nicht erst ins Blickfeld gekommen? Und man bekommt damit auch in den Sinn wieso sich das DDR-System solange hielt und hier sehr stark Kräfte des Widerstandes neutralisiert wurden, sich in Entschiedenheit gar nicht formulieren konnten. Und das denke ich wirklich, muß doch noch viel klarer herausgearbeitet werden. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Für die 5 Referenten ist es jetzt eine komplizierte Aufgabe. Ich bitte Sie aber dennoch darum, und ich würde gerne von hinten anfangen wollen, also in der umgekehrten Reihenfolge wie sie vorhin geredet haben, daß Sie versuchen, auf die Fragen zu antworten, wenn möglich auch mit dem Blick auf die Uhr. Karl Wilhelm Fricke bitte.

Karl Wilhelm Fricke: Ja, ich kann mich in der Tat kurz fassen. Zunächst zu Herrn Hansen und auch zu den Fragen, die Herr Müller aufgeworfen hat. Was ist eigentlich aus den Leuten geworden, die als ehemalige Nationalsozialisten in der DDR entlarvt wurden?

Im Regelfall ist nichts nach den Veröffentlichungen passiert, die ja im übrigen Reaktionen auf ständige Diskreditierungversuche der DDR oder der SED waren, genauer gesagt, die Bundesrepublik als Nazistaat zu verketzern. Ich denke da an die widerliche Kampagne gegen Heinrich Lübke. Da sind hier ja zunächst einmal die Enthüllungen nach den Gesichtspunkten erarbeitet worden: „Was wollt Ihr eigentlich, bei Euch sitzen doch auch genügend Nazis in öffentlichen Ämtern.“ Das war aber die Ursache und selbstverständlich

lag es mir fern, hier die kleinen PGs verketzern zu wollen. Ich finde schon, da muß genau unterschieden werden. Nur gerade die von mir genannten Beispiele waren eben keine kleinen Nazis. Ich denke, daß es eine wirkliche Aussage über die Justiz der DDR macht, daß ein ehemaliger Kriegsgerichtsrat, Präsident des Obersten Gerichts der DDR wird und dann auch wieder an politischen Todesurteilen mitwirkt. Darin sehe ich ja den Skandal, und das war auch kein kleiner PG. Das nur als Beispiel. Wenn jemand allerdings in der DDR seine Vergangenheit verschwiegen hatte und somit mangelndes Vertrauen gegenüber der Partei bewiesen hatte, dann wurde er in der Tat zur Rechenschaft gezogen, aber eben nicht wegen der Vergangenheit. Gerade der Fall Arno von Lenski, den Sie ja auch genannt haben, ist ein Beweis dafür, daß niemand zur Rechenschaft gezogen worden ist. Aber in dem Augenblick, wo jemand seine Vergangenheit verschwiegen hatte, wurde er deshalb gefaßt und nicht etwa wegen der Vergangenheit als solcher.

Ich darf mir noch eine Bemerkung zu Herrn Keller erlauben, zumal da ja ein Problem ist wie es auch eben bei Martin Gutzeit angeklungen ist. Ich kann hier auch nur für mich und die Erfahrungen meiner Generation sprechen. Aber wir sind ja mit dem Antifaschismus zunächst einmal 1945 konfrontiert worden und ich gehöre zu denen, die die Befreiung 1945 wirklich als solche empfunden haben und deren großer politischer Schock darin bestand, daß man nun erleben mußte, was man mit Recht an den Herrschaftsstrukturen des Nationalsozialismus im Zeichen der Auseinandersetzung mit dem Faschismus kritisierte, sich in neuer Form allmählich wieder entwickelte. In den ersten Jahren nach 1945 Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien, Verfolgung der Sozialdemokratie usw. Und gerade die Kritik der Antifaschisten, die mit dem Regime frühzeitig gebrochen haben, also sehr frühzeitig nicht erst sehr viel später, weil sie Antifaschisten waren und gesagt haben: Nein, was hier aufkommt ist ja eine neue Form von Faschismus. Meine Generation hat mich unmittelbar beeindruckt. Ich nenne Namen wie Theodor Plivier. Ein Mann, der sehr frühzeitig mit dem Regime öffentlich gebrochen hat. Ich nenne Rudolf Pechel, ein Mann des Widerstandes der frühzeitig den Kampf aufgenommen hat; von Kurt Schumacher ganz zu schweigen und seinem hier gar nicht wieder notwendig zu zitierenden Begriff von den rotlackierten Nazis. Ich denke an Rudolf Hagelstange, all solche Erfahrungen. Das heißt, man konnte durchaus auch gerade durch die Erziehung zum Antifaschismus zu ganz anderen Ergebnissen kommen, aber ich gebe gerne zu, daß das sicher eine Generationsfrage ist. Vielen Dank.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Ja, Martin Gutzeit hat es mir auch möglich gemacht, mich kurz zu fassen, weil er in seinen Ausführungen noch einmal deutlich gemacht hat, wo der Antifaschismus die DDR-Opposition auf ihrem Weg behindert hat. Ich habe dieses Beispiel aus 1989 auch herangezogen, um zu zeigen, wie wirksam dieser Antifaschismus gewesen ist. Die Opposition, die

gerade dabei ist die SED-Diktatur zu stürzen, bezieht sich geradezu zwanghaft auf diese antifaschistischen Ideale, die von der SED vorgegeben waren. Dieses ist meine Sicht. Und ich habe nicht umsonst Christa Wolf zitiert, weil sie, auch in ihrer Literatur, für mich diese Ambivalenz symbolisch ausgedrückt hat. Für mich ist ihr „Geteilter Himmel" eine der wirksamsten Verteidigungen der deutschen Spaltung und des „antifaschistischen Schutzwalls", die überhaupt geschrieben wurde. Hier geht diese ganze Ambivalenz des Antifaschismus ineinander. An diesem Punkt habe ich als Westler zu kurz analysiert. Dankbar bin ich Dir, Gerd Poppe, daß ich diese Dimension, die für Eure Generation wichtig ist, nämlich die Entfaltung der Opposition im Rückgriff und im Bezug auf die antifaschistische Tradition, das habe ich, als ich den Text formulierte, nicht gesehen. Mit dem Verweis auf Havemann war das Problem immanent angesprochen. Ein Letztes, um den politischen Streit zwischen uns deutlich zu machen, und auch die Dimension dieser Frage noch einmal aufzurollen. Ich für meinen Teil habe mich 1989 im heftigen politischen Widerspruch zu Dir befunden obwohl wir uns noch nicht kannten als Du und Deine Freunde diese DDR aufrecht erhalten wollten, ich wollte sie abschaffen. Dieser Punkt ist wichtig für den ganzen Prozeß ab 1989, denn die gesamte „Runde Tisch Geschichte" ist nach meiner Überzeugung überhaupt nicht zu verstehen ohne diese Ambivalenz des Antifaschismus, im Unterschied zu Prag, mit Modrow an einem Tisch zu sitzen und der SED die Geschäftsführung beim Übergang zu überlassen. Das sind doch die Probleme, die wir für die Anfangsphase der Vereinigung diskutieren müssen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dr. Fippel bitte.

Dr. Günter Fippel: Ich beginne mit den letzten drei Fragen seitens Herrn Prof. Fischers. Eine Erklärung für den Rechtsradikalismus in der DDR habe ich versucht zu geben. Das ist nachzulesen spätestens auf den letzten Seiten zum Punkt IV. Welche Erfahrung habe ich mit Rechtsradikalismus gemacht?

Ich habe keine persönliche Erfahrungen, ich habe aber davon in den später 80er Jahren gehört.

Welche Erfahrungen habe ich als Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrer mit der Verwendung, mit der Lehre des Terminus „Faschismus" gemacht?

1951 bestanden bei mir tatsächlich Tendenzen ein kleiner Stalin, ein Stalinist zu werden. 1961 begann das große Nachdenken, das große Umdenken. Ich glaube sagen zu können, daß ich nicht zu diesen privaten, persönlichen Forschungsgegenständen gefunden hätte, wenn ich nicht ein bewußter Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrer gewesen wäre. Das mag jetzt komisch klingen. Ich habe bestimmt auch ein Faschismusbild vertreten, das ich, beginnend mit Glasnost, Mitte der 80er Jahre, heute nicht mehr trage.

Dabei kann ich schnell zu der nächsten Frage überleiten, es ist ja gewissermaßen die Überleitung zu Herrn Prof. Weber, zum Täter-Opfer Problem. Es gibt aus meiner Erfahrung, in Systemen, die von Stalin beherrscht oder

beeinflußt wurden, keinen wesentlichen Bereich in dem das Täter-Opfer Phänomen nicht aufgetreten wäre. Ich erinnere daran, daß jetzt Rapoport u. a. das äußerst heiße Eisen, das heikle Thema angepackt haben, „Juden als Täter und Opfer im Stalinismus“, und das kann auch nicht jemand aus unseren Kreisen bearbeiten, sondern das konnten eben nur Rapoport und andere werden es weiter tun. Für mich zählt eigentlich das dominierende Element. Leo Bauer wurde zwar Chefredakteur des Deutschlandsenders, aber man wollte ihn mit diesem Posten disziplinieren und das ist nicht gelungen, wie der weitere Weg zeigte. Bruno Goldhammer wurde furchtbar gefoltert und er verließ die Haft als ein gebrochener Mann. Für mich ist er deshalb ein Opfer und weniger ein Täter. Soll ich Horst Mende, Herr Fricke kennt ihn, nicht mehr als Stalinismusopfer achten, nur weil er vor seiner Inhaftierung Pressereferent im Außenministerium war und bei der DEFA Augenzeugen-Propagandastreifen gedreht hat? Aus meiner Sicht ist damit das Thema erschöpfend behandelt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön. Herr Dr. Faulenbach bitte.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, ich knüpfe an das an, was alle vor mir gesagt haben: Sie versuchten sich kurz zu fassen, ich versuche das auch. Erste Frage: Ich kann Jacobsen nur zustimmen. Selbstverständlich ist die Problematik des Antifaschismus und auch die Attraktivität des Antifaschismus verwoben mit der Problematik deutscher und europäischer Geschichte des 20. Jahrhunderts. Sie haben auf die Nachkriegskonstellation hingewiesen. Aus ihr resultierten bei vielen jungen Menschen die Forderung: „...nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus..“, eine verständliche Reaktion. Und Sie haben auch hingewiesen auf die alliierte Konstellation, die in einem weiteren Sinne vielleicht auch eine antifaschistische war. Übrigens hat sich auch die amerikanische Besatzungspolitik zunächst als antifaschistisch verstanden.

Zweite Frage: Sie haben von antifaschistischer und demokratischer Umgestaltung gesprochen, das ist sicher das eine Phänomen. Zur antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung gehörten bestimmte Bündnispolitiker ebenso wie der bewußte Wille der Errichtung dieser kommunistischen Systeme. Beides geht da ineinander über und ist miteinander verwoben. Aber davon zu trennen ist Antifaschismus als ein ideelles, ideologisches Identitätsbewußtsein, ein Glaube, ja wenn man so will, eine bestimmte Kultur, die es eben doch auch gegeben hat und in der Menschen versucht haben zu leben.

Ein dritter Punkt, der in den Kern unserer Fragen hineinführt. Die Problematik des „echten“ und „unechten“ Antifaschismus, die von Poppe, Hansen, Keller und anderen angesprochen worden ist. Ich würde da eher zu den Positionen von Hermann Weber neigen. Ich halte dies für eine wahnsinnig schwierige Frage. Idealtypisch können wir natürlich trennen zwischen einem ganz deformierten instrumentellen Antifaschismus, einem verkommenen Antifaschismus und einem „echten“ Antifaschismus. Nur die Realität ist verwickelter, Herr Keller, die Leute haben sicherlich vielfach an diesen DDR-Antifaschismus geglaubt,

dies gilt für viele junge Leute. Deshalb habe ich gesagt, er hatte schon etwas quasi Religiöses, denn er war ein Glaube für viele Leute, der – wie Glaubensphänomene – nicht hinterfragt wurde, ein Phänomen sui generis. Wenn man ihn als Ideologie faßt, so könnte man auch sagen, Ideologie ist, mit Lübbe „die Betrugstheorie, an die man selbst glaubt". Für diesen Antifaschismus ist mithin schlicht zu konstatieren, daß er für viele Menschen so etwas wie eine Art Glaube gewesen ist, der – obgleich auf falschen Prämissen, auf Mythen und ähnlichem basierend – von Individuen ehrlich gemeint war. Das Grundproblem scheint mir zu sein: Der Antifaschismus konnte sich mit unterschiedlichen Zielen und Interessen verbinden, eben auch mit marxistisch-leninistischen, auch stalinistischen Positionen, jedenfalls zeigt der empirische Befund, daß es so war. Und dies bedeutet, daß Antifaschismus ggf. als Rechtfertigungslehre für bestimmte Formen von marxistisch-leninistischer Praxis dienen konnte; diese Funktion hat er de facto ausgeübt. Auch diese Verschränkung entsprach teilweise echter Überzeugung. Ich würde sogar so weit gehen und fragen: Können wir denn tatsächlich Honecker den Antifaschismus per se absprechen? Antifaschist war er wohl, was aber nicht ausschloß, daß er trotzdem Repressionspolitik gemacht hat. Das ist eine Verstrickung, über die man nachdenken muß.

In diesem Zusammenhang: Was habe ich, Herr Hansen, mit den emanzipatorischen Gehalten gemeint? Havemann und andere Leute haben eine andere Form von Antifaschismus vertreten, der Antifaschismus als Wendung gegen Gewaltherrschaft begriff und Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte einschloß. Hier wird der emanzipatorische Gehalt sichtbar. Aber ich muß einräumen: Dieser emanzipatorische Gehalt war nur bedingt im kommunistischen Antifaschismus enthalten, wenn man das genau anschaut. Aber bei Reformkommunisten wie Havemann kann man erkennen, daß er nicht völlig gefehlt hat.

Nächste Bemerkung zu den spezifischen Verarbeitungsformen in Ost und West und ihre Überlagerung. Die Totalitarismustheorie ist vielleicht in der Tat zu Unrecht ad acta gelegt worden. Frau Wilms, es gehört zur Problematik der 50er und 60er Jahre die Tatsache, daß die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich vorschnell in eine Totalitarismustheorie umgelenkt wurde, mit der vorrangig der Kommunismus bekämpft werden sollte. Das heißt, jedenfalls ist das der Eindruck von vielen Achtundsechzigern und anderen gewesen, daß hinter dem Deckmantel des Antitotalitarismus nur die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus unternommen wurde, gleichzeitig aber einer wirklichen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Gesellschaft des Dritten Reiches ausgewichen wurde. Die Attraktivität des Faschismus-Begriffs bestand u. a. darin, daß er die gesellschaftlichen Bedingtheiten von nationalsozialistischer Politik versuchte aufzuhellen; insofern hatte er zeitweilig eine bestimmte Funktion in der Wissenschaftsdiskussion. Die Diskussion über den Faschismus-Begriff glitt dann aber rasch in bestimmte theoretische Exerzitien ab und wurde

unfruchtbar, abgesehen davon, wie hier zu Recht betont worden ist, daß der Nationalsozialismus und der italienische Faschismus doch sehr unterschiedliche Phänomene waren, was im Faschismus-Begriff meist, in unzulässiger Weise nivelliert wird. Nur muß man diese Diskussion im historischen Prozeß sehen, zu dem Wechselwirkungen zwischen Ost und West gehören. Zu den Bedingungsfaktoren des relativen Erfolgs der antifaschistischen Propaganda in der DDR dürfte eben doch auch gehört haben, daß es in Westdeutschland zwar eine früher einsetzende wissenschaftliche Aufarbeitung, daneben aber in der Gesellschaft eben eine verbreitete Verdrängung der NS-Zeit gegeben hat, auch unzureichende Sensibilität. Ich nenne nur Globke und Oberländer deren Nachkriegsrollen erkennen ließen, daß in der Politik Westdeutschlands die Grenzstriche nicht immer sauber gezogen wurden zu denen, die durch die NS-Zeit erheblich belastet waren. Dies konnte ausgebeutet werden und ist de facto dann auch ausgebeutet worden.

Herr Poppe hat, glaube ich, mich insofern mißverstanden, als er meint, ich hätte den Achtundsechzigern irgendetwas anlasten wollen. Ich habe eben schon angedeutet, daß ich den achtundsechziger Impuls u. a. als Versuch sehe, sich der ganzen Wahrheit des Dritten Reiches zu stellen. Dies war eines der Motive, das damals eine Rolle gespielt hat, wenn auch nur für einen Teil der Generation. Zugleich wollte ich andeuten, daß im Osten die westdeutsche Diskussion, auch die westdeutsche linke Diskussion, zum Teil so verstanden worden ist, als ob sich in Westdeutschland gleichsam der Faschismus oder eine Faschisierungstendenz neu entwickelte bzw. die Gesellschaft der Bundesrepublik praktisch die gleiche Gesellschaft wie die Gesellschaft des Dritten Reiches war. Bestimmte Diskussionen sind einfach mißverstanden worden, etwa der „Historikerstreit“, bei dem ich mich ja auch auf einer bestimmten Seite eingesetzt habe. Der Historikerstreit ist teilweise rezipiert worden als Ausdruck des generellen Versuchs, von Teilen der westdeutschen Gesellschaft, die Erinnerung an das Dritte Reich völlig zu tilgen. Das war so nicht zutreffend; eine vergröbernde Rezeption von Teilen der westdeutschen Diskussion ist auch bei DDR-Intellektuellen nicht zu übersehen.

Schließlich die letzte Frage, die Frage der Gedenkstättenproblematik, die Frau Fischer angesprochen hat.

In der Tat sind die Gedenkstätten ja in spezifischer Weise gestaltet; sie müssen verändert werden. Wir brauchen insbesondere neue Dokumentationsausstellungen. Sowohl das Land Thüringen als auch das Land Brandenburg haben Kommissionen eingesetzt, die Vorschläge erarbeitet haben. Die Dokumentationsausstellungen müssen wesentlich differenzierter sein; alle Opfergruppen müssen behandelt werden, die Täter-Problematik muß sorgfältiger ausgeleuchtet werden, die Verwobenheit des Geschehens des Dritten Reiches mit der Gesellschaft des Dritten Reiches muß in diesem Zusammenhang deutlicher

gezeigt werden. Es gibt meines Erachtens eine Verantwortung des Bundes für diese großen zentralen Gedenkstätten, in denen sich „Verarbeitung des Dritten Reiches“ und „Bewältigung des Erbes der DDR“ **verknüpfen**. Ich sehe eine Verantwortung des Bundes für Überarbeitung und Unterhaltung der großen Gedenkstätten der ehemaligen DDR und möchte anregen, dies auch in unseren Bericht hineinzuschreiben. Allerletzte Bemerkung: Wie wir es nun auch drehen und wenden bei der Antifaschismus-Problematik, auf jeden Fall landet man bei diesem Thema, wie bei vielen Aspekten der DDR-Problematik, unwillkürlich bei den schwierigen, großen Problemen der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und auch beim Nationalsozialismus.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Letzte Rednerin vor der Pause ist unsere Kollegin Wisniewski.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich möchte eigentlich dort ansetzen, wo Herr Gutzeit und auch Frau Barbe angesetzt haben, nämlich bei der wichtigen Aufgabe, ich nenne es jetzt sehr vereinfacht, „Aufbrechen der Verblendung“, die offenbar mit Hilfe des Antifaschismus-Begriffs in der ehemaligen DDR hergestellt worden ist. Hier sehe ich persönlich einerseits einen guten Ansatz in dieser Diskussion, an diesem Vormittag. Ich glaube, wir müssen eines mit Sicherheit festhalten: Es handelt sich beim Faschismus-Begriff, und entsprechend kann dieser ja wunderbar kombiniert werden in allen möglichen Zusammensetzungen um einen sowjetischen Kampfbegriff der 1920, also in den 20er Jahren entstanden ist. Er ist dann von der DDR übernommen worden. Dies muß man festhalten und man darf nicht den Fehler machen zu glauben, daß die Doppeldeutigkeit, die diesem Begriff innewohnt, irgendwie entschuldigt, sondern diese Doppeldeutigkeit gehört natürlich zu dem Kampfbegriff dazu. Es ist ja ungemein praktisch einen solchen Begriff zu nehmen, bei dem auch viel Gutes mitschwingt und den man auch sehr positiv, etwa als einen friedensherstellenden Begriff, verwenden kann. Das ist ja erst das Gefährliche an einer solchen Sache. Ein eindeutiger Begriff läßt sich ja viel weniger gut als Kampfbegriff verwenden. Hier haben wir also Aufklärungsarbeit zu leisten und ich würde auch sagen, natürlich ist es so, daß die Erleichterung diesen Begriff einzuführen und damit auch das gesamte System zu stabilisieren, gerade durch die Doppeldeutigkeit gelungen ist. Und natürlich ist es so, lieber Herr Jacobsen, daß die damalige Nachkriegszeit, die Gefangenschaft etwa, aber auch bei uns hier, die wir in einem zerstörten Deutschland saßen, sehr hilfreich dafür waren nun auf jeden Fall erstmal den Nationalsozialismus wegzuschieben.

Aber da bin ich nun beim nächsten Punkt.

Es ist falsch, Herr Faulenbach, zu glauben, daß der Antifaschismus-Begriff in der Nachkriegszeit der beherrschende war, das war er hier im Westen nicht, sondern wir sprachen von dem Nationalsozialismus, wir sprachen von der Entnazifizierung, gegen den Nationalsozialismus gewendet, und das was

Frau Wilms hervorgehoben hat, ist tatsächlich so, daß eine ganze Generation ja doch mit diesen Dingen unmittelbar konfrontiert war. Ein anderer ganz wichtiger Punkt ist die Wiedergutmachung. Die Wiedergutmachung wurde in der ehemaligen DDR abgelehnt, weil man ja mit Hilfe der dort stattfindenden antifaschistischen Bewegung sich selbst kopiert hatte.

Ein dritter Punkt übrigens der dazu gehört, lieber Herr Faulenbach, die Gedenkstätten sind bereits in der Obhut des Bundes. Es gibt da ein ausgefeiltes Programm und eine Konzeption, an der Sie ja maßgeblich mitgewirkt haben. Wir sind fleißig dabei, das jetzt gegen alle haushälterischen Bedenken weiter durchzusetzen. Aber d. h., der Deutsche Bundestag hat, seit seinem Bestehen, in dieser Richtung gearbeitet und er hat auch bei der Wiedergutmachung das Schwierige vollbracht, daß Menschen hier in der Bundesrepublik bereit waren, wenn auch manchmal widerstrebend, erhebliche Mittel dafür bereit zu stellen und Sie wissen, daß das viel schwieriger ist als ein gutes Buch zu schreiben. Aber die guten Bücher sind ebenfalls da, d. h. die wissenschaftliche Aufarbeitung ist doch in der Bundesrepublik vorhanden, während sie in der DDR offenbar nicht stattfinden durfte. Ich glaube, das das der zweite wichtige Punkt ist.

Dies sind alles Dinge, die wir wahrscheinlich viel stärker herausstellen müssen, damit die Menschen in den neuen Bundesländern überhaupt begreifen, was nun Wirklichkeit ist und was ihnen bisher an Wirklichkeit vorenthalten worden ist.

Der nächste Punkt ist, glaube ich der, daß die marxistische Geschichtsauffassung, in der dieser Antifaschismus und Faschismus Begriff ja fest eingebaut ist, nun endlich aufgebrochen werden muß. Man hört aus vielen Äußerungen heraus, daß natürlich dieses Denken von Kindheit an nahe gebracht worden ist. Wie soll man als normaler Mensch da herausfinden? Nicht jeder ist ein Wissenschaftler und auch die haben manchmal so ihre Schwierigkeiten. Also dieser Punkt, die Revision der Geschichtsauffassung, das Klarstellen, daß hier marxistische Geschichtsauffassung in einem Maße verbreitet worden ist, das es schwer macht dagegen vorzugehen, ist etwas, was wir uns auch als Aufgabe jetzt vornehmen müssen. Auch schon hier in der Kommission, müssen wir wahrscheinlich daran arbeiten, denn der entscheidende Punkt für mich ist der, daß wir uns mit der Ideologiekritik viel stärker beschäftigen müssen, als wir es bisher getan haben, und da würde ich allerdings den Totalitarismus einbeziehen und, lieber Herr Vorsitzender, es wird sicherlich sehr bald die Bitte an Sie ergehen, daß wir noch eine Anhörung zum Totalitarismus haben dürfen. Das Themenfeld 2 freut sich schon darauf.

Ich glaube Frau von Renesse hat den entscheidenen Ansatz gegeben und zwar an einem Wochenende statt einer Auswertungssitzung könnten wir das ja mal gut machen. Es ist tatsächlich so, daß ein Staat zu seiner Existenz ein geistiges Geflecht von Ideen braucht. Und ich finde die Frage

legitim: Wann ist ein solches Ideengeflecht gut und wann ist es böse? Im Moment, glaube ich, kann man sich ganz gut an der Respektierung von Menschenrechten orientieren, aber es gibt viele andere Dinge und ich denke, wir sprechen das nächste Mal, bei der Frage der sozialistischen Persönlichkeit, auch von diesen Dingen. Es gibt eine Reihe von Dingen, und das ist ja offenbar jetzt so ein neues Steckenpferd, die in den Ideologien liegenden, ich nenne es mal anthropologischen Grundkonzeptionen, die falsch sind, sowohl beim Faschismus vor allem aber beim Nationalsozialismus, genauso wie beim Marxismus, zu ergründen. Die sind es doch die Verbiegungen hervorrufen und die letztlich dann zum Untergang von Staaten oder zu negativen Erscheinungsformen, Verbrechen u.ä. führen, und daher, lieber Herr Hansen, war ich besonders dankbar für Ihre Frage: „Wo bleibt das Pro?“. Ein Staat kann auf die Dauer nicht geistig existieren nur mit dem „Anti“. Das kann kein Mensch, das kann kein Staat. Und so ist das „Pro“ in der Tat die große Aufgabe, die wir wieder, gerade in Bezug auf die neuen Bundesländer, zu erfüllen haben. Aber ich würde sagen, auch in Bezug auf unsere alten Bundesländer, denn hier liegt es gewaltig im argen. Es ist, würde ich sagen, im Moment doch so, daß gerade weil den Menschen eine falsche Ideologie „drüben“ in der DDR nahegebracht wurde, eingeimpft wurde, man den Eindruck hat, daß junge Menschen, vielleicht auch ältere das können wir alles noch nicht sehen, nun aus lauter Suche nach einem „Pro“ in die falsche andere Ideologie gestolpert sind, so daß sich auf diese Weise dieses schreckliche Aufschaukeln und Ablösen von Marxistischem und Rechtsextremistischem erklärt. Aber das ist eine Frage, die wir mit großem Ernst in Zukunft weiterverfolgen müssen und hier sehe ich eine ganz wichtige Aufgabe unserer Kommission. Dankeschön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Berichterstattergruppe für diese Anhörung hat uns eine 30-minütige Pause verordnet. Sie hat allerdings auch gesagt, wir sollen um 15.00 Uhr aufhören und ich weiß, daß es dabei wieder um eine Reihe von anderen Terminen geht. Von daher sehe ich ein Problem, weil wir jetzt überlegen müssen, wie wir damit umgehen. Wenn wir jetzt eine Pause von 30 Minuten machen und dann tatsächlich pünktlich beginnen, wäre es dann 13.55 Uhr. Rein theoretisch wäre das noch möglich, weil wir dann nur noch zwei Kurzreferate von 20 Minuten haben. Aber dann wäre kaum noch Raum, um Fragen zu stellen.

Nun möchte ich den vorletzten Referenten um das Wort bitten, es ist unser Kollege, Mitglied des Deutschen Bundestages, Konrad Weiß, zum Thema: Rechtsextremismus in der Endzeit der DDR. Bitte, Herr Weiß.

Konrad Weiß, MdB: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Lassen Sie mich bitte auch im Anschluß an die vorherige Diskussion eine Vorbemerkung machen. Für mich persönlich ist der Begriff „Antifaschismus“ positiv besetzt

und ich verstehe mich, und habe mich immer als Antifaschisten verstanden. Und ich denke, wir müssen hier einfach annehmen, daß es in Deutschland unterschiedliche Traditionslinien und Entwicklungen gegeben hat. Was bisher völlig außer acht geblieben ist, ist, daß es neben dem marxistisch oder kommunistisch geprägten Antifaschismus in der DDR immer auch einen christlich geprägten Antifaschismus gegeben hat, der auch im Widerspruch zur DDR, zur SED, gestanden hat. Ich kann dies hier nicht ausführen, obwohl es sicher einen Vortrag wert wäre, ich will nur einen Namen nennen, der symptomatisch für diesen christlichen Antifaschismus ist, das ist Lothar Kreyssig, der Präses der Synode der Union, Gründer von Aktion „Sühnezeichen“. Kreyssig, der zur bekennenden Kirche gehörte, hat nach 1945 eine Zusammenarbeit als Jurist mit der SBZ abgelehnt, hat als Präses der evang. Kirche nicht ein einziges Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen geführt. Diese christliche Traditionslinie ist nie voll akzeptiert worden. Ich habe 1985, das ist symptomatisch wiederum, versucht, für das damalige CDU-Zentralorgan die „Neue Zeit“, einen Nekrolog für Lothar Kreyssig zu schreiben. Ich habe diesen geschrieben, aber er ist natürlich nicht gedruckt worden. Er ist erst nach der Wende in der „Neuen Zeit“ gedruckt worden. D.h., also auch die CDU, als eine sogenannte christliche oder sich christlich nennende Partei in der DDR, hat mit dieser antifaschistischen Traditionslinie, die aus christlichen Motiven hergekommen ist, nichts zu tun haben wollen. Ich denke, deswegen ist es legitim, auch heute von Antifaschismus zu sprechen und nicht nur darin einen verordneten Antifaschismus zu sehen. Einen Begriff, den ich im übrigen für töricht halte. Ich habe 1988, und so habe ich das auch mit Frau Prof. Wisniewski vereinbart, über junge Faschisten in der DDR geschrieben und ich will heute im Grunde genommen aus dem Erkenntnisstand von damals referieren.

Wie bin ich zu diesen Erkenntnissen gekommen? Meine ersten Erfahrungen, daß es wieder einen erstarkenden Rechtsradikalismus in der DDR gibt, stammen aus dem Jahre 1978. Damals gab es bereits vereinzelte Rechtsradikale, die aus ihrer Gesinnung keinen Hehl gemacht haben. Ich habe daraufhin 1980 einen Film gemacht, wo ich versucht habe das aufzuarbeiten und habe mich in den 80er Jahren intensiv mit der Thematik beschäftigt. Ganz offensichtlich geworden ist es aber, so daß es auch jeder DDR-Bürger und jede DDR-Bürgerin zur Kenntnis hätte nehmen können, spätestens seit 1987, als es eine ganze Reihe von rechtsradikalen Ausschreitungen gegeben hat. Ich habe mich bei meinen Recherchen damals wesentlich auf Publikationen in der Tagespresse stützen können. Gerade auch die Bezirkszeitungen, soweit sie für mich greifbar waren, haben darüber berichtet, nur war es als Rowdytum verschleiert. Man mußte also verstehen, was sich eigentlich dahinter verbirgt. Wenn irgendwo ein jüdischer Friedhof geschändet worden war, was Mitte der 80er Jahre in der DDR nicht selten war, dann war das einfach Rowdytum,

aber nicht etwa Rechtsradikalismus. Weitere Quellen waren die Recherchen von Kollegen. Insbesondere von einem Kollegen, von Roland Steiner, der 1988 die Genehmigung erhalten hatte, einen Film über diese Rechtsradikalen zu machen und damit auch an Informationsmaterial herangekommen ist. Ich habe über ihn auch selbst Kontakt zu Rechtsradikalen bekommen. Ich habe auch die Möglichkeit gehabt, einmal an einer Gerichtsverhandlung gegen Rechtsradikale teilzunehmen, auch das war wiederum ganz bezeichnend. Die Eltern dieses dort Verurteilten waren Angehörige des Staatssicherheitsdienstes. Sowohl die Mutter als auch der Vater waren Offiziere beim Staatssicherheitsdienst. Weitere Quellen für meine Erkenntnisse waren Untersuchungen, die zum einen das Ministerium des Innern angestellt hat und zum anderen eine Arbeitsgruppe an der Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften. Da diese Wissenschaftler mit ihren Untersuchungen keine Chance hatten, Gehör zu finden, bei denen, die es eigentlich anging, nämlich bei der DDR-Regierung, haben sie aus Verantwortung versucht, das auf anderem Wege weiter zu bringen. Ich habe das genutzt. Ich habe die Informationen genutzt, natürlich immer sehr skeptisch, die Informationen aus dem MdI waren z.B. Recherchen aus Verhörprotokollen, die ich natürlich nicht gesehen habe, ich habe nur die Quintessenz zu hören bekommen. Ich habe die Unterlagen, die ich 1988 darüber gesammelt hatte, bevor ich diesen Aufsatz veröffentlicht habe, vernichtet, einfach weil ich meine Quellen schützen mußte. Das ist aber heute noch nachzuvollziehen. Der eine Mitarbeiter dieser Ermittlungsgruppe aus dem Ministerium des Innern ist auch, glaube ich, ins Beamtenverhältnis übernommen worden, ganz einfach, weil er sich da hat nichts zu Schulden kommen lassen, im Gegenteil, eben durch seine Bereitschaft, das auch nach außen zu geben, unter großem Risiko, das hatte auch Konsequenzen für ihn. Wie gesagt, habe ich 1980 diesen Film über Faschismus gemacht. Das war für mich die Gelegenheit, von 1980 bis 1989 etwa 100 Filmforen mit jungen Leuten zu dieser Thematik durchzuführen. Dies spielte sich meistens in Kirchengemeinden ab, aber ich habe auch die Gelegenheiten genutzt, um mit Jugendweihegruppen zu sprechen, in Schulen zu sprechen etc. Ich habe da sehr genau gespürt, welche Fragen da sind, welches Wissen da ist und was letzten Endes sich da auch an Problemen abzeichnet. Von den Ereignissen, die Ihnen vielleicht in Erinnerung sind, will ich nur einige erwähnen. Dazu gehört, daß im November 1987 in Oranienburg, in der Nähe von Sachsenhausen, eine Gruppe junger Faschisten, die sich selbst „Faschos“ nannten, deswegen denke ich, kann man auch diesen Begriff „Faschisten“ gebrauchen, diese hatten monatelang die Umgebung dort terrorisiert, hatten in Gaststätten Leute angegriffen, hatten auf der Straße Menschen überfallen und eingegriffen hat die Polizei erst, als sie ein VP-Fahrzeug umgekippt und die Insassen tätlich angegriffen haben. Bei der Verhaftung fand man dann faschistische Abzeichen und die Hakenkreuzfahne. Es wurde heute schon der Überfall auf die Zionskirche erwähnt, wobei hier für mich interessant wäre, ich weiß nicht

ob die Erkenntnisse in der Gauck-Behörde schon so weit sind, einmal zu erfahren, inwieweit solche rechten Gruppen auch vom Staatssicherheitsdienst instrumentalisiert worden sind, um durch Aktionen gegen Alternative und Bürgerrechtsgruppen aus der rechten Szene heraus ein bestimmtes politisches Ziel zu verfolgen. Dieses Gerücht tauchte schon 1988 auf. Ich konnte es bisher nicht verifizieren, aber das wird sich sicher in den Unterlagen der Gauck-Behörde finden lassen. Ein sehr spektakuläres Ereignis war, im März 1988, die Verwüstung auf dem historischen jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Berlin. Wer die Gegebenheiten kennt, weiß, daß dieser jüdische Friedhof unmittelbar an das zuständige Polizeirevier, was Tag und Nacht besetzt ist, gegrenzt hat. Obwohl diese Verwüstungen über mehrere Nächte hin stattgefunden haben, angeblich von harmlosen jungen Leuten, hat die Polizei nicht eingegriffen. Auch erste Überfälle auf Ausländer, Straftaten mit rassistischem Hintergrund sind in dieser Zeit bereits deutlich. Bereits im April 1988 wurde in Halle ein Mosambikaner zusammengeschlagen. In der Sprache der Rechten hieß das auch damals schon, das haben sie vor Gericht ausgesagt: „einen Nigger aufklatschen“ oder im Mai 1988, auch das war in der Bezirkspresse zu lesen, wurden zwei Afrikaner aus dem fahrenden Zug gestoßen. Für viele Bürgerinnen und Bürger in der DDR war es unverständlich, wie es nach einer antifaschistischen Erziehung, nachdem auch in den Schulen über das, was 1933 bis 1945 in Deutschland geschehen war, gesprochen wurde, dazu kommen konnte. Offiziell wurde versucht, das immer als Einzelerscheinung darzustellen und man versuchte, Beziehungen zu Rechtsradikalen in der Bundesrepublik herzustellen. Ich will nicht abstreiten, daß es solche Beziehungen sicher auch gegeben hat, auch dafür gibt es Hinweise und Beweise, aber letzten Endes war das eine Verharmlosung. Daß man nicht bereit war, sich damit auseinanderzusetzten, zeigt auch, daß es nicht möglich war, im Juli 1988 in der evang. Wochenzeitung „Die Kirche“, einen Kommentar zu dieser Thematik zu veröffentlichen. Pikanterweise wurde dieser Kommentar und die ganze Ausgabe vom Leiter des Presseamtes der DDR, Kurt Blecha, verboten, der selber ein NSDAP-Mitglied gewesen ist. Ich weiß nicht in welcher Funktion, er war sicher kein großer NSDAP-Mann, aber für mich war das damals ein Schock zu wissen, da sitzt ein alter Nationalsozialist, der heute Publikationen über die Auseinandersetzung mit dem Faschismus verbietet. Zu Beginn der 80er Jahre schienen das noch Ausnahmesituationen zu sein. Es war nicht erkennbar, ob dahinter ein ideologisches Konzept steckte. Man konnte annehmen, daß es eine von vielen jugend-kulturellen Strömungen war, aber seit etwa 1983 scheinen sich diese „Faschos“ organisiert zu haben. Sie treten auf als Skins, werden törichterweise, oder auch nichttörichterweise, auch das ist bezeichnend für die Arbeit des Staatssicherheitsdienstes, anfangs generell als Punks bezeichnet. So wie alles, was irgendwie anders war, als Punks bezeichnet wurde. Man hat überhaupt keine Unterschiede in der ideologischen Position gemacht. Es gehörte spätestens seit Mitte 1985 zum Alltag in der DDR, daß auf Fußball-

plätzen, insbesondere auf den Fußballplätzen in der Dynamo-Vereinigung, also der Vereinigung des Staatssicherheitsdienstes, rassistische Äußerungen üblich waren. So gab es einen jüdischen Fußballspieler, der immer von solchen Skins als „Judensau“ beschimpft wurde und das alles unter den Augen der Polizei. Es hat gelegentlich den Versuch gegeben, dagegen vorzuschreiten, aber es ist offenbar nie ernsthaft vorgegangen worden. Diese rechtsradikalen Gruppierungen, zum einen die Skinheads, dann aber auch die Faschos, und das sind und waren in meinen Augen die gefährlicheren, haben natürlich konspirativ gearbeitet. Es war klar, wer sich als Bürger mit faschistischen Äußerungen an die Öffentlichkeit wagt, hat eine Strafverfolgung zu erwarten, so daß sich diese Verbreitung der faschistischen Ideologie ganz offenbar in absolut geschlossenen Zirkeln fortgesetzt hat. Anfang 1988 schätzte man, so ist aus den Unterlagen des MdI zu entnehmen, die Anzahl der in faschistischen Gruppen organisierten jungen Leute in der DDR auf ungefähr 1000. In den Berufsschulen rechnete man, daß es pro Klasse zwei bis drei Rechtsradikale gibt. Soziologisch, soweit es erkennbar war, soweit es mir zugänglich war, war es damals so, daß diese Faschos und Skins sowohl aus Arbeiter- als auch aus Intellektuellen-Familien kamen und auffällig war, wie eben gesagt, daß viele aus SED- und auch aus Stasi-Familien gekommen sind. Das Verhältnis von jungen Männern und jungen Frauen war etwa 5:1, das ist heute immer noch so und auffällig war auch, daß die jungen Männer, anders als der Durchschnitt in der DDR, sehr spät geheiratet haben, also sehr lange alleinstehend waren, was auch gewisse Rückschlüsse auf Persönlichkeitsstrukturen zuläßt. Es war damals sehr schwierig, die Frage nach einem politischen Programm der Rechten wirklich gültig zu beantworten. Ich denke, daß sie ihre Gedankenwelt zum einen aus Überlieferung in den Familien bezogen haben, zum anderen aber auch schon in der Lage waren, sich Informationen zu verschaffen. Es kursierte, das war überhaupt kein Geheimnis, Hitler’s „Mein Kampf“. Es wurde aber auch aus antifaschistischen Schriften und Darstellungen Informationsmaterial bezogen. Ich kann mich sehr gut an eine Ausstellung erinnern, die in Pankow in der Kirche „Evangelisten“ stattfand, zu den großen Progomen im November 1938, wo Bilder verschwanden, die dort von Ausschreitungen der Nationalsozialisten gegen Juden gezeigt worden waren. Das wurde mir z.B. auch aus der Friedensbibliothek berichtet. Also, sie waren sehr findig auch Informationsmaterial zu bekommen. Schon damals war den Skinheads und Faschos gemeinsam, daß sie die DDR abgelehnt haben. Aber sie haben auch deutliche Vorbehalte gegen die westdeutsche Demokratie gehabt. Sie sind zwar für ein vereinigtes Deutschland eingetreten. So habe ich hier ein Zitat: „Wir treten ein für ein vereinigtes Deutschland, die ganze Linke, das kotzt einen ja an in diesem Scheiß Staat“ oder: „Rechtsradikal sein heißt, konsequent einzuschreiten, einzutreten gegen diese totalen Phrasenschreier, gegen die ganzen Ja-Sager, wir sind keine Ja-Sager, wir stehen zu unserer Meinung“. Eindeutig war, daß die Faschos für die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den

Grenzen von 1938 waren, dafür gibt es Belege und Hinweise. Es gab auch in gewissem Umfang, wobei auch das sehr schwer zu verifizieren war, zu jenem Zeitpunkt außenpolitische Aktivitäten. Konsequenterweise richtete sich der Haß der Rechten gegen die Siegermächte des zweiten Weltkrieges und da war eine rege Reisetätigkeit in sozialistische Nachbarländer auszumachen. Es gab offenbar Beziehungen zur ungarischen, tschechoslowakischen, baltischen und ukrainischen rechten Szene und den Austausch von Propagandamaterial, von Wehrsportausrüstungen und Waffen sowie den Versuch, eine gemeinsame Logistik aufzubauen. Wie gesagt, auch Kontakte zu den Skinheads und der politischen rechten Szene in der Bundesrepublik waren durchaus vorhanden, aber ich denke, daß die in der DDR immer überschätzt worden sind. Bezeichnend war ein ausgesprochener Antiamerikanismus und ich denke, daß auch Antisemitismus und Rassismus latent vorhanden waren, die aber, das sage ich jetzt ganz salopp „mangels Gegenständen fehlten“. Es gab wenig Ausländer und es gab fast keine Juden in der DDR, so daß es nicht zum Ausbruch kommen konnte, aber antisemitische Sprüche gehörten völlig zu dem Standard, zu den Werten dieser neuen Rechten. Sie wurden von den Mitbürgerinnen und -bürgern zunehmend als arbeitsame, ordentliche, disziplinierte junge Mitbürger akzeptiert oder wie mir das jemand aus dem Ministerium des Innern sagte: „Die antifaschistische Widerstandskraft in der DDR-Bevölkerung bröckelt ab“. Vieles, was uns von 1933 bekannt ist, kehrt wieder: deutsche Ideale, gesunde Lebensführung, körperliche Ertüchtigung. Sie selbst haben sich als Elite der deutschen Jugend verstanden. Persönlichkeitskultur und Kameradschaftsgeist waren solche Ideale. Natürlich hatten sie ein ausgesprochenes Elitebewußtsein, was auch eine unbedingte Gläubigkeit an die Ideen und Idole voraussetzte. Es gab bestimmte Bewährungsrituale ehe man in den engeren Kern aufgenommen wurde. Dazu gehörte es, wehrlose Leute, völlig Unbeteiligte also, zusammenzuschlagen. Es muß auch, dafür gibt es Hinweise, Führungsstrukturen gegeben haben, denn wenn ein Führer aus den Gruppen ausschied, war auf nicht nachvollziehbare Weise ein Nachfolger da, der in die Interna eingeweiht war, obwohl innerhalb der Gruppe auch eine strenge Konspiration vorhanden war. Also muß es damals irgendwelche übergeordneten Strukturen gegeben haben. Das ist aber, wie gesagt, aus dem Stand von 1988 nicht zu verifizieren gewesen. Interessanterweise haben die Rechten oft versucht, systematisch in die Volksarmee, die GST (Gesellschaft für Sport und Technik), eine paramilitärische Vereinigung, und in die FDJ reinzugehen und dort insbesondere als sogenannte „Ordnungskräfte“ zu wirken. Man hat dann also auch „den Bock zum Gärtner gemacht“. Das ist allerdings 1987/88 bekannt geworden, so daß man versuchte, diese „Ordnungskräfte“ zu unterbinden und innerhalb der Volksarmee wiederum gab es bestimmte Einheiten, z.B. die Fallschirmjäger, wo massiv junge Leute, die vorher Skinheads gewesen waren, auftauchten. Inwieweit das einfach durch die entsprechenden Anträge, die sie gestellt haben, gesteuert war, oder aber von Leuten die innerhalb der Volksarmee

bereits eine Truppe zusammengestellt hatten, ist natürlich aus der damaligen Sicht auch nicht zu beurteilen. Schließlich, ich komme zum Ende, obwohl noch viel zu sagen wäre, wäre noch interessant die Rolle, die diejenigen spielten, die verurteilt waren und die in Haft gekommen sind. Sie wurden zu wirklichen Märtyrern der Bewegung gemacht. Es war so, daß sie die Haft als ihre Akademie bezeichneten, d.h. innerhalb der Gefängnisse gab es Strukturen, das ist ja auch nach der Wende bekannt geworden, von Rechtsradikalen, die die ganzen Schlüsselpositionen besetzt hatten. Die waren die Kalfaktoren, sie waren diejenigen, die als Blockälteste das Sagen hatten und wer da nicht spurte, auch die entsprechenden Schulungen nicht mitgemacht hatte, hat unter Umständen auch schwer zu leiden gehabt. Ich kenne das von einem befreundeten Pfarrer, das ging bis dahin, daß Fäkalien getrunken werden mußten. Ich würde gerne noch, obwohl meine Zeit zu Ende ist, ganz kurz auf die Hintergründe eingehen. Darüber ist vorhin schon viel gesagt worden. Ich glaube, daß es ganz entscheidend gewesen ist, daß es 1945 in der DDR für viele nicht wirklich möglich war, umzukehren, eine wirkliche Abkehr vom Faschismus durchzumachen. Diejenigen, die es getan haben, waren dann sehr bald mit den Realitäten konfrontiert, daß der Antifaschismus in der DDR eben involviert war, der kommunistische Antifaschismus mit den stalinistischen Strukturen involviert war, der vom äußeren Erscheinungsbild her jedenfalls, und sicher auch von den Strukturen her, sehr viel Ähnlichkeiten hatte. Eine öffentliche Diskussion hat es nicht gegeben, die es möglich gemacht hätte, daß man das aufarbeitet, daß auch der kleine Mitläufer oder derjenige, der einfach nur geschwiegen hat, sich zu seiner Schuld hätte bekennen können. Wer das getan hätte, wäre nach Sibirien abgewandert, das ist auch hundertfach passiert. Ich denke, auch die Kirchen haben da versagt, bis auf Ausnahmen vielleicht mit dem was durch das Stuttgarter Schuldbekenntnis versucht wurde, was dann aber sehr schnell abgeriegelt wurde, und mit dem, was in „Aktion Sühnezeichen“ versucht wurde. Dazu kommt, aus meiner Erfahrung, daß diese übermenschliche Reinheit und die Edelmenschlichkeit, die die antifaschistischen Kommunisten für sich beansprucht haben, die dann natürlich an diesem Anspruch gemessen wurden, die aber mit der Realität nichts mehr zu tun hatte, viel dazu beigetragen hat, daß sich junge Leute abgewendet haben. Schließlich ein weiterer ganz wichtiger Punkt ist, daß sie natürlich in der Auseinandersetzung mit elterlichen und staatlichen Autoritäten wußten, womit sie diesen am meisten weh tun können, das waren eben faschistische Äußerungen oder sich als Faschist zu bekennen, und das sind neben anderen Gründen einige der Ursachen, weswegen es möglich war, daß es zu dieser Entwicklung kommen konnte. Mich hat es überhaupt nicht überrascht, was sich dann nach 1989 in der DDR abgespielt hat, wobei ich die Ereignisse von Treptow anders einordnen würde. Ich bin nach wie vor überzeugt, daß das nicht eine Aktion von Rechtsradikalen gewesen ist, sondern eine Aktion vom Staatssicherheitsdienst.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Konrad Weiß. Der letzte Kurzvortrag wird uns heute von Herrn Dr. Geiger gehalten. Herzlichen Dank, daß Sie aus der Hauptstadt in den Noch-Regierungssitz gekommen sind, wir sind gespannt, was Sie uns zu sagen haben.

Dr. Hansjörg Geiger: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die freundliche Begrüßung. Meine Damen und Herren, selbstverständlich will ich mich auch kurz fassen und den Berg, den ich vor mir liegen habe, nur teilweise angreifen. Ich kann aber sagen, für die die mehr wissen wollen, wir haben versucht, einen ersten Überblick über das, was wir wissen, in einer Analyse und in einem Bericht zusammenzufassen. Ein Mitarbeiter von uns hat eine erste vorläufige Broschüre mit dem Titel: „Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS“ geschrieben.

Manche Sachen, die ich heute sage, stehen da nicht drin, dafür noch viel mehr als ich Zeit habe. Das MfS hatte wohl mit den besten Überblick über das, was wir heute als Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus in der DDR bezeichnen. Das lag daran, MfS-typisch, daß das MfS immer versucht hat, von allem so viel wie möglich zu erfahren, aber auch die Reaktionen waren MfS-typisch. Man hat in erster Linie Symptome bekämpft, mit dem üblichen Einsatz an Mittel, auch Gewalteinsatz. Die Ursachen wollte man nicht wahrnehmen und wollte sie auch nicht erforschen, man hat Entsprechendes zum Teil auch abgeblockt, soweit Ansätze mal da waren. Die Bezeichnung „negativ dekadent“ bei Jugendlichen oder „Rowdytum“ ist so ein Hinweis, daß man das Ganze in eine Richtung drängen wollte, die weniger weh tut. Wir haben es vorhin gerade gehört, ich bringe nachher noch ein paar Beispiele. Das MfS hat letztlich im Sommer 1989, wie in einer Art Abschlußbericht, ich zitiere danach noch kurz daraus, letzten Endes auch nur den eigenen Mißerfolg dokumentiert. Wir haben mehrfach gehört, daß es spätestens in den 80er Jahren in der DDR Ansätze von Rechtsradikalismus unter Jugendlichen gab. Die Zahlen, die das MfS bisher genannt hat, schwanken zwischen 800 und 1100 und ich möchte mal, das ist etwas Neues, einen Überblick geben, weil es aus der heutigen Sicht interessant ist, wo wir heute Schwerpunkte haben und wo das MfS sie damals gesehen hat. Bei den Skinheads, die nur eine Gruppierung sind, die das MfS beobachtet hatte, haben wir in Berlin 447 vom MfS erfaßte Personen, in Rostock dagegen nur 9, Schwerin 3, Neubrandenburg 9, Potsdam, ein weiterer Schwerpunkt mit 120, das lag vielleicht auch an der Tatsache, daß man von Berlin aus das Ganze lange Zeit viel stärker ernst genommen hat, Frankfurt/Oder 82, Cottbus 53, Magdeburg 66, Halle 36, Leipzig 88, Dresden 45, Karl-Marx-Stadt nur 6, Gera 39, Erfurt 38, Suhl 26. Das ergibt zusammen 1067. Dazu kämen jetzt schon aus dieser Übersicht, die ich jetzt nicht dazu gezählt habe, Personen, die das MfS den Heavy Metals zugerechnet hat und die das MfS ebenfalls als rechtsradikale Gruppierung angesehen hat. Das MfS hat selbst erkannt, daß diese Zahlen der von ihnen erfaßten Personen nicht

abschließend sind. Denn in einer Untersuchung, die am 07.02.1988, aufgrund einiger Kontrolleinsätze in einigen Bezirksverwaltungen und insbesondere in Berlin durchgeführt worden ist, und die das Ziel hatte, in Durchsetzung der zentralen Aufgabenstellung, zu unverzüglichen Liquidierungen von jugendlichen Gruppierungen mit neofaschistischen, antisemitischen, ausländerfeindlichen Positionen, wurden auch Zahlen festgestellt. Dazu heißt es : „...darüber hinaus wurden weitere Personen in den operativen Materialien genannt, ohne daß eine konkrete Erfassung ersichtlich wurde". D.h., das MfS hatte dann selbst nicht die Zeit, daß es die inzwischen angefallenen operativen Personenkontrollen oder operativen Vorgänge oder Ermittlungsverfahren daraufhin durchsieht, um die weiteren Zahlen und Daten herauszusuchen. Außerdem hat das MfS festgestellt, daß die Kriminalpolizei eine eigene Dokumentation auch über Rechtsradikale hatte, eine sogenannte Dokumentation R. Ein Vergleich hatte ergeben, daß in einem Teilbereich, den das MfS gemacht hat, hier von 13 Personen nur bei dreien eine Übereinstimmung der beiden Listen da war, d.h., daß beide Organisationen durchaus mit unterschiedlichen Personen gearbeitet hatten. Ich will damit sagen, daß die Zahl 1067 sicher nicht die obere Grenze war. Dieser entstehende Rechtsextremismus hat – wie bemerkt – in den MfS-Archiven Niederschlag gefunden. Wie ist das MfS zu diesen Unterlagen gekommen? Nun, wie bei allen operativen Materialien bediente sich das MfS der üblichen Informationsquellen, insbesondere auch des Einsatzes inoffizieller Mitarbeiter und es ist interessant, daß ca. 10 bis 15 Prozent der erfaßten Rechtsradikalen gleichzeitig inoffizielle Mitarbeiter des MfS waren, wobei das in der Regel wieder keine Ausnahme war. In der Regel waren es Personen, die dem MfS als rechtsradikal aufgefallen sind. Es ging also weniger um eine Einschleusung in Gruppierungen, sondern daß man Leute, die man erkannte hatte, indem man ihnen die Straftaten vorgehalten hat oder sie sonst gefragt hat, versuchte als IM zu werben. 10 bis 15 Prozent ist ein relativ hoher Wert, man hat natürlich Postkontrollen durchgeführt, Telefonüberwachung und die sonstigen Überprüfungen. Die Akten, auch zum MfS, haben wir noch nicht vollständig erfaßt und insbesondere noch nicht vollständig ausgewertet. Beispielsweise wäre sicher auch interessant, welche Rolle die HVA (Hauptverwaltung Aufklärung) hier gespielt hat. Hier ist nur ein Papier aufgetaucht, das ein Übergabeprotokoll von Arbeitsmaterial der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus – Neofaschismus der HVA", kurz nach der Wende, an eine andere Einheit dokumentiert. Das zeigt also, hier muß gearbeitet worden sein, sonst wäre kein Arbeitsmaterial angefallen. Allerdings ist eine erste vorsichtige Einschätzung sicher möglich. Die Wahrnehmung des MfS ist geprägt von der Grundeinstellung des MfS und der SED-Führung zur Jugend. Sie gilt, wie bereits in einer Dienstanweisung aus dem Jahr 1966 des MfS festgestellt worden ist, als „für imperialistische Einflüsse anfällig". Das ist dann auch ein späteres Erklärungsmuster, zumindestens ein nach außen dargegebenes. Es heißt z.B. in diesem Papier: „Es ist zu berücksichtigen, daß die

sozialistische Erziehung der Jugend, unter der Bedingung der Existenz des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und der feindlichen Kräfte in West-Berlin und Westdeutschland sowie einzelner negativer und feindlich eingestellter Personen auf dem Gebiet der DDR erfolgt". Dann heißt es weiter: „...dem Gegner gelang es, auf einzelne jugendliche Gruppierungen und Jugendliche teilweise Einfluß zu gewinnen usw." Daran merkt man, daß es damals möglicherweise auch etwas ähnliches gab, was wir später als Rowdytum oder Rechtsradikalismus dargestellt finden, das zu bekämpfen war. Andererseits, das ist von meinem Vorredner, Herrn Weiß, schon gesagt worden, hat das MfS lange Zeit eigentlich keine systematische Erforschung dieser „negativ dekadenten" Jugendlichen vorgenommen, sondern hat alles, jetzt mal grob gesagt, was „aus-der-Reihe getanzt ist", unter einem einzigen Topf erfaßt und zunächst war da das Schreckenswort „Punk" und wir finden da ganz merkwürdige Papiere, übrigens bis zum Teil ins Jahr 1988 hinein, aus den Bezirksverwaltungen im Süden, da hatten sich die Erkenntnisse von Berlin noch nicht so durchgesetzt. Man hat 1986 in Berlin, häufig noch faschistoides Verhalten und das Linksradikale eines Punks zusammengeworfen, hat das wenig differenziert. Auf Seiten der Jugend entsprach dem in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Entstehung einer rechtsgerichteten jugendlichen Subkultur, die zunächst nach innen gerichtet war und in der politische Differenzen anfänglich keine große Rolle gespielt haben. Mitte der 80er Jahre fand, so kann man den Unterlagen entnehmen, eine stärkere Politisierung und Ideologisierung der rechten Subkultur statt. Aus dieser Subkultur wurde dann eine rechtsextrem-orientierte Bewegung. Wobei „Bewegung" mir jetzt fast ein bißchen zu bombastisch ist. Zum Teil war diese Bewegung auch auf eine Veränderung der Gesellschaft gerichtet, zumindest partiell läßt sich das aus Äußerungen entnehmen, ich zitiere nachher noch ein paar. Die Konfrontation zwischen Jugendlichen unterschiedlicher politischer Orientierung wurde schärfer, es kam vermehrt zu Gewalttätigkeiten gegen andere Jugendliche, gegen Uniformierte, gegen Ausländer, wir haben vorhin schon Beispiele gehört, und auch gegen Homosexuelle. Auch ein paar Beispiele dazu, die das ein bißchen noch verdeutlichen mögen, was passiert ist und wie das MfS manches gesehen hat. Das MfS sagte in einem Papier von 1988: „...Die Gefährlichkeit derartiger jugendlicher Gruppen, der Rechtsradikalen, ergibt sich nicht in erster Linie aus ihrem äußeren Erscheinungsbild, sondern durch ihre Methode öffentlichkeitswirksam vorgetragener Gewalttätigkeit, mit neofaschistischen Äußerungen verbundene Handlungen", und das MfS schreibt hier weiter, „Skinheads zeichnen sich durch übersteigertes Bewußtsein als Deutsche, verbunden mit Ausländerfeindlichkeit und Aggressivität, aus. Skinheads und skinheadähnliche Jugendliche verherrlichen den Faschismus bzw. einzelne Teilbereiche, dabei werden weniger die Verbrechen des Faschismus glorifiziert, sondern Erscheinungen wie Heldentum des deutschen Soldaten im zweiten Weltkrieg, deren Kraft und Stärke, Leistungsvermögen und Nationalstolz,

Zucht und Ordnung“ (das war ein Zitat aus einem MfS-Papier). Andererseits heißt es dann weiter in diesen MfS-Unterlagen aus 1988, und das macht vielleicht dann eine ganz andere Entwicklung deutlich: „Die überwiegende Mehrheit der Skinheads geht einer Arbeit nach. Im Gegensatz zu anderen negativ-dekadenten Jugendlichen zeigen sie zum Teil gute Arbeitsleistungen, Arbeitsdisziplin und werden in den Arbeitskollektiven anerkannt, ohne daß diese über ihre Freizeitaktivitäten informiert sind“. Das MfS zeigt dann auch die Beispiele auf, die z.B. schon angedeutet worden sind an faschistoider Gewalt. Das MfS beobachtet übrigens auch mit Sorge, daß inzwischen die rechtsradikalen Jugendlichen selbst auf staatliche Repressionen mit Gegenrepressionen antworten. Was vielleicht auch eine überraschende Erfahrung war, da normalerweise Repression im Regelfall dazu geführt hat, daß man zurückgewichen ist. So schreibt das MfS im gleichen Papier: „Von großer Bedeutung erweist sich, daß bei Reaktion seitens staatlicher Organe in den meisten Fällen mit einer Gegenreaktion genannter Jugendlicher zu rechnen ist“, und weiter heißt es dann mit Beispiel: „Ein Gaststättenverbot in Berlin-Hohenschönhausen nahm eine Gruppe von Skinheads zum Anlaß, sämtliche Thermo-Fenster, die waren besonders teuer, der Clubgaststätte zu demolieren.“ Es heißt weiter: „..., daß die Vorkommnisse mit öffentlichkeitswirksamen Charakter besonders mit brutaler Gewaltanwendung verbunden gewesen sind“. Und ich möchte dann noch ein paar Zitate aus Vernehmungen von jungen Skinheads vortragen, um auch das Bild noch etwas zu verdeutlichen, was das MfS wußte. Z.B. sagte ein Neunzehnjähriger: „Ich selbst bezeichne mich als Neonazi. An der faschistischen Zeit fand ich besonders gut, daß die Faschisten für ein sauberes Deutschland eintraten, weiterhin fand ich gut, daß sie die Weltherrschaft anstrebten und ein riesen Reich aufbauen wollten. Die KZ’s hätte ich nicht errichtet, wenn das Reich gestanden hätte. Die vernichteten Menschen ab 1933 wären besser an die Front geschickt worden. Gut fand ich die Lösung des Ausländerproblems in der faschistischen Zeit mit den KZ-Lagern“. Ein Einundzwanzigjähriger sagt laut Protokoll: „Die Ausländer sollen raus aus der DDR. Ich habe versucht, dem mit Schlägereien Nachdruck zu verleihen“, oder andere: „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“. Eine Frau, damit das Element auch nicht zu kurz kommt, betont ihre Einstellung wie folgt: „Ich bin auch so für KZ’s, denn ich bin der Meinung, daß wir dann solche Probleme wie Aids nicht hätten. Es wäre dann alles einfacher zu lösen. Es käme dann nicht zu einer Seuche, die kämen dann in den Ofen und fertig“. Oder ein Einundzwanzigjähriger, beide Elternteile Mitarbeiter des MfS, sagt: „Wir machen weiter. Wir sind Rebellen und dienen einer gerechten Sache. Skins voran. Wir sind die Elite. Terror gegen Terror, die Rache ist unser“. Man hört da richtig die Nazi-Sprache: „So wie sie gegen uns sind, dürfen sie nichts anderes erwarten, als daß Blut fließen wird, ihres und unseres. Sie werden uns einsperren. Sie werden uns zermürben, aber kapitulieren werden wir nicht und wenn es Rückschläge gibt, ist das für uns ein Stahlbad“. So gibt es noch

weitere Zitate. Bis 1987 wurde die Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR von der MfS-Führung kaum zur Kenntnis genommen. Als besonders gefährlich galten die bis dahin eher links eingestellten Punker. Sie finden Unterlagen, die von der Gefahr des linksradikalen Gedankenguts sprechen. Ausgerechnet in MfS-Unterlagen erwartet man nicht, daß Linksradikale eine so besonders große Gefahr bedeuten könnten. Das Feindbild änderte sich, wir haben das heute schon gehört, mit dem bekannten Überfall von Skinheads auf Besucher der Berliner Zionskirche im Oktober 1987. Dieses Ereignis war peinlich für die DDR-Führung, weil es ihre antifaschistische Selbstdarstellung in Frage stellte, und von da an hat sich auch das MfS vorrangig für Skinheads und nicht mehr so stark für Punker interessiert. Aber auch da wiederum merkte man, daß in den Bezirksverwaltungen im Süden selbst 1988 das ganze noch nicht klar getrennt war. Es gab daraufhin dann auch eindeutige Weisungen, jedenfalls vom Ministerium, sich mit faschistoiden Tendenzen bei Jugendlichen auseinanderzusetzen. Es wurden Aufträge gegeben zu umfangreichen Informationssammlungen und ich hatte vorhin aus einem 1988er Papier zitiert, wo es heißt, die Stützpunkte müssen liquidiert werden. Offiziell wurde vom MfS – ebenso wie von der SED und der FDJ – das Auftreten von Rechtsextremisten als Folge ideologischer Diversion aus dem Westen interpretiert. Intern wurde diese Behauptung bei der Beschreibung einzelner Fälle, zwar faktisch relativiert, es existierte aber im MfS keine fundierte Analyse dieses Phänomens, die den Mitarbeitern des MfS eine Orientierung hätte sein können. Es gab gelegentlich mal Aufstellungen: „Was ist ein Grufti? Was ist ein Punk? Was ist ein Heavy Metal? Was ist ein Skinhead?“ Aber das waren so kurze Absätze. Was sie wirklich für Zielvorstellungen hatten, und wie man denen beikommen konnte, war natürlich dabei nicht erarbeitet worden. Interessant ist, daß ist schon ganz kurz angeklungen, daß das Ministerium des Innern, die Hauptabteilung Kriminalpolizei 1988 den Versuch einer wissenschaftlichen Erforschung dieser Entwicklung gestartet hat. Weiter ist aber interessant, daß als die Untersuchung interessant zu werden drohte, nämlich als mit dieser Erforschung tatsächlich den Ursachen nachgegangen werden sollte, das ganze bei der Kriminalpolizei abgeblockt wurde. Bei der Hauptabteilung der Kriminalpolizei des Innenministeriums wurde ein anderer Gesprächspartner für den Institutsleiter an der Humboldt-Universität, der damit beauftragt war, das zu betreuen, eingesetzt. Der hielt das ganze für überzogen und in seinen Äußerungen machte er deutlich, daß der ganze Forschungsansatz falsch sei. Beispielsweise wurde das wie folgt formuliert: „...Genosse Schmid brachte bei diesem Gespräch des weiteren zum Ausdruck, daß bei Skinheads bisher keine politischen Motive nachweisbar gewesen sein sollen, genau das sollte erforscht werden, und daß es keinerlei politische Hinweise auf eine Beeinflussung gebe. Diese und ähnliche Äußerungen verstärkten in mir den Eindruck, daß dieser Genosse, ungeachtet der ihm übertragenen Verantwortung, nicht genügend dienstlich informiert war“. Das heißt: Man wollte hier nichts wissen. Man sah

die Gefahr, daß möglicherweise interessante Dinge zutage treten könnten. Ein Grund dafür dürfte die Verdrängung gewesen sein. Der Rechtsextremismus in der DDR, wir haben es heute schon gehört, verstieß wohl einerseits fundamental gegen den Versuch, sich als antifaschistischer Staat zu präsentieren, andererseits hatten die von den Rechtsextremisten gepflegten Sekundärtugenden Ordnung, Sauberkeit, Gehorsam, Fleiß eben auch eine ideologisch gefährliche Nähe zu manchem, was man vom Bürger erwartet hat. Interessant ist auch, daß sich aus den Unterlagen ergibt, daß auch am Arbeitsplatz häufig wenig Bereitschaft bestanden hat, sich mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen, mit den Jugendlichen zu diskutieren. Diese positiven Sekundärtugenden waren damit einer der Gründe. Andererseits war auch interessant, daß, als das MfS zumindestens schon ab 1987 begonnen hat, sich kritisch dieser Richtung zu nähern, MfS intern kritisiert worden ist, daß zumindest die Deutsche Volkspolizei sich zu wenig dieser Thematik gestellt hat. In einer MfS-internen Information über ein Vorkommnis am Alexanderplatz, dieses MfS-interne Papier ist vom 24. August 1988, wird beispielsweise kurz beschrieben, was am Alexanderplatz geschehen ist und dann kurz die durchaus kritische Reaktion: „Am 22.08.1988 erschienen ca. 15 Skinheads gegen 17.15 Uhr im Bereich der SB-Gaststätte der HO-Gaststätte (HOG) Alex-Treff und verlangten nach Alkohol. Als dieser verweigert wurde, drohten sie erneut, das war Tage vorher schon passiert, mit Tätlichkeiten, zogen sich dann aber zunächst wieder zurück. Gegen 22.40 Uhr erschienen die gleichen Skins jedoch erneut vor der HOG und fingen, nachdem ihnen Alkohol weiterhin verweigert wurde, ein Handgemenge mit uniformierten Armeeangehörigen an. Als daraufhin erneut das VPR 13 verständigt und um Hilfe gebeten wurde, lehnte die VP dies ab und kommentierte dies mit den Worten: 'Ihr wollt uns wohl verarschen! Wir sind doch nicht eure Prügelknaben!' Und dann heißt es hier weiter durchaus systemkonform: „Unter den Mitarbeitern der HOG, wie auch den Gästen und Passanten, wurde das Auftreten der Skinheads einmütig verurteilt und als Schande empfunden. Größeres Unverständnis wird aber auch gerade deshalb gegenüber dem scheinbar desinteressiertem Verhalten der VP gezeigt, da gerade in dem Zentrumsbereich derart massives Auftreten von Skinheads sehr publikumswirksam ist". Man spürt hier Versuche einer vorsichtigen Kritik an der DVP. Da gibt es noch einige weitere Unterlagen. Selbst nach dem Vorfall in der Zionskirche, als dann Arbeitsgruppen gebildet worden sind, wird gerügt, daß die DVP den Rechtsradikalismus nicht genügend ernst nimmt, daß sie ständig die Kader auswechselt, die dann neu eingearbeitet werden müssen, daß hier der entsprechende Zug, der entsprechende Druck fehlt, den man zumindest in Teilbereichen des MfS als notwendig erkannt hatte. Der Maßnahmenkatalog des MfS gegen rechtsextrem-orientierte Jugendliche reicht von der Überwachung durch IM, ich habe vorhin die Zahlen genannt, Vorladung zu Einschüchterungsgesprächen, das ergibt sich aus den MfS-Unterlagen, über die Einberufung zur NVA, auch das war ein Weg, der

Inhaftierung beim Nachweis von Straftaten oder die Streuung von Gerüchten, jemand sei Stasispitzel, um ihn dann aus der Gruppierung herauszudrängen, bis hin zur Genehmigung von Übersiedlungsanträgen. Daß gerade das aber nicht die Lösung des Problems war, zeigt sich darin, daß das MfS festgestellt hat, daß gerade von den Übergesiedelten besondere Kontakttätigkeiten zu den Bürgern, die zu den Rechtsradikalen gehörten, die weiter in der DDR geblieben waren, ausgingen. So heißt es beispielsweise in einem Papier vom 10. April 1989, eine streng geheime Information der Hauptabteilung XX: „Einen Schwerpunkt gegnerischer Kontaktpolitik und Tätigkeit, insbesondere hinsichtlich der existierenden Verbindungen zwischen Skinheads in der DDR und denen im Operationsgebiet, hauptsächlich in West-Berlin, üben übergesiedelte ehemalige DDR-Skinheads aus“. Was ganz praktisch war. Man konnte auf der einen Seite nach außen sagen, man sieht, es ist jetzt die Infiltration aus dem Westen, in Wirklichkeit war es eigentlich nur das Exportgut, das weitere Wirkung hatte. Hier heißt es weiter: „Diese aktiven Rückverbindungen sind zunehmend und operativ bedeutsam.“ Das Scheitern der Anfang 1988 verschärften Repressionspolitik ist daran ablesbar, daß die rechte Szene in den folgenden Monaten bis zum Herbst 1989 weiter gewachsen ist, sich ideologisch und organisatorisch verfestigt hat. Vom MfS wurde die Bedeutung dieser Entwicklung unterschätzt. Kriterium seiner Politik bzw. Berichterstattung war, daß die Zahl der öffentlichkeitswirksamen Aktionen zurückgegangen war. Die Zahlen selbst, die man aus den MfS-Papieren entnehmen kann, sprechen jedoch eine andere Sprache. Man sieht hier sehr wohl, bei dem Vergleich, daß selbst die Zahlen bei den registrierten, erfaßten Neofaschisten steigen. Außerdem hat das MfS selbst beobachtet, daß infolge der Repressionsmaßnahmen ein teilweises Abtauchen ins Private zu beobachten war, um staatlichen Repressionsmaßnahmen zu entgehen. So schreibt das MfS in einem Papier vom 12.08.1988: „Die bestehenden Gruppierungen, Gruppenstärke in der Regel 4-8 Personen, haben sich zu einem großen Teil aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und führen ihre Zusammenkünfte in Wohnungen durch bzw. sind bestrebt, dort, wo sie öffentliche Gaststätten oder andere Einrichtungen nutzen, nicht kriminell in Erscheinung zu treten. Daraus resultiert, daß das gewaltorientierte und aggressive Verhalten bei Jugend-, Tanz- und anderen Veranstaltungen, in Bars, Gaststätten, Kulturhäusern, Jugendcafe’s und anderen Einrichtungen spürbar zurückgegangen ist.“ Es heißt dann aber weiter: „Die Anzahl der Skinheads hat in Berlin trotz verstärkter gesellschaftlicher Einflußnahme nicht abgenommen. Ausscheidende, einberufene, inhaftierte und übergesiedelte Skinheads werden durch nachwachsende Jugendliche zahlenmäßig ersetzt. Die von den Skinheads ausgehende Gewalt, auch wenn sie nur latent oder verbal vorhanden ist, zieht besonders 15 bis 17jährige Jugendliche an, und läßt sie zu Mitläufern und Sympathisanten und später zu integrierten Gruppenmitgliedern werden“. Zum Schluß vielleicht noch einen Überblick vom MfS selbst und zwar ein Abschlußbericht des MfS zu seiner Tätigkeit

vom 10.04.1989. Hier heißt es: „Im Ergebnis der politisch operativen Arbeit konnten zum Erscheinungsbild und zum Auftreten der Skinheads folgende neue Erkenntnisse gewonnen werden: Das skinheadtypische Aussehen hat sich insgesamt gewandelt. Ein echter Skinhead ist nicht nur derjenige, der mit Glatze, Bomberjacke, Natohose und Schnürstiefeln in Erscheinung tritt, obwohl dies das klassische Modell bleibt, Skinheads treten heute mit den für die Hitlerjugend typischen Kurzhaarfrisuren, begleitet mit Baseballmützen, Baseballjacken und Jogginganzügen in Erscheinung. Durch Veränderung ihres äußeren Erscheinungsbildes versuchen sie eingeleiteten Maßnahmen zu entgehen.“ Oder zweitens: „Der größte Teil des ursprünglich harten Kerns der Skinheads läßt durch sein Verhalten, auch in den Strafanstalten, erkennen, daß sie nicht bereit sind, ihre Anschauungen zu ändern.“ Inoffizielle Hinweise belegen, daß stabile Informationsbeziehungen zwischen inhaftierten Skinheads und den in Freiheit befindlichen existieren. Aus den Haftanstalten entlassene Skinheads werden wieder in ihre alte Gruppe integriert, Beziehungsmuster gab es also weiter. „Des weiteren liegen Hinweise vor, daß es einigen inhaftierten Skinheads auch in den Untersuchungshaftanstalten und Strafvollzugsanstalten gelingt, Anhänger und Sympathisanten zu gewinnen. Die Tendenz, sich in Gruppen zusammenzuschließen, hält an. Nach wie vor bestehen zahlreiche Kontakte und Verbindungen der Skinheads innerhalb der DDR und schließlich die überwiegende Mehrheit der Vorkommnisse mit Skinheads waren faschistische, rassistische und nationalsozialistische Äußerungen, zum Teil verbunden mit Tätlichkeiten gegen ausländische Bürger, Angehörige bewaffneter Organe und andere Bürger, vor allem gegen Punks und Homosexuelle sowie rowdyhaftes Handeln in der Öffentlichkeit. Dabei ist festzustellen, daß die brutale Gewalt bei Vorkommnissen zunimmt, wie am 10.04.1989. Es liegen operative Hinweise vor, nach denen sich die Skinheads in konspirativen Räumlichkeiten Fertigkeiten in Kraft- und Kampfsportarten aneignen, um bei Auseinandersetzungen körperlich überlegen zu sein. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß der betreffende Personenkreis gewalttätige Auseinandersetzungen zunehmend mit technischen Hilfsmitteln, analog der BRD bzw. der Westberliner Skinheadszene, führen will, Baseballschläger, Schlagringe und Rasierklingen“. Und eine kleine Notiz am Rande, die in dem Zusammenhang ganz interessant ist. Ein vom Landgericht Frankfurt/Oder wegen Mordes an Afrikanern unlängst verurteilter, neofaschistischer Jugendlicher war bereits seit 1988 in einem operativen Vorgang der BV Frankfurt/Oder bearbeitet worden. Eine letzte Notiz, die das Bild der DDR vielleicht auch unter dem Antifaschismus etwas deutlicher macht. In einem abgefangenen Schreiben an Markus Wolf, in dem eine jüdische Mitarbeiterin sich beklagt, heißt es hier in den MfS-Papieren der Auswertung weiter: „Die Schreiberin beruft sich auf ein Gespräch, welches sie mit Ihnen geführt hat“. In ihrem Schreiben an Markus Wolf bittet die Frau um seine Unterstützung für einen XY und jetzt kommt es: „....der am Gedenktag für die Opfer des Faschismus mit einem

selbstgefertigten Plakat gegen Neofaschismus in der DDR protestierte und sich seit dem 13.10.1989 in Untersuchungshaft befindet". Auch das sind so Sachen, wir sprechen über Verdrängung von Neofaschismus in der DDR, das ist auch ein Beispiel von Parallelität. Auf der einen Seite sieht man sehr wohl beim MfS, daß neofaschistische Jugendliche eine Gefahr für andere Jugendliche sind, daß es das Image des Staates schädigt und daß man dagegen vorgehen muß mit unterschiedlichen Mitteln, auf der anderen Seite wird gleichzeitig auch gegen Leute vorgegangen, die exakt diesen neue entstehenden Neofaschismus anprangern.

Vielen Dank!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Dr. Geiger. Vier Meldungen liegen mir vor, jetzt fünf. Der erste ist Herr Dr. Kahl.

Abg. Dr. Kahl (CDU/CSU): Ja, ich habe eine Frage an Herrn Weiß. Herr Weiß, Sie waren ja in einem sehr sensiblen Bereich tätig. Im Bereich „Film und Fernsehen" und dieser Bereich unterlag ja ganz besonderer Kontrolle. Nun hatten Sie sich noch einem Thema verschrieben „Faschismus/Rechtsradikalismus", das besonders brisant war. Mich würde einmal interessieren: Haben sie diesen Film im Auftrag gemacht oder ist der Film ein Ergebnis verschiedener eigener Recherchen gewesen, wobei Sie möglicherweise auch zu Ursachen gekommen sind, die dem SED-Regime sicherlich nicht so ganz genehm waren? Inwieweit konnten Sie innerhalb dieses Films diese Auseinandersetzung führen oder waren Sie nur verpflichtet, die SED-Meinung zu transportieren, was ja unter Umständen im Widerspruch zu Ihren eigenen Intentionen gewesen wäre?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Markus Meckel, bitte.

Abg. Meckel (SPD): Ich denke, es war sehr wichtig, daß wir auch diesen Nachmittagsteil noch gehabt haben. Ich möchte zwei kurze Fragen stellen.

Vielmehr eine Frage stellen und eine Bemerkung machen.

Einmal im Bezug auf die Ereignisse, die ja in mehrfacher Weise angesprochen worden sind über Aktivitäten von Skinheads. Ich habe 1988 etwas gehört, aber dies war damals eben auch nur gerüchteweise möglich, und ich wollte fragen, ob es da neuere Erkenntnisse gibt, daß es gerade nach den Ereignissen an der Zionskirche Kontakte gegeben hat?

Also, mir war erzählt worden, daß in Pankow bei einem Treffen von alten FDJ-Funktionären eine Reihe von Gesichtern aufgetaucht wären, die von Skinhead-Aktionen bekannt waren. Das hat uns damals zu der Vermutung veranlaßt, die bis heute bei mir unbestätigt geblieben ist, daß es auch in dieser Weise eine Instrumentalisierung der Skinheads gab. Nicht, daß man sich mit ihnen voll auf die gleiche Stufe stellte, aber eine Instrumentalisierung zumindest einzelner Personen und einzelner Aktivitäten und möglicherweise

ihre Lenkung durch den Staatsapparat und verschiedene Teile. Für mich wäre es interessant zu hören, ob es darüber neuere Informationen gibt.

Als zweites eine kurze Bemerkung, die sich überhaupt mit der Ausländerfeindlichkeit befaßt.

Für mich war es doch sehr erschreckend zu hören, im Winter 1989/1990, daß Freunde, die in der DDR studiert hatten und aus Mosambik kamen, zu den von uns veranstalteten Demonstrationen sagten: „Bei diesen Demonstrationen fühlten wir uns nicht wohl". Ausländer waren in der DDR – wie vorher in der beschriebenen Weise – durchaus auch zum Teil ghettoisiert. Ich will die Situation der Vietnamesen und der Mosambikaner jetzt nicht im einzelnen darstellen. Festzustellen ist wohl, daß die Situation für die Ausländer seit Herbst 1989, das sollten wir auch, gerade wenn es um diese Zeit geht, festhalten, viel schwieriger geworden ist. Das heißt: Zur Demokratie gehört auch, daß wir uns stärker gegen Ausländerfeindlichkeit wenden müssen. Ich denke, daß wir das festhalten sollten.

Dankeschön!

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Weiß, ich habe eine Frage im Hinblick auf die Problematik dieser verschiedenen, von Ihnen geschilderten Erscheinungsformen von Jugendlichen, in unser Kategoriesystem einzuordnen. Vielleicht kann man generell von vier Kategorien ausgehen, den Rowdies, die kann man zunächst einmal abtun, dann würde ich im Sinne dessen, was wir heute Vormittag diskutiert haben, meinen, Rechtsradikale, eine Steigerung wären Faschisten, nicht zu vergleichen mit der letzten, entscheidenden Kategorie, den Neonationalsozialisten oder Neonazis. Wenn man das versuchen würde, müßte man bei der härtesten Gruppe fragen und das wäre jetzt das, was ich gerne von Ihnen hören würde.

Was kann man aussagen im Hinblick auf die radikalste Gruppe, nämlich die Neonazis, was die Feindbilder angeht?

Wir wissen, daß der Kernglaube der Nationalsozialisten einmal die überlegene Rasse, der Raum und dann der Krieg als Mittel der Politik gewesen ist. Wobei bei der Rasse nun das bemerkenswert Erschütternde war, daß es sich nicht nur darum handelte, daß man es mit einer Opposition und mit Gegnern zu tun hatte. Das war bei den Faschisten der Fall. Sie haben sich entsprechend ihren Oppositionsgruppen gegenüber verhalten, im Gegensatz zu den radikalen Nationalsozialisten, die ja bei dem Feindbild dies immer mit der Vernichtung des Feindes verbanden. Das ist eine ganz andere Kategorie. Was gibt es nun im Hinblick auf die Gruppen, die sie untersucht haben, wenn man von ihren Feindbildern ausgeht, zu sagen? Sie haben von Feindlichkeiten gegenüber Amerika und von Antisemitismus gesprochen. Aber wieweit gehen Sie in Ihrer

Aussage? Kann man hier Vergleiche mit den radikalen Nationalsozialisten ziehen? Das heißt, würden sie auch sogar bereit sein, den eigentlichen Gegner physisch zu vernichten, wenn sie sich auch gleichzeitig in der Sprache zurückhalten? Oder gehen die mehr im Sinne des Faschismus, das heißt, direkte Angriffe gegen die oppositionellen Gruppen, vor? Rowdies und Rechtsradikale würde ich hierbei gerne einmal ausklammern wollen. Mir geht es einfach nur um die Frage des erkennbaren Feindbildes bei der radikalsten Gruppe. Es wäre natürlich darüber hinaus auch noch interessant von Ihnen zu hören, wieweit das soziale Umfeld bei diesen Gruppierungen eine Rolle spielt. Denn wenn diese Gruppen wirklich politisch relevant werden sollten, wäre die Frage der Effizienz abzuleiten von den Problemen der sozialen Lage, so wie wir es etwa in den Jahren der Weimarer Republik gehabt haben. Einer der wesentlichen Gründe für den Aufstieg der Nationalsozialisten war die wirtschaftliche und soziale Lage, die durch bestimmte Parolen zunächst angeheizt und durch bestimmte Maßnahmen überwunden werden sollte. Also zunächst konkret die Frage nach dem jetzt erkennbaren Feindbild.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau von Renesse, bitte.

Abg. Frau von Renesse (SPD): Meine Frage vor dem Hintergrund der Tatsache, daß eigentlich das, für mich jedenfalls, Erschreckendste ist, daß in zwei völlig verschieden verfaßten Gesellschaften, das Problem der, inzwischen unter Jugendlichen erheblich verbreiteten, rechtsradikalen Gewaltbereitschaft vorhanden ist. So einfach, wie man sich es gerne nach Hoyerswerda und Rostock gemacht hätte, scheint die Sache nicht zu sein. Und darum frage ich: Die Zahl 1067, die Sie genannt haben, Herr Dr. Geiger, ist die verifizierbar? Muß man die hochrechnen? Und wie bewerten Sie sie im Vergleich zu möglicherweise im Westen vorhandenen, auch in der damaligen Zeit, also etwa 1988, schon registrierten rechtsradikalen potentiellen Gewalttätern? An sich kann ich mir zunächst einmal vorstellen, wenn es wirklich 1067 waren auf 16 Millionen, das ist eine Quantité négligeable.

Zweite Frage: Ich höre, daß sagten Sie beide, daß die Stasi-Familie dabei einen hohen Prozentsatz als Herkunftsfamilie ausmacht. Da könnte man es sich auch wieder leicht machen und sagen: Aha, das ist also die Ideologie und alles drum und dran. Kann es sein, das ist ja oft nicht monoklausal, daß das berühmte Lehrer-Kind-Phänomen dabei eine Rolle gespielt hat? Das heißt, die Angstfreiheit bestimmter Nachkommen vor der Institution, die ihre Eltern repräsentierten, die man eben auch im Pyjama kennt und die man ganz besonders schön ärgern kann. Ich frage das, weil ich es mir nicht so einfach machen will, mit der sehr schnellen Zuschiebung der Probleme.

Und ein letztes, wir haben im Westen, insbesondere in den 80er Jahren, da sind meine Kinder in die Schule gegangen, deswegen kenne ich das sehr genau, eine sehr intensive Beschäftigung in den Schulen mit dem Dritten Reich gehabt, mit dem Ergebnis, daß, wenn man seine Kinder fragte: Wer

war Paulus? Die Antwort war: Ach, das war der General, der die 6. Armee bei Stalingrad geführt hat. Das war wirklich fast extrem, man mußte schon anderes „beifüttern“ als Familie, damit das überhaupt noch ein komplettes Bild gab. Gleichwohl gab es ähnliche Phänomene und meine Frage lautet: Könnten sie sich vorstellen, daß es ein Klima gibt, in dem so etwas wirklich zurückgedrängt wird? Ist die, von Frau Professor Wisniewski zu Beginn genannte Hochrechnung im Hinblick auf das rechtsradikale Potential heute, realistisch? Sind da nicht auch ganz andere Ursachen, die sozusagen nach der Wende entstanden sind, wie verunsicherte Eltern, die nach ihrer Identität suche, der Autoritätsverlust der Erwachsenenwelt vor allem aber auch der Lehrer und der Zusammenbruch der Jugendfreizeit etc. mitzuerwähnen, wenn man dieses Phänomen richtig einordnen will?

Und die letzte Frage, insbesondere an Herrn Weiß: Gab es so etwas wie eine staatlich geförderte Ausländerfeindlichkeit? Herr Meckel sprach vorhin von Ghettoisierung bei bestimmten Ausländern, aber ich denke hier insbesondere auch an die Polen-Aversion, die in Deutschland klassisch ist, schon seit Jahrhunderten, die ja meines Erachtens auch noch nach der Wende von Seiten der Modrow-Regierung als Erklärungsmuster für bestimmte wirtschaftliche Phänomene eine Rolle gespielt hat?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Dr. Wilms, bitte.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Herr Geiger, mich würde noch einmal interessieren: Gibt es bei den Unterlagen, die sie jetzt vorgefunden haben, irgendwelche Erklärungen für die Motivation oder sind das eben nur diese Beschreibungen und dann operative Vorgänge? Gibt es hier auch Erklärungsmuster, die sie gefunden haben? Zweite Frage, die sie vielleicht gar nicht beantworten können, weil es nicht in ihre Behörde fällt: Kann man Linien ziehen von den Orten, wo schon in DDR-Zeiten im alten Regime Rechtsradikalismus, ich sage das einmal als Sammelbegriff, auftrat, hin zu den Orten, wo das heute verstärkt auftritt? Ich weiß, daß es nicht Aufgabe ihrer Behörde ist. Vermuten sie hier etwas oder würden sie sich lieber zurückhalten?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Prof. Weber, bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Das war eigentlich meine Frage. Aber ich will es ein bißchen ergänzen. Es ist ja so, wie man nach dem Verbot dieser rechtsradikalen Vereinigungen gesehen hat, daß es ja regional-lokale Schwerpunkte gab und da wäre die Frage: Kann man da vielleicht doch traditionelle Linien ziehen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Barbe, bitte.

Abg. Frau Barbe (SPD): Noch eine Bemerkung zu dem, was hier gesagt worden ist, zu dem was Frau von Renesse und Herr Meckel ansprachen. Es betrifft noch einmal die Ausländerfrage: Es ist tatsächlich so, daß nach der Öffnung der Grenze zu Polen, es ein Phänomen war und daß wir sehr

viele unangenehme Witze hatten, z.B. was die Polen betraf und auch die Meinung sehr verbreitet war, daß es ja kein Wunder sei, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR sich abzeichnet, weil die Polen uns alles wegkaufen. Das war sehr verbreitet und ich habe mich darüber immer sehr geärgert, weil es auch aus Kreisen der SED kam und von dort auch gerade diese Stimmungslage kam. Und zum anderen, wenn ich heute darauf hinweise, auch bei Gesprächen mit Jugendlichen, daß Ausländer in Ghettos gehalten worden sind, also wirklich in diesen Ausländerwohnheimen, wo sie nur ein Bett und einen Nachttisch hatten, wo Frauen, als sie Kinder bekamen, nach Vietnam zurückgeschickt wurden, daß man das heute vielfach gar nicht mehr hören will, weil eine Integration, eine richtige Integration, ja gar nicht möglich war. Auch das sollte man jetzt immer wieder bedenken. Es ist auch eine Ursache für den jetzigen Umgang mit Ausländern, denn wenn Menschen, die es nie gelernt haben mit anderen Kulturen zusammenzukommen, sich auf einmal intensiver um sie kümmern, dann wird das schwierig. Es ist einfach so, daß es ein Prozeß sein wird und daß es sehr lange dauern wird, bis das in der Gesellschaft einen ganz anderen Klang haben wird. Die Kirchen waren bestrebt, eine Zusammenarbeit mit Ausländern zu entwickeln und das auch gegen große Widerstände. Das ist das eine und zum anderen noch einmal das, was Margot von Renesse ansprach: Die Ursachen des Gewaltpotentials sind noch ein bißchen unterschiedlicher zu sehen. Nach den Statistiken, die ich jetzt aus dem Innenausschuß kenne, zeigte sich deutlich, daß Gewalt, die Zahl der Gewaltanwendungen von Rechtsradikalen in den letzten Jahren in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern um ein vielfaches höher war, als in sämtlichen anderen Bundesländern. Also diesen Tatbestand muß man schon einmal betrachten und die Frage stellen: Warum? Und dann ist auch bei den Statistiken herausgekommen, daß die Gewaltschwelle im Osten sehr viel niedriger ist als im Westen. Und sicherlich spielt es auch eine ganz große Rolle, daß Jugendliche bei uns ja nicht nur diesen Bruch vom Kindsein zum Erwachsensein verkraften müssen, sondern auch diesen Bruch in ein ganz anderes Gesellschaftssystem so plötzlich hinüberzugehen. Mit all' den Unsicherheiten, die jetzt da sind, Arbeitslosigkeit, also die ganzen sozialen Fragen. Es ist nicht zu unterschätzen, denn es ist sicherlich sehr wichtig und das muß man mitbedenken. Aber für mich ist auch die Frage wichtig: Inwieweit spielt es eine Rolle, und das ist jetzt die Frage an Herrn Konrad Weiß, welches Vorleben eben auch Eltern haben? War es nicht der größte Tabubruch, den Jugendliche überhaupt begehen konnten, wenn sie den Staat an seiner empfindlichsten Stelle treffen konnten, nämlich an der Stelle „Antifaschismus"? Das härteste Dagegensein war, sich rechtsradikal zu geben bzw. Neonazi oder Skinhead zu sein.

Und eine Frage noch an Herrn Dr. Geiger, ganz kurz nur, es ist mehr am Rande, betrifft uns aber in der Frage der Erarbeitung von Expertisen. Wir

haben alle einen Brief von Katrin Eigenfeld bekommen, die im Außenarchiv in Halle arbeiten wollte, weil sie eine Expertise dort erarbeiten will, aber keine Chance hatte dort zu arbeiten, weil der Zustand dort wohl so schwierig und so schlecht ist. Meinen Sie, Herr Geiger, daß es günstig wäre, wenn wir von der Enquete-Kommission dann noch einmal eine Empfehlung aussprechen, daß es dort zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Zustandes der Gebäude kommen müßte? Wäre eine Empfehlung sinnvoll? Dazu würde ich Sie gerne noch einmal hören.

Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auf meiner Liste stehen noch fünf Menschen. Ich bitte diese fünf um Solidarität und zwar in der Art, daß Herr Geiger spätestens um 15.15 Uhr diesen Raum verlassen muß. Er sollte vorher noch die Chance haben, antworten zu können. Ich bin gespannt, was Herr Hansen daraus macht.

Abg. Hansen (FDP): Meine Frage zielt auf die politische Relevanz der Szene und ich will auch durchaus gezielt, ganz provokatorisch fragen: Wir haben hier ein Themenfeld „Oppositionelles und widerständiges Verhalten“, sehen Sie hier Verbindungslinien?

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Herr Dr. Geiger, kann man sagen, daß eigentlich schon seit den 60er Jahren etwa Spuren solcher rechtsradikalen oder extremistischen Dinge vorhanden sind? Sind es dann wirklich nur Jugendliche, die da beteiligt waren? Und schließlich doch noch einmal die Frage nach der Tradition der Elternhäuser: Gibt es vielleicht auch so etwas, Herr Weiß sagte es, wie die Information, die sich auch offenbar in den Elternhäusern gewinnen ließe? Und Herr Weiß, Sie erwähnten, daß namentlich auf Fußballplätzen und ganz speziell auf diesen Stasi-Dynamoplätzen solche Ausschreitungen stattfanden, wie ist denn das zu bewerten? Waren das besondere Mutproben oder hing das vielleicht auch mit der Demonstration von Nationalbewußtsein zusammen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Martin Gutzeit, bitte!

Sv. Martin Gutzeit: Ich will jetzt noch einmal, sowohl auf die soziale Herkunft als auch auf die Biographie hin, fragen. Es ist hier schon erwähnt worden, daß viele Jugendliche aus gewissen Stasi-Familien kommen, aber lassen sich auch konkrete Angaben machen aus welchen sozialen Schichten, aus welchen Bereichen die Leute kommen, welchen geistigen Hintergrund das Elternhaus hat, welche sozialen Bindungen usw., kann man das noch etwas näher erfahren? Und dann natürlich die Frage, für mich wäre es interessant zu wissen: Wie ist denn die Biographie nach den Unterlagen, die da vielleicht vorhanden sind? Mit welchem Alter kommt da was hinein? Wo sind die Informationszugänge, also wie kommen diese Ideen rechtsradikaler Art zu den Jugendlichen, in welchem Alter und wie entwickelt sich das? Das würde ich gerne noch ein bißchen näher hören.

Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dr. Faulenbach, bitte!

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich hätte auch gerne die Phänomene, die wir hier beschrieben bekommen haben, noch etwas mehr erklärt. Deshalb noch einmal an Herrn Weiß die Frage: Wie würden Sie denn die Ursachen bei den Phänomenen gewichten, die Sie beschrieben haben? Wir haben es mit Phänomenen des Rechtsradikalismus in verschiedenster Form in vielen Industriegesellschaften zu tun. Wieviel, würden Sie sagen, ist durch die modernen Industriegesellschaften und ihre Probleme verursacht worden? Wie hoch würden Sie diesen Anteil gewichten und wie hoch gleichsam den spezifischen DDR-Anteil an den Phänomenen, die Sie hier beschrieben haben? Inwieweit handelt es sich um, genauer gefragt, Proteste gegen die DDR-Gesellschaft oder bestimmte Aspekte, die sich in Tabuverletzung ausdrücken? Inwieweit handelt es sich um eine Wendung spezifischer Art, wenn ich das richtig verstanden habe, auch gegen den Antifaschismus und gegen den Internationalismus? Inwieweit sind die Phänomene gleichsam ideologisch vermittelt, inwieweit ist eine Zielsetzung genuin-faschistischer Art feststellbar? Da wäre dann weiter zu fragen: Warum greifen die Leute das auf? Also diesen Zusammenhang von generellen Phänomenen und spezifischen DDR-Phänomenen, dann innerhalb der DDR allgemeinen gesellschaftlichen Phänomenen und gleichsam mehr ideologisch geprägten Phänomenen hätte ich ganz gerne bestimmt.

Schließlich: Spielt nicht auch eine gewisse Imitation, auch westlicher Phänomene, eine Rolle? Wie würden Sie die gewichten? Denn Skins sind nun mal ein Phänomen, das es im Westen gegeben hat und in der DDR imitiert worden ist. Also diese Komponenten hätte ich gerne noch einmal von Ihnen gewichtet.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Martin Passauer, bitte!

Sv. Martin-Michael Passauer: Ich habe zwei Fragen. Die eine Frage richtet sich an Konrad Weiß. Da geht es um die Zustimmung der Bevölkerung oder das Verhalten der Bevölkerung. In meiner Erinnerung war das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Skins im allgemeinen wohlwollender als gegenüber den Punks oder den Gruftis oder den Heavyns, weil die Skins ja eine Form von Tugenden vermittelten, die, jedenfalls nach außen, für manche ausgesprochen akzeptabel waren. Sie hatten vorher, ganz sicher bei dieser Aktion auf dem Alexanderplatz, davon gesprochen, daß die Bevölkerung ablehnend war, das richtete sich ja hauptsächlich gegen die Gewaltbereitschaft und nicht so sehr gegen die eigentlichen inhaltlichen Themen.

Die zweite Frage hängt damit zusammen. Mich beschäftigt die Frage: Rechtsradikalismus oder Neofaschismus und Gewaltbereitschaft. Gehört das eigentlich aus Ihrer Sicht, da frage ich Sie jetzt alle beide, immer dazu? Also wenn wir von Neofaschismus oder Rechtsradikalismus reden, ist die Gewaltbereitschaft das Mittel, um die Ideologie durchzusetzen oder ist es

umgekehrt, daß die Ideologie nur benutzt wird, um die Gewaltbereitschaft zu rechtfertigen? Denn um Gewalt in den Zeiten der DDR auszuüben, brauchte man ja schon sehr handfeste ideologische Kontrapunkte und das kann ich nur bestätigen, daß sich die Polizei in so große Ansammlungen nachher nicht mehr hineingewagt hat, weil sie immer damit rechnen mußte, daß sie als Geschlagene wieder herauskommen. Ich weiß nicht, ob das jetzt auf die Schnelle zu besprechen ist, aber das wird alles immer so gleichgesetzt und ich frage: Sie hatten ja auch geschildert, daß es Jugendliche gab, die sich immer stärker in Wohnungen zurückgezogen haben und da ihre Kultur entwickelt haben. Da werden sie ja sicher untereinander nicht so sehr gewalttätig gewesen sein, also meine Frage ist, ob Rechtsradikalismus und Gewaltbereitschaft immer so zusammengehören?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön. Die beiden Referenten sollten die Möglichkeit haben, darauf noch einmal zu reagieren. Wegen des größeren Zeitdrucks bitte ich zunächst Herrn Dr. Geiger.

Dr. Hansjörg Geiger: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Zu Herrn Meckel. Zur Frage der Instrumentalisierung von Skinheads durch MfS. Hier liegen uns keine eindeutigen Beweise vor und deswegen muß ich mich vor Spekulationen zurückhalten. Die nächste Frage: Wie war das eigentlich, daß die Mosambikaner geklagt haben, daß sie sich schon Ende 1989 bei den Demonstrationen ausgeschlossen gefühlt haben. Tatsächlich war es so. Jetzt als Antwort: Wenn das MfS Gewalt gegen Ausländer, sowohl verbale wie tatsächliche Gewalt gegen Ausländer, festgestellt hat, waren farbige Ausländer, wie Vietnamesen und Schwarze, gemeint. Dann zur Frage von Frau Renesse bzgl. der Zahl 1067. Ich hatte vorhin versucht deutlich zu machen, daß die Zahl 1067 selbst vom MfS als nicht komplette Zahl erkannt worden ist. Das MfS hat selbst erkannt, daß, als es Akten in Kontrolluntersuchungen Anfang 1989 ausgewertet hat, die in den Bezirksverwaltungen geführt worden sind, es dort in den Akten eine viel größere Anzahl von Namen gab, die diesen Neofaschistioden und Rechtsradikalen, wie auch immer man das Umfeld nennt, zuzurechnen waren, als tatsächlich dann in den Karteien als erfaßt gemeldet worden sind. Das MfS erkannte selbst die Zahl 1067 reicht nicht. Man muß nacherfassen, das ist dann wohl unterblieben. Und des weiteren sagte ich, daß sich die Zahlen nur auf Skinheads beziehen und daneben gab es noch Heavy Metals, die ebenfalls als rechtsradikal eingestuft worden sind. Und ich habe darauf hingewiesen, daß die Kriminalpolizei in einer eigenen Dokumentation „R“ ebenfalls versucht hat, dem Phänomen der Rechtsradikalen auf die Spur zu kommen. Sie hat diese unter verschiedenen Kriterien zusammengefaßt und da gibt es auch eine Kategorie, die dem rechtsradikalen Umfeld zuzurechnen ist. Daß hier nur eine partielle Deckungsgleichheit besteht, wie das MfS bei Stichproben festgestellt hat, so daß, wenn man die Gesamtheit der Leute, die man irgendwo mit Beziehungen zu faschistischem

Gedankengut, faschistischem Verhalten annehmen wollte, deutlich über den 1067 liegen müßte. Sie haben eine weitere Frage nach der Herkunft gestellt. Und ich beantworte dann gleich noch eine weitere Frage, die hier ganz gut hinpaßt zu Herrn Gutzeits Fragen nach dem sozialen Hintergrund und nach dem Alter. Aus der Studie von L.Niederländer, sie hatte damals mit dieser Studie begonnen, von der ich vorhin gesprochen habe, wobei zunächst das Innenministerium den Auftrag erteilt hatte, später aber dann gesagt hat: Es darf nichts rausgehen. Sie wurde abgeblockt. Und sie hat das dann nach der Wende im Januar 1990 niedergelegt. Da gibt sie z.B. als Altersstruktur im Rahmen der Untersuchungspopulation folgendes an: 17jährige 15%, 18jährige 18%, 19jährige 20%, 20-21jährige 22%, 22-25jährige 22%, 26jährige und ältere nur 3%. Sie merken also, bei 17-19 Jahren liegt der Schwerpunkt, daneben zog man immer schon mehrere Jahre zusammen. Dann zur Qualifikation bzw. Ausbildungsstufe hat sich folgendes dargestellt: 60% waren Schüler oder waren an der POS, Lehrlinge waren 24%, Teilfacharbeiter 4%, Facharbeiter 50%. Das ist schon bemerkenswert, weil die nicht irgendwie im schlechten sozialen Umfeld abgeglitten sind. Ergänzend dazu noch 2% Fachschüler und ohne Beruf waren 14%. Und dann hat die Studie auch versucht mal zu vergleichen mit einem Verfassungsschutzbericht, der ihr zugänglich war aus West-Deutschland, wie das da ist. Schüler und Lehrlinge in einem DDR-Bezirk A 29%, in einem DDR-Bezirk B dann 33% und in der westdeutschen Studie waren es 30%. Facharbeiter, Fachschüler im DDR-Bezirk A 55%, DDR-Bezirk B 48% im Vergleich zu Westdeutschland 52%. Es liegt also genau in der Mitte, das ist alles ziemlich identisch. Un- und Angelernte DDR-Bezirk A 16%, Bezirk B in der DDR 19% und wieder dazwischen liegend 18% in Westdeutschland. Also nachdem das ein größerer Bereich ist, liegt das erschreckend oder bemerkenswert ähnlich. Das ist eigentlich das, was Sie in Ihrer Frage beantwortet haben wollten. Wo gibt es das? Ist den Deutschen irgendetwas gemeinsam, daß da so etwas wächst? Dann zur Strukturierung der sozialen Position der Eltern: Intelligenz 24%, Facharbeiter 47%, Handwerker 14%. Also wenn man Facharbeiter und Handwerker zusammenzählt, liegen wir bei 61%, also ganz überwiegend. Ungelernte, aber auch manuell Tätige nochmal 15%. Das sind also die Zahlen, die ich dazu als Antwort geben darf. Und gibt es ein Klima der Zurückdrängung, das den Rechtsradikalismus in der Nachwende-Zeit begünstigt hat? Also ich bin da äußerst vorsichtig. Nur was ich mit Schrecken im letzten Jahr festgestellt habe, das war für mich neu, daß es tatsächlich einen Boden gab, auf den dann Dünger gefallen ist oder die Temperatur sich entsprechend entwickelt hat, daß dieses Ganze stärker gesprießt hat oder deutlicher sichtbar wurde. Die Repression, die den Rechtsradikalismus etwas klein gehalten hat, war weg. Aber das Erschreckende ist, es ist eben nicht nur so einfach zu erklären, weil wir jetzt die Jugendheime geschlossen haben und weil die Jugendlichen keine so günstige Berufsprognose haben und nur deswegen ist das passiert. Also ein

bißchen mehr Geld in Jugendarbeit, Arbeitsplätze für Lehrlinge und schon ist das ganze Problem gelöst. So einfach kann man es sich leider nicht machen. Ich glaube, das ist etwas ganz Entscheidendes für unsere Lösung der heutigen Situation und für das, was wir tun müssen. Frau Dr. Wilms, zur Erklärung der Motivation des MfS; das MfS wollte es eigentlich nicht genau wissen. Es gibt ein Papier eines Mitarbeiters, der das einmal versucht hat, der ist aber sofort zurückgepfiffen worden. Wir finden also in Unterlagen von Einzelnen einmal solche Hinweise, wo das herkommt. Er hat festgestellt, daß auch die Eltern viel zu wenig machen. Sie sprechen nicht mit den Jugendlichen und haben auch vorher nicht mit ihnen gesprochen. Aber das ist nur ein Papier, dieser Auftrag wurde dann sofort weggenommen, derjenige wurde von seiner Aufgabe entbunden. Also deswegen hat das MfS auch von der Größenordnung nicht vollständig entsprechende Erklärungsmuster gehabt. Auch die größere Studie vom Innenministerium ist dann, als es interessant zu werden drohte, gestoppt worden. Zur Frage: Kann man eine Linie ziehen? Wo liegen die regionalen Schwerpunkte? Partiell ja, Berlin hatte einen starken Nährboden und Potsdam, also das Gebiet um Berlin herum. Interessant ist auch Cottbus, da hatten wir die FAP und für die Größe der Stadt einen überraschend großen Kreis, auch schon in DDR-Zeiten. Zum Teil ist schon Verbindung da, man kann es nicht eins zu eins aufrechnen, aber man wird sich dieser Sache wohl intensiver annehmen müssen, um auch zu forschen. Und es werden auch diejenigen, die für die Prävention zuständig sind, sich fragen müssen, was sie dabei ggf. noch tun können oder tun müssen. Dann zur Frage von Frau Barbe, die Frage freut mich natürlich besonders, auch wenn Abg. Hansen meint, ich sei Beamter und werde deswegen vorsichtig sein. Trotz aller Vorsicht die Frage: Brauchen wir mehr Geld? Natürlich brauchen wir dringend mehr Geld. Es ist insbesondere das Archiv in Halle. Es ist, wie manches andere auch, in einem äußerst desolaten Zustand, für den wir nichts können. Wir haben also nichts verschlampt, wir haben über Jahre hinweg vergessen Vorsorge zu tragen. Wir haben Gebäude übernommen, die so sind wie sie sind. In Halle ist es schlecht, aber sie müssen einmal nach Frankfurt/Oder gehen, wo 60 Leute in einem lichtlosen Bunker sitzen, in dem die Klimaanlage nicht funktioniert, wo unsere Akten liegen. Wenn die Leute nicht, ich muß schon fast sagen, übermotiviert wären, Gott sei Dank sind sie das, würden wir dort überhaupt nichts herausbekommen. Aber das sind wirklich nicht nur schlechte, das sind unzumutbare Bedingungen. Wir sind finanziell äußerst schlecht dran in diesem Jahr. Die ganzen Planungen, die wir hatten, sind mehr oder weniger abgebrochen worden, ohne Geld rollt nichts, geht nichts, für Unterstützung bin ich dankbar. Zur Frage von Frau Prof. Wisniewski, ob es schon Spuren in den 60er Jahren gegeben hat. Dem müßte man mehr nachgehen. Gerade aus so manchen Formulierungen von Papieren des Ministeriums für Staatssicherheit ist schon westlich dekadenter Einfluß zu spüren, es läßt sich nicht ausschließen, daß es da so etwas gab. Aber ich möchte bewußt vorsichtig sein. Hier müßte

man mal ganz systematisch bei solchen Fällen nachforschen, ob das schon Rechtsradikalismus war und wie es vielleicht bei älteren Personen ist. Sie finden natürlich, dazu habe ich selbstverständlich auch schon Unterlagen gesehen, aber das hat jetzt mit dem Thema weniger zu tun, in denen ein Altnazi oder jemand, der im Dritten Reich schon als Jugendlicher in der Hitlerjugend war, plötzlich in den 60er und 70er Jahren mit solchen Äußerungen aufgefallen ist. Aber das habe ich bisher auch nur partiell und zufällig in einer Akte gesehen, weil ich etwas unterschreiben mußte für irgendeinen Bescheid, der herausging. Systematische Forschung ist hier noch zu machen. Die Frage zum sozialen Hintergrund, Herr Gutzeit, habe ich Ihnen gerade schon einmal ganz kurz beantwortet. Und zur Gewaltbereitschaft, Herr Passauer, da sollte ich, glaube ich, dann lieber den Fachmann Herrn Weiß zu Wort kommen lassen.

Herzlichen Dank.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Ja, verehrter Herr Dr. Geiger, herzlichen Dank. Wir entlassen Sie mit ganz großem Dank für diese wirklich mitunter aufregenden Informationen. Herr Kollege Weiß, Sie haben das Wort.

Konrad Weiß, MdB: Ja, vielen Dank. Ich werde versuchen die lange Frageliste abzuarbeiten. Zunächst einmal noch wie es zu dem gekommen ist, da hat Herr Kahl nachgefragt. Also, ich habe keinen Film über Rechtsradikale in der DDR gemacht. Das ist ein Gerücht was sich hartnäckig hält. Ich habe meinen letzten Film 1988 gemacht über Janosch Kortschak, danach habe ich keinen mehr machen können. Ich habe aber von den Dreharbeiten eines anderen Kollegen, der in Abstimmung mit dem Ministerium des Innern versucht hat, einen Film zu machen, profitiert, von dessen Recherchen und von den Möglichkeiten, die er gehabt hat. Mir war, als im Prinzip Nicht-Parteimitglied, der Zugang zu Informationen natürlich nur begrenzt möglich. Ich habe ein einziges Mal Zutritt zum Institut für Jugendforschung bekommen, zu der Zeit, als Lothar Bisky da noch Direktor war. Das sah dann folgendermaßen aus. Ich hatte einen Film vorbereitet, Anfang der 80er Jahre, über „Die erste Liebe von jungen Leuten“ und da wollte ich wissen, wie das so mit dem Sexualverhalten von Jugendlichen ist. Das sah dann so aus, daß ich einen Fragenkatalog einreichen mußte, das hat lange gedauert und dann habe ich dort vor Ort nur ein Referat bekommen. Ich habe nicht etwa irgendwelche Akten einsehen können, also viele soziologische Daten und ich durfte mir auch keine Notizen machen. Es war hochinteressant, aber es war relativ schwierig, das zu rezipieren. Nun war das so, daß da ein sehr kooperativer Mitarbeiter war, sage ich mal, der eine halbe Stunde lang Kaffee kochengegangen ist, und es mir dadurch möglich gewesen ist, mir einiges, was für mich wichtig war, z.B. über Positionen von Jugendlichen, über ihre Haltung und so, dort abzuschreiben. Ähnlich war es, wie gesagt, auch bei diesen Recherchen zu meinen Ausarbeitungen über Rechtsradikalismus. Und

ich habe dann versucht auch bei dem Aufsatz, den ich dann geschrieben habe, so vorzugehen. Das ist ein Aufsatz, den ich im November 1988 geschrieben habe, der im März hier in „Kontext“ veröffentlicht worden ist. Das ist so eine halblegale Zeitung gewesen mit dem Aufdruck „Nur für den innerkirchlichen Gebrauch“ also so ein Halb-Samisdat. Ich habe diesen Aufsatz dann auch in Polen veröffentlicht und das war vorher abgesprochen, daß er erst in Warschau erscheinen sollte und dann 14 Tage später in „Die Zeit“ und dann in der „New York Times“ und in der „Jerusalem-Post“ und dadurch ist das Problem öffentlich gemacht worden. Dabei habe ich versucht, meine Quellen möglichst auch zu verschleiern. Obwohl mir das, wie ich heute weiß, nicht gelungen ist, denn der Mitarbeiter aus dem MdI, der mir auch Informationen hat zukommen lassen, hatte dann im letzten Jahr Schwierigkeiten und ist von dieser Position enthoben worden. Bei mir ist im März wieder einmal ein operativer Vorgang eröffnet worden, aus Anlaß, das war ja vorhin schon Thema, daß also auch diejenigen, die sich mit Antifaschismus befaßt haben, beobachtet worden sind. Ich habe inzwischen Akteneinsicht gehabt, da war wirklich die Begründung: „Weiß behauptet, daß es in der DDR rechtsradikale Ausschreitungen gibt und hat in einer kirchlichen Zeitung darüber geschrieben“, oder so etwas, und dann lief das, so wie das bei operativen Vorgängen üblich gewesen ist. Vielleicht ist auch noch interessant, daß man versucht hat mich massiv, aufgrund dieser Veröffentlichung und von Foren, die ich dann in Kirchengemeinden durchgeführt habe, anzugreifen. Es hat eine Veranstaltung in Forst im September 1989 gegeben, wo ich das vorgetragen habe, was ich heute hier vorgetragen habe. Und dort hat man anschließend etwa 15 Teilnehmer dieser Runde in der Friedensbibliothek verhört und man wollte von ihnen eine Aussage, daß ich dort – bei dieser Gelegenheit – zur Gewalt aufgerufen hätte, das wollte man mir anhängen. Alle 15 Teilnehmer haben das nicht unterschrieben, sie haben ihren Pfarrer informiert, der mich wieder informiert hat, so daß ich, als ich dann von der Stasi verhört wurde, bestens präpariert war und genau reagieren konnte. Auch dieses Protokoll habe ich inzwischen eingesehen. Also ich habe keinen Film gemacht, aber auf diese Art und Weise wurde gearbeitet. Auf jeden Fall sehen Sie jetzt, es gab immer Möglichkeiten, es hat immer kooperationswillige Leute gegeben. Leute, die aus Gewissensgründen – auch aus der Partei heraus – einfach gesagt haben: „Wir reichen Dir mal eine Information rüber“. Aber generell bin ich als Nicht-Parteimitglied auch von vielen Informationen abgeschnitten gewesen. Ich habe also auch keinen Zugang zu vertraulichen Bibliotheken oder so etwas gehabt. Die Frage von Prof. Jacobsen nach den Kategorien, das ist relativ schwierig. Ich bin von dem ausgegangen, wie sie sich selbst bezeichnet haben. Einmal als Skinheads und einmal als Faschos und ich denke, daß Faschos schon diese ideologisierte Gruppierung einbezieht. Leute, die auch eine wirkliche Ideologie verfolgt haben. Aus dem, was ich damals recherchiert habe, kann ich Ihnen nicht sagen, wie weit das geht. Solche

Äußerungen, wie sie von Herrn Dr. Geiger eben zitiert worden sind, kenne ich auch. Das ist sicher nicht nur vereinzelt so gewesen und auch dieses ganze Vokabular, das „Aufklatschen“ oder auch das Beschaffen von Waffen, es war also auch so, daß durchaus auch Waffen beschafft worden sind. Das deutet zumindest darauf hin, daß dieser Schritt von der ideologischen Gewalt zur praktizierenden Gewalt hin doch auch sehr naheliegend gewesen ist. Es gibt auch lokale Linien, das ist ganz interessant. Am 20. April 1989 ist Eberswalde von der Volkspolizei abgeriegelt worden, weil die Rechten aus der DDR dort den Jahrestag von Hitlers Geburtstag feiern wollten. Eberswalde ist auch die Stadt, wo 1990 Antonio Amadeo ermordet worden ist, das erste Opfer rechtsradikaler Gewalt in Ost-Deutschland, oder z.B. auch Sachsenhausen/Oranienburg, hatte ich vorhin schon genannt, auch da. Ich denke, es gibt solche Linien, inwieweit das aber historische Hintergründe hat, bin ich jetzt auch überfragt. Dem müßte man auch nachgehen. Es ist auffällig, daß in der Tat Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin sehr viel stärker mit rechtsradikalen Problemen zu tun haben als die südlichen Länder. Ich glaube, das hängt auch ein bißchen damit zusammen, daß es in diesen Ländern sehr lange gedauert hat, bis die Polizei und Justiz nach der Wende wieder einsatzfähig gewesen sind. Ich denke, da gibt es Zusammenhänge. Ich würde nicht unbedingt sagen, es gab eine staatlich geförderte Ausländerfeindlichkeit, aber zumindest eine begünstigte. Ich habe von 1979 bis 1983 systematisch alles gesammelt, was in der DDR-Presse über Polen erschienen ist. Und wenn man die Sprache analysiert, dann stößt man auf die LTI, auf die Lingua Tertii Imperii. Als Beispiel: Die Zusammenkünfte der Solidarnosc waren immer nur Zusammenrottungen, ein Begriff, der eindeutiger Herkunft ist. Oder die Streiks wurden A-Rhytmen im Arbeitsablauf genannt, aber nicht Streik. Und natürlich wurden in den Berichten auch immer, unterschwellig jedenfalls, antipolnische Ressentiments gefördert. Es gibt auch das Gerücht, da gibt es Unterlagen inzwischen bei der Gauck-Behörde, daß, als sich die Solidarnosc gebildet hatte und die SED in den grenznahen Gebieten das als Gefahr angesehen hat, an der Oder Stasi-Leute ausgeschwärmt sind und antipolnische Witze erzählt haben.

Frau Prof. Wisniewski, Sie hatten nach den Fußballplätzen nachgefragt. Ich denke, es hängt auch damit zusammen, daß diese Fußballplätze eine der wenigen Freiräume gewesen sind, die Jugendliche in der DDR gehabt haben. Daß sie dort eher in der Masse untertauchen konnten und das war ja auch eine gewaltige Anzahl, zwischen 15.000 und 20.000 Jugendlichen, die da zusammenkamen und da konnte man auch eher unterschlüpfen. Es wurde dann zwar versucht, dies zu lenken und durch Kontrollen irgendwie in den Griff zu bekommen, aber das ist natürlich nur ganz partiell gelungen. Es gibt ganz interessante Fotos, die der Harald Hauswald gemacht hat, der einmal systematisch auf Fußballplätzen fotografiert hat, wo auch solche

Zusammenballungen von Gewalt sichtbar werden oder auch die hilflose Reaktion der Volkspolizisten. Man muß ja auch sehen, die waren in keiner Weise auf solche Auseinandersetzungen vorbereitet, die hatten keine Schilder und keine Knieschützer oder Helme usw. Die waren dem wirklich hilflos ausgeliefert, das sieht man auch auf den Fotos von Harald Hauswald, wie die im Grunde genommen völlig hilflos davorstehen und nicht reagieren können. Das erste Mal, daß es wirklich zu einem massiven Einsatz von Waffen gekommen ist, von Abwehrwaffen, das war im April 1989 in Leipzig, als die Volkspolizei mit Gummigeschossen auf so einem Fußballplatz eingegriffen hat. Vielleicht noch etwas zu den Ursachen und dem Versuch, dem nachzugehen, welche Ursachen das alles hat.

Ich habe das damals versucht zu analysieren, da kommt sicher heute einiges dazu. Ich denke, zum einen hat es keine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der DDR auf breiter Ebene gegeben. Es hat zwar sicher eine intellektuelle Auseinandersetzung gegeben, aber im Alltag ist vieles noch vorhanden gewesen. Und strukturelle Eigenheiten des nationalsozialistischen Totalitarismus fanden sich ja dann auch im totalitären System der DDR wieder. Dann gehört aus meiner Sicht ganz wesentlich dazu, daß in der DDR nie die Chance bestanden hat, bis auf einen Ansatz vielleicht ganz am Anfang, demokratische Traditionen aus der achtundvierziger Revolution und der Weimarer Republik aufzugreifen und fortzuführen, sondern daß diese Anfänge, die ja auch in der Gründung der bürgerlichen Parteien ihren Ausdruck fanden, ganz am Anfang in den allerersten Wochen, sehr schnell umgeschlagen sind in eine Diktatur stalinistischer Prägung, mit allen Übernahmen von den Strategien und Möglichkeiten, die im Dritten Reich gewesen sind, bis hin zur Anerkennung des Führersystems. Das war der Stalinkult und später war es dann die Partei, die die Führerin war, die den Anspruch auf Allwissenheit und auf Unfehlbarkeit erhob. Ich glaube, daß dann auch die Anerkennung von Gewalt als gesellschaftliches Prinzip eine starke Rolle gespielt hat. Pazifismus war durchaus etwas unerwünschtes, Gewaltfreiheit ebenso. Die versucht haben, das zu praktizieren, sind verfolgt worden. Ich denke, daß auch das Abschneiden eines gesunden Nationalgefühls eine ganz wesentliche Rolle gespielt hat. Es war ja bis zuletzt eigentlich verpönt, das Wort Deutschland zu gebrauchen, schon gar nicht für die DDR. Der Begriff Deutschland war ja auch von den Westdeutschen für die alte Bundesrepublik okkupiert, muß ich sagen, auch das ist sicher einmal eine Auseinandersetzung wert. Der Begriff „sozialistische Nation“, den die SED eingeführt hatte, ist nie akzeptiert worden, ist nie wirklich angenommen worden von der Bevölkerung in der DDR. Und alles, was nationale Identität oder auch nur landsmannschaftliche Identität in Ostdeutschland oder in der DDR hätte unterstützten können, ist systematisch zerstört worden durch die Gebietsreform in den 50er Jahren, der Bildung der Bezirke usw., so daß da auch etwas unterdrückt worden ist. Und

ich glaube, wenn man Dinge, die doch irgendwo da sind, wenn man die so gewaltsam unterdrückt, die kommen dann halt verquer hervor und das zeigt sich heute ganz deutlich. Zu den Ursachen zähle ich auch ganz wesentlich, daß es in der DDR eine ganz starke Hinwendung zu kleinbürgerlichen Werten und Lebensformen gegeben hat, den Rückzug in private Nischen, den wir alle irgendwo mitgemacht haben. Das war eine Möglichkeit, um zu überleben oder auch zu überwintern, wie das manche verstanden haben. Dazu gehört aber auch diese Doppelzüngigkeit, die allabendliche Emigration per Bildschirm aus der DDR in die Bundesrepublik, und am nächsten Tag hat man ganz etwas anderes gesagt. Und das haben ja nicht nur die Eltern gemacht, sondern das haben auch die Lehrer und auch die Funktionäre gemacht. Und dieses Doppelleben, was da im Grunde genommen über Jahrzehnte geführt worden ist, hat natürlich auch verheerende Wirkungen gehabt, wenn junge Leute, die ja von sich aus einen Anspruch haben gradlinig zu sein und sauber zu sein, wenn die das mitbekommen haben, hatte es eine zerstörerische Wirkung. Ich denke, das ist eine ganz wesentliche Ursache für diese sozialen Defekte, die wir gegenwärtig spüren. Dazu kommt dann die absolut intellektualisierte Erziehung, die keine wirkliche Persönlichkeitsbildung zugelassen hat oder nur für eine kleine Gruppe von jungen Menschen, die das Glück hatten entweder vernünftige Lehrer zu haben, das gab es ja auch, oder aber die, die in andere Zusammenhänge eingebunden waren, z.B. in kirchliche Jugendgruppen. Wer nicht das Glück hatte, wer irgendwo in diesem System auf sich allein gestellt war, wo ja im Grunde genommen von dem ersten Schritt in der Krippe an alles vorgegeben war, und wenn man niemanden hatte, der einem daraus half, dann gab es keinen Ausweg. 1990 rief mich, als ich noch am „Runden Tisch“ war, ein junger Mann an, der mir sagte, daß er beim Staatssicherheitsdienst mitgemacht hätte. Für den war eine Welt zusammengebrochen. Er sagte: „Ich habe nie etwas anderes kennengelernt. Ich bin in einem kleinen Dorf großgeworden, in meiner Familie gab es das nicht, für mich war das ein Ehrendienst“. Und alles was er hätte vielleicht wahrnehmen können, das wurde immer nur als Feindbild wahrgenommen, der hat das tatsächlich erst 1989 begriffen und der war 20 oder 21 Jahre alt. Ich denke, das muß man auch sehr ernst nehmen und sehr genau bedenken. Heute kommt natürlich dazu, daß für viele junge Menschen mit der Wende auch ein Koordinatensystem weggebrochen ist. Daß sie diesen schnellen Wandel, diese Wende ihrer Autoritäten miterlebt haben, ich glaube, das ist fast noch wesentlicher und wichtiger, als das Wegbrechen von Institutionen, also von Jugendclubs und Kindereinrichtungen usw., was immer mit als Grund genannt wird. Ich denke, das ist nur ein partieller Grund. Das andere ist tiefer, es ist wesentlicher und ich glaube auch, daß es sicher keine verlorene Generation gibt, das gibt es nicht, aber daß es in dieser Generation derjenigen, die zur Wendezeit in der Pubertät waren, daß es darunter sehr viele gibt, die wirklich keinen Ausweg finden, die sich entweder in rechtsradikale oder in andere radikale Positionen

flüchten, die sich in Sekten flüchten oder in andere Möglichkeiten, um mit dieser Enttäuschung, mit dieser Frustration fertig zu werden.

Herr Passauer, zum Verhalten der Bevölkerung. Ich glaube schon, daß es Anfang der 80er Jahre eine Zeit gegeben hat, wo auch rechtsradikale Positionen strikter abgelehnt worden sind als gegen Ende der DDR. Es war ja zum Schluß auch dadurch, daß es zu diesen Ausschreitungen gekommen ist, durchaus thematisiert bei den Leuten und eben weil die Faschos, ein Teil der Skins auch, auch nach außen hin bestimmte Werte verkörperten, die auch diese kleinbürgerlichen Werte der Mehrheit der DDR-Bevölkerung bedingten, hatte man dadurch auch Verständnis dafür. Und ein allerletztes von vielem, was noch zu sagen wäre. Ich denke auch, daß das Ministerium für Staatssicherheit, auch wenn Herr Geiger das im Augenblick noch nicht verifizieren konnte, schon Strukturen ausgenutzt und bewußt mitbenutzt hat. Ein Indiz dafür gilt mir der Gründer der Deutschen Alternative, eine dieser Parteien, der Herr Dienel aus Gera, der ja als FDJ-Bezirksfunktionär und als SED-Mitglied und als Mitglied des Staatssicherheitsdienstes heute jemand ist, der erst bei den Republikanern war und da rausgeflogen ist und dann seine eigene rechtsradikale Partei, die inzwischen verboten ist, gegründet hat. Einer der wirklich diese Position auch in sehr üblem Maße und sehr stark verinnerlicht hat. Das ist ein Indiz, inwieweit das nun verallgemeinert werden kann, weiß ich nicht, aber ich denke, von der ganzen strukturellen Anlage her macht es einen Sinn. Ich denke, das ist auch eine spannende Geschichte, das zu erforschen.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Kollege Weiß, wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie uns so lange Rede und Antwort gestanden haben. Das war ein Tag, an dem wir eine ganze Menge dazugelernt haben. Wenn ich eines noch sagen darf zu dem, was Sie gesagt haben. Ich frage mich die ganze Zeit: Was von dem, was Sie für die DDR-Gesellschaft schildern, trifft auch für die klassische West-Gesellschaft zu, daß ähnliche Phänomene entstehen: Doppelbödigkeit, mehrere Wertsysteme, Autoritätsverluste, Erwachsenenwelt? Also ich denke, wir werden darüber nachdenken müssen, denn die Bilder gleichen sich so entsetzlich. Ich werde Ihnen ein Schlußwort ersparen, daß der Vorsitzende Ihnen gegönnt hätte und bedanke mich und verabschiede Sie alle in ein hoffentlich schönes und gutes Wochenende.

Auf Wiedersehen!

Ende der Sitzung 15.30 Uhr